

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kapitalistische Kultur.

Aus dem ober-schlesischen Industriebezirk, dieser kostbarsten Perle in der Krone Preußens, wie ein Landtagswahlflugblatt der Grubenbarone kürzlich diese unerlöschlich fließende Quelle kapitalistischer Bereicherung nannte, kommt wieder eine charakteristische Nachricht. Nicht um das Auftreten irgend einer neuen ansteckenden Krankheit handelt es sich dabei diesmal, sondern darum, daß die Trinkwasserleitung für die größere, eine reichliche halbe Million Einwohner enthaltende Gölzke des Bezirks ernstlich versagt.

Ganz neu ist diese Erscheinung den Bewohnern des Bezirks zwar nicht, sie zeigte sich zuerst schon im sehr heißen Sommer des Jahres 1904. Man machte sich darum zunächst keine Sorgen. Die hauptsächlichste Ursache der Katastrophe ist der Grubenabbau, der die Quellen und Wasserläufe zum Versiegen bringt. Schon vor 50 bis 60 Jahren war infolgedessen die Wasserversorgung des Bezirks auf das höchste gefährdet, ohne daß sich die Herren dieses Bezirks darum viel kümmerten. Erst als in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine Cholera-Epidemie Oberschlesien heimsuchte, ward man sich der furchtbaren Gefahr, die im Wassermangel nicht nur für die „Hände“, sondern auch für die Herren selbst lag, bewußt und ging an die Schaffung großer Wasserleitungen. Der Staat bemühte dazu die Quellen des Adolfschichtes bei Alt-Repten, die noch jetzt über 200 000 Menschen mit Trinkwasser versorgen, und die Quellen von Sawade, nördlich von Gleiwitz, die über 150 000 Menschen das Wasser bringen. Die Kreisverwaltung von Kattowitz aber kaufte die Quellen der verlassenen Zinkergrube „Rosalie“ nordöstlich von Beuthen und hart an der russischen Grenze, und verwendete sie zur Anlage einer Wasserleitung, die jetzt mehr wie einer halben Million Bewohner des Industriebezirks dies wichtige Lebensmittel liefert und da das Wasser von den angeschlossenen Gemeinden teuer bezahlt werden muß, dem Kreis Kattowitz zu einem Bombengeschäft verhilft.

Seit mehreren Jahren nun ist diese Leitung nicht mehr in der Lage, genügend Wasser zu liefern, die höheren Stockwerke vieler Häuser, ja ganze Ortschaften mit Zehntausenden Bewohnern haben im Sommer oft tagelang kein Wasser. Welche Zustände das im dicht bevölkerten Industriebezirk, welche furchtbaren Gefahren im Falle von Bränden, welche Gefährdung der Gesundheit der Bewohner des Bezirks diese Wassermangel verursacht, liegt auf der Hand. Der öffentliche und private Verbrauch von Wasser wird nach Möglichkeit eingeschränkt, und doch nimmt der Wassermangel immer bedenklichere Gestalt an. Das Besprengen der Straßen wird nur noch möglichst selten vorgenommen, was die ohnehin schreckliche Staubplage im Industriebezirk vielfach zur Untragbarkeit steigert, ohne den Wassermangel zu verringern. An eine Besserung der Verhältnisse ohne vollständige Aenderung der Wasserversorgung ist nach dem Urteil Sachverständiger nicht zu denken. Ganz ohne Widerspruch konnten diese in öffentlichen Vorträgen konstataren, daß, wenn selbst eine weitere Verminderung des Wasserzuzusses nicht eintreten sollte — diese wird wahrscheinlich durch den Grubenabbau auf russischer Seite und die dadurch bewirkte Ableitung der Wassermassen hervorgerufen — bei der fortschreitenden großindustriellen Entwicklung des ober-schlesischen Industriebezirks und der damit verbundenen steten Bevölkerungszunahme in längstens fünf Jahren eine sehr schwere Wasserkalamität unvermeidlich sein würde. Wie die Verhältnisse liegen, dürfte diese aber schon früher eintreten.

Die schleimige Aenderung eines Zustandes, der Hunderttausenden von Menschen ihre Sicherheit, ihre Gesundheit, ihr Leben in ärgster Weise bedroht, ist also unabwendbar. Welche furchtbare Gefahr dem ober-schlesischen Industriebezirk auch im Falle eines Krieges mit Rußland drohen muß, dadurch, daß seine Hauptwasserleitung hart an der russischen Grenze liegt, bedarf keiner Schilderung. Dazu kommt, daß, wie schon früher im „Vorwärts“ geschildert wurde („Preussische Kulturarbeit im Osten“, Nr. 42 vom 19. Februar 1908), die Fortschaffung der Brauchwässer und Fäkalien in den meisten Orten des Bezirks in geradezu skandalöser Weise durch das einzige dem Bezirk verbliebene Fließgewässer Katwa bewirkt wird, und daß eine Beseitigung dieser höchst kulturwidrigen und gesundheitsgefährlichen Zustände erst möglich wird, wenn die für eine Schwemmanalysation erforderlichen Wassermassen zur Verfügung stehen. Schließlich muß auch auf eine neue und ausreichende Wasserversorgung des aufblühenden Rybniker Industriebezirks Bedacht genommen werden.

Was geschieht nun angesichts dieser äußerst gefährlichen Lage? In den beteiligten Gemeinden, wie bei den Staatsbehörden, bis hinauf zu dem daran interessierten preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, finden seit geraumer Zeit Beratungen statt. Eben in diesen Tagen ist in Breslau eine vom Oberpräsidenten berufene Konferenz zusammengetreten, bestehend aus Kommissaren mehrerer Ministerien, Landräten, Bürgermeistern usw., die die prekäre Lage beraten und Abhilfe schaffen soll. Das ist freilich eine sehr schwere Aufgabe. Hier kommen nämlich leider nicht in erster Reihe Fragen des Gemeinwohls, sondern Fragen kapitalistischer Interessen in Betracht. Man ist nun auf folgendes Projekt gekommen: Es soll ein zentrales Wasserwerk durch Erschließung von Quellen in der Oberniederung bei Wirawa

(Cofel-Strandzin) geschaffen werden, welches sämtliche Orte des ober-schlesischen Industriebezirks mit gutem Trinkwasser in ausreichender Menge versorgen kann. Probebohrungen haben in jenem Gebiete so reichliche Wassermassen gezeigt, daß diese nach der Meinung von Fachleuten eine Versorgung des Industriebezirks selbst bei sehr erheblicher Weiterentwicklung desselben für die Dauer eines vollen Jahrhunderts garantieren sollen.

Die Vorarbeiten für das Projekt werden seit mehr wie einem Jahre von privatkapitalistischer Seite, und zwar von der Kontinentalen Wasser- und Wasserversorgungsgesellschaft in Berlin betrieben. Diese Unternehmer haben der Regierung ein Projekt unterbreitet, das eine Ausführung der Wasserleitung mit einem Kostenaufwand von 18—19 Millionen Mark ermöglicht. Daß eine befriedigende Lösung der Wasserfrage für Oberschlesien nur auf dem hier vorgeschlagenen Wege möglich ist, kann kaum bezweifelt werden. Wer aber wird die gewaltigen Kosten tragen? Da es sich um eine Frage des Gemeinwohls handelt, müßte vernünftigerweise die Antwort lauten: Die Allgemeinheit, d. h. der Staat als Vertreter dieser Allgemeinheit. Dabei käme allerdings noch in Frage, wie weit die meist ungeheuer reichen Herren des hier in Betracht kommenden Gebietes an dieser Lösung interessiert sind, welche Vorteile ihnen erwachsen und in welchem Maße sie daher ganz direkt zu den Kosten dieser Anlage herangezogen werden müßten. Gewinnen sie doch schon beim Wegfall der für die jetzigen Quellen bestehenden Schutzgebiete viele Millionen durch die Möglichkeit rascher Ausbeutung dieser Gebiete. Die Herren aber denken gar nicht an die Uebernahme solcher Verpflichtungen. Sie wollen offenbar dem privaten Kapital die Lösung dieser gewaltigen kulturellen Aufgabe zuweisen, dem privaten Kapital die Gelegenheit zu äußerst fetten Profitten verschaffen und sich selbst jede Belastung vom Halse halten. Es wäre dabei recht interessant festzustellen, wer denn die — offenen oder stillen — Teilhaber der Kontinentalen Wasser- und Wasserversorgungsgesellschaft sind. Vielleicht findet man darunter Namen, die auch in Oberschlesien gut bekannt sind.

Daß es sich hier um ein geradezu glänzendes Geschäft handeln würde, kann nicht bezweifelt werden. Die Besitzer der Anlage würden das Monopol der Wasserversorgung für weit mehr wie eine Million, im Laufe der Zeit für zwei und mehr Millionen Menschen in der Hand haben, sie würden sich für unabsehbare Zeit geradezu herausgehende Profite sichern können, indem sie jene Millionen Menschen mit schweren Abgaben, mit einer drückenden Steuer auf das wichtigste Lebensmittel, das Wasser, belasten.

Auch die Staatsregierung scheint dieser Lösung der ober-schlesischen Wasserfrage nicht geneigt. Ein offenbar offiziös inspirierter Artikel der „Schles. Zeitung“ nimmt recht entschiedene Stellung gegen die Ausführung des Projekts durch jene Gesellschaft, wie durch eine private Gesellschaft überhaupt. „Eine Angelegenheit, die die vitalsten Interessen eines stark bevölkerten aufblühenden großen Landesteiles berührt, von diesem Gesichtspunkte aus behandeln zu lassen, ist bedenklich“, heißt es in der „Schlesischen Zeitung“. Und sie weist eindringlich auf die ungeheure Gewalt hin, die jene Besitzer des Wassermonopols auszuüben vermögen und die sich durch Vertragsbestimmungen und staatliche Aufsicht vielleicht einschränken, aber nicht aufheben lassen. Die „Schlesische Zeitung“ schlägt vor:

„Darin sollten die Interessenten selbst die Sache in die Hand nehmen, die beteiligten Gemeinden, großen Werke, Berg- und Eisenbahnverwaltung einen Zweckverband gründen, der als seinen obersten Grundsatz nicht den des Erwerbes, sondern den der möglichst restlosen Erfüllung des Gemeinwohles hat. Insbesondere sollten die fiskalischen Verwaltungen hierbei die Höhe der Betriebsergebnisse nicht ausschließlich im Auge behalten. Wenn nebenbei auch noch Gewinn erzielt wird, so kommt das den Taschen der Steuerzahler nur zugute, die dann um so weniger Steuern zu entrichten haben. Und diese sind im Industriegebiet wahrlich hoch! Wie jener Verband im einzelnen zu gestalten sein wird, welche Mittel er zur Bewältigung der technischen Schwierigkeiten und zur Vereinigung und zum Ausgleich der da und dort divergierenden Interessen in ihm auszuwenden haben wird, ist spätere Frage. Bewältigung jener Schwierigkeiten, Gefaltung und Interessenausgleich mögen schwer sein, unmöglich sind sie sicher nicht. Jedenfalls ist die Frage einer eingehenden Prüfung wert, ja bedarf sie. Noch ist es Zeit, noch sind, soviel wir wissen, irgend welche bindenden Abmachungen nicht getroffen. Aber je eher eine Klärung erfolgt, um so besser für alle Teile.“

Ein „Zweckverband“ also ist die Rettung, soll die Kaufschiffe sein, in der man die Interessenten fangen, und weniger Steuern der Speck, mit dem man sie anlocken will! Der Staat selbst soll an der Kostendeckung nur beteiligt werden, soweit eine etwaige Verminderung des Gewinnes aus fiskalischen Betrieben, Bergbau und Eisenbahn in Oberschlesien, in Betracht kommt. Das dürfte mager genug ausfallen. Da bleiben nur die „großen Werke“ und — die Gemeinden. Die ersteren haben sich bisher noch immer vor allen zum Zwecke des Gemeinwohles erforderlichen Aufwendungen zu drücken gewußt.

Da bleiben denn für den „Zweckverband“ nur noch die ober-schlesischen Gemeinden übrig. Wird man sie einsparen, vielleicht mit der von der „Schlesischen Zeitung“ eröffneten Aussicht, dann weniger Steuern bezahlen zu brauchen? Die erwähnte Breslauer Konferenz soll die Gründung des Zweckverbandes vorbereiten. Eine Interessengemeinschaft der Ge-

meinden müßte gestiftet sein durch finanzielle Garantieleistung des Staates. Eine weitere Vermehrung deren Schuldenlasten um vielleicht zwanzig Millionen Mark würde den Ruin mancher Gemeinde herbeiführen. Einmal sagt die Regierung in der „Schlesischen Zeitung“ selbst, daß der oberste Grundsatz des Zweckverbandes nicht der des Erwerbes, sondern der „der möglichst restlosen Erfüllung des Gemeinwohls“ sei. Ein solcher Grundsatz verbietet den Gemeinden aber von selbst, hohen Gewinn aus dem Verkauf des Wassers zu ziehen, ganz abgesehen davon, daß ein hoher Wasserpreis doch auch wieder wie eine drückende Steuer und zwar eine solche auf ein unentbehrliches Lebensmittel wirken würde und dabei den Armen viel härter trafe wie den Besitzenden.

Nur in einem Falle könnte der Zweckverband der Gemeinden das ihm gesteckte Ziel erreichen: Wenn der Staat für die zum Zwecke der Wasser- und Wasserversorgung aufgenommene Anleihe die Garantie, sowohl für Amortisation wie für Verzinsung, übernehmen würde, eine Belastung der Gemeinden also unter keinen Umständen eintreten könnte, auch dann nicht, wenn wider Erwarten der Ertrag des Wasserwerks selbst zur Deckung dieser Ansprüche nicht ausreichen sollte.

Wird die Staatsregierung den hier geeigneten Weg gehen? Wird sie den armen Gemeinden die Beschaffung der Mittel ermöglichen? Oder wird sie dem privaten Kapital das seine Geschäft ermöglichen? Werden Staat und Gemeinden die ober-schlesische Wasser- und Wasserversorgung, dies gewaltige Kulturwerk im Interesse der Allgemeinheit, zum Objekt raffinierter Spekulation, zur Beute profitgieriger Unternehmer machen lassen? Darüber werden die neuen sozialdemokratischen Vertreter im preussischen Landtage gewiß ein Wort mitzureden, und sie werden den entschiedensten Widerspruch gegen jene leghere Möglichkeit erheben müssen. Für unsere kapitalistische „Kultur“ im allgemeinen wie für die ober-schlesische „Kultur“ im besonderen aber sind die hier besprochenen Zustände ebenso charakteristisch wie schimpflich!

Zur Landtagswahl im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Ueber den hiesigen Ausfall der Landtagswahl und ihre Lehren wird erst volle Klarheit herrschen, wenn die Abstimmungsverhältnisse aus den einzelnen Wahlbezirken genau ermittelt und summiert sind. Unsere Partei ging von vornherein in den Wahlkampf mit dem Bewußtsein, keinen Mandaterfolg erringen zu können, aber durch eine möglichst hohe Zahl ausgebrachter Stimmen gegen das Wahlsfeld genauer gekannt hätten und wenn die breiten Arbeitermassen mit der öffentlichen Stimmabgabe vertrauter gewesen wären. Die bürgerlichen Parteien konnten vermöge ihrer internen Verbindungen mit den Kommunalverwaltungen viel früher als wir die Bezirkseinteilungen, erhielten die Abstimmungsverhältnisse usw., während wir im Dunkeln tappten. Bei der Landtagswahl hat sich besonders gezeigt, daß es höchst wichtig ist, unsere Anhänger durch allgemeine Beteiligung an den Kommunalwahlen an die öffentliche Stimmabgabe zu gewöhnen.

Was im allgemeinen die Stimmabgabe anlangt, so können wir einen gewaltigen Fortschritt gegenüber 1903 konstatieren. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind diesmal circa 40 000 Stimmen öffentlich für die Sozialdemokratie abgegeben worden, gegen 1903 circa eine Verzehnfachung! In Dortmund-Land fehlten uns nur 6 Wahlmänner, um statt des Zentrums mit den Nationalliberalen in Stichwahl zu kommen und Genosse König-Dortmund wäre dann wahrscheinlich der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete aus dem Ruhrgebiet geworden!

Der Erfolg des Zentrums (es erhielt 6 Mandate von 10 im engeren Industriegebiet, wo es bisher keines Besch) ist die alleinige Schuld des „Liberalismus“. Unbekümmert um das „dumme Volk“ präferierten die nationalliberalen Verksmagnaten (das sind hier die Rader) nicht nur lediglich Kandidaten aus ihren Gesellschaftskreisen, sondern diesen Kandidaten ging obendrein der Ruf reaktionärer, unliberaler, arbeiterfeindlicher Gesinnung laut voraus. Mit Kulturlampen und Konfessionshege stachelten die unsföhllich ungeschickten „liberalen“ Parteiführer die Katholiken erst recht auf. Die Wahl hat zweifellos gezeigt, daß der Mittelstand im Industriegebiet, der vorwiegend den Ausschlag gab, weil die Arbeitermassen sich noch vielfach vor der öffentlichen Stimmabgabe fürchten (die Scheu wird bis zur nächsten Wahl noch mehr schwinden wie seit der letzten), in seiner großen Mehrheit zentralistisch gestimmt ist. Die bräutliche Präsentation ausgesprochen werksfreundlicher Kandidaten, deren „Liberalismus“ selbst im besten Tage mit der Laterne nicht zu entdecken ist, hat viele liberale Wähler, besonders aus den Privatbeamtenkreisen, zur Wahlenthaltung veranlaßt, andere haben für das Zentrum gestimmt, das sich wieder einmal als Meister in der Wahlmanoe gezeit hat. Zweifellos haben auch Angehörige des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, die bei der geheimen Wahl sozialdemokratisch wählten, sich noch geheit, dies auch öffentlich zu tun, sie zogen es deshalb vor, für die Zentrumswahlmänner zu stimmen, um wenigstens den Sieg der großkapitalistischen Nationalliberalen zu verhüten.

Wir hörten von liberalen Leuten sehr charakteristische Aussprüche, so als die Parole der Sozialdemokraten bekannt wurde, unter allen Umständen gegen die pseudoliberalen Kandidaten für die

Die Interfons-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schloß-Kleber-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zentrumskandidaten zu stimmen, die sich für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen verpflichteten. Da sagten uns bekannte liberale Herren: „Die Sozialdemokraten handeln ganz richtig, sie sind die einzig Ehrlichen, sie handeln wirklich liberal!“ An Verwünschungen gegen die großkapitalistischen nationalliberalen Räder, deren brutale Rücksichtslosigkeit gegen den „Volkswillen“ die Niederlage des Nationalliberalismus zu danken ist, fehlte es nicht.

Welchen Einfluß die von den Nationalliberalen betriebene Polentzucht ausübte, kann man aus den Stimmenergebnissen in einer großen Zahl Wahlkreise erkennen. Dort traten die Polen geschloffen für das Zentrum ein, vielfach in größerer Zahl als die Zentrumsanhänger selbst, und entschieden den Reichstagswahlkampf. Diefem Umstand hat das Zentrum seinen glatten Sieg in Ostpreußen zu verdanken.

Parteipolitisch sehr bemerkenswert und auch ergötzlich war die liebevolle Behandlung der Sozialdemokratie zwischen dem 3. und 16. Juni! Nationalliberale und Zentrum wetteiferten in der zarftinnigsten Umschmelzung der „roten Vaterlandsfeinde“. So gut haben wir's lange nicht gehabt. An unsere „nationalen“ Gefühle wurde appelliert, damit wir doch nur ja nicht den nationalliberalen bezw. die zentrumsliberalen Kandidaten aus der Patsche hülften. Sonst werden wir verurteilt, daß kein Hund ein Stück Brot von uns nehme, jetzt waren wir viel unwürdiger Stimmvergeber, wertlose Mitbürger und wer weiß sonst noch was. Das muß festgehalten werden mit Rücksicht auf den brünstigen Eifer, mit dem angeht die Regierung im Parlament sowohl Nationalliberale wie Zentrumslente die Sozialdemokraten als verabscheuungswürdige Menschen, mit denen „keine nationale Partei“ auch nur entfernt zu tun haben dürfe, behandeln! Ich wie gerne hätten die übernationalen Nationalliberalen jetzt unsere Wahlmännerstimmen gehabt! Wie stellten sich Zentrum und Nationalliberale jetzt gegenseitig das Zeugnis aus, die „größte Gefahr für die vaterländische Entwicklung“ zu sein, wie rekrutierten sie jetzt die „Noten“ mit schöngewählten Worten sozusagen auch als nationalgesunde Männer. Eine etelhafte Anbettelei, um so widerlicher, wenn man es erlebt hat, daß die jetzt so zarftinnig umschmelzte Partei zu anderen Zeiten dem berechneten Publikum als der Kunstwerk der Menschheit vorgestellt wird!

Die Sozialdemokratie lehnte sich natürlich nicht an die lockenden Blütenidee, so wenig sie sich in ihrem konsequenten Handeln durch das Ausgleichen von Schmutzspalten beeinflussen läßt. Wir stimmten gegen die Partei der Gruben- und Hüttenmagnaten, ohne im geringsten über die zweifelhafte Zentrumsparteipolitik im Unklaren zu sein! Wären wirklich liberale Kandidaten in Frage gekommen, unsere Leute hätten ihnen in der Stichwahl selbstverständlich den Vorzug gegeben. So aber waren nach Lage der Sache die Zentrumskandidaten das kleinere Übel.

Als in Bochum die sozialdemokratischen Wahlmänner die Stichwahlniederlage des werksliberalen Landrats Gerstein entschrieben hatten, haben darüber in Gegenwart bekannter Sozialdemokraten anerkannt liberale Bürger ihre Genugtuung ausgesprochen! „Die Sozialdemokraten haben ehrlich und liberal gehandelt“, erklärten die erwähnten Bürger. Als im Zentrumshauptquartier das Resultat (Sieg des Zentrumskandidaten Gerichtssekretär Partischer) der Stichwahl bekannt wurde, da brachten die Zentrumslente ein Hoch auf die sozialdemokratischen Wahlmänner aus!!

Diese Episode kennzeichnet die parteipolitische Situation im Reichstagswahlkampf. Alles freut sich über die Niederlage der großkapitalistischen Kandidaten.

Das Flensburger Freisinn-Schelmenstück

Die freisinnige „Kieler Zeitung“ veröffentlicht nunmehr den Wortlaut des Abkommens, der am 15. Juni, unmittelbar vor dem Wahltag, zwischen dem Vorstande der Konservativ-agrarisch-antisemitischen Bündlerfraktion und dem Vorstande des freisinnigen Vereins in Flensburg abgeschlossen worden ist. Das Dokument der freisinnig-volksparteilichen Korruption hat folgenden Wortlaut:

1. Der Vorstand des Bundes der Landwirte verpflichtet sich, vor der am 16. Juni stattfindenden Wahl zum Hause der Abgeordneten seinen ganzen Einfluß auf die für die Kandidatur des Herrn Lassen-Neuwathof gewählten Wahlmänner dahin geltend zu machen, daß dieselben ihre Stimme im ersten Wahlgang für Herrn Dr. Duus abgeben. Auch verpflichtet der genannte Vorstand sich, Herrn Lassen zu veranlassen, die für ihn gewählten Wahlmänner aufzufordern, ihre Stimme Herrn Dr. Duus zu geben.

2. Beide Vertragsschließenden verpflichten sich, für die nächste Reichstagswahl keinerlei private oder offizielle Verhandlungen mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten oder einzelnen Mitgliedern dieser Parteien zu führen, sondern jeder für sich einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

3. Wenn Herr Dr. Duus am 16. Juni in das Haus der Abgeordneten gewählt wird, und wenn später bei der nächsten Reichstagswahl der Kandidat des Bundes der Landwirte mit einem dritten Kandidaten, einerlei welcher Partei, in die Stichwahl kommt, so verpflichtet der Vorstand des freisinnigen Vereins sich, öffentlich und privatim die freisinnigen Wähler energisch aufzufordern und auch durch den ausgefallenen Kandidaten aufzufordern zu lassen, für den Kandidaten des Bundes der Landwirte zu stimmen.

4. Beide Vertragsschließenden verpflichten sich, die Agitation für die nächste Reichstagswahl streng sachlich und ohne persönliche Angriffe der Gegner zu führen, auch keinerlei Werbearbeit in den Kreisen der Sozialdemokratie zu betreiben und in keiner Weise gegenwärtige Versammlungen durch provokierende Reden, Interpellationen oder dergleichen zu führen. Die beiderseitigen Reichstagskandidaten sowie die sonstigen Redner und die Presse sollen dementsprechend instruiert werden.

5. Dieser Vertrag ist nur gültig, wenn am 16. Juni Herr Dr. Duus in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt und seine Wahl von dem Abgeordnetenhaus für gültig erklärt wird.

Durch diese Abmachung verpflichtet sich also der Flensburger volksparteiliche Freisinn als Gegenleistung für die ihm am 16. Juni bei der Landtagswahl zu gewährenden Wahlhilfe, nach Möglichkeit bei der nächsten Reichstagswahl dem Kandidaten des Bundes der Landwirte mit allen Mitteln zum Siege zu verhelfen. Nicht nur verpflichtet sich der Freisinn, während des nächsten Reichstagswahlkampfes die Bündler in jeder Weise zu schonen, sondern er verspricht auch, daß die Redner und die Presse im Sinne der freisinnigen Zutreiberei für den bündlerischen Kandidaten instruiert werden sollen!

Selbst die ganz und gar nicht radikale „Kieler Zeitung“ erwartet mit Bestimmtheit, daß der „geschäftsführende Ausschuß der deutschfreisinnigen Partei von Schleswig-Holstein angeleitet durch eine unabweisende Erklärung die

Flensburger Machenschaften ablehnen werde“. Sie vermög sich diesen bei ihr sonst recht ungewohnten Radikalismus um so leichter zu leisten, als sie die Richtung jenes Mischmasch-Freisinnus vertritt, der in Schleswig-Holstein schon seit vielen Jahren existiert, und insolge dessen der freisinnigen Volkspartei die Verantwortung für den schmachtvollen Stuhhandel mit dem Bündlertum überlassen zu können glaubt. Das Blatt spricht sogar die gewagte Erwartung aus, daß die Wahl des Dr. Duus kassiert werde, da die bündlerischen Stimmen durch ein Verbrechen erkaufte worden seien. Eine Hoffnung, der das „Berliner Tageblatt“ bei der Zusammenfassung des neuen Abgeordnetenhauses mit Recht keinen Raum zu geben mag.

Die „Vossische Zeitung“ schwingt sich ebenfalls zu einer Mißbilligung des Abkommens auf, offenbar, weil sie aus dem vom „Berliner Tageblatt“ geltend gemachten Umstande das Flensburger Mandat in der Tasche zu haben glaubt! Nach einer ihr zugewandenen Zuschrift aus Flensburg soll die Aufregung über die Flensburger Vorgänge deshalb so groß sein, weil die Nationalliberalen auf Grund vorausgegangener Verpflichtungen mit Sicherheit auf die Wahlhilfe der Freisinnigen gerechnet hätten. Diese Preslerei der Nationalliberalen durch die freisinnige Volkspartei läßt allerdings das Flensburger Schelmenstück des Kopf- und Biemer-Freisinn um so hübscher erscheinen.

Bei alledem hat die „Vossische Zeitung“ bereits über den Flensburger Freisinn den Milderungsgrund entdeckt, daß ja der Freisinn gar nicht in die Lage kommen werde, sein Versprechen einzulösen. Bei der im Jahre 1907 verzeichneten Stimmenzahl für die einzelnen Parteien erscheine es ausgeschlossen, daß die antisemitischen Bündler, die damals nur 2359 Stimmen erhalten hätten, überhaupt in Stichwahl gelangten.

Als ob nicht ebensogut wie im Jahre 1903 die gleichfalls sehr reaktionär gefärbten und agrarisch angehauchten Nationalliberalen zugunsten der antisemitischen Bündler auf eine eigene Kandidatur verzichteten und dadurch den Bündler in Stichwahl mit dem Sozialdemokraten bringen könnten! Im Jahre 1903 unterlag der konservativ-bündlerisch-antisemitische Kandidat in der Stichwahl dem Sozialdemokraten gerade deshalb, weil der Freisinn nicht geschlossen für den antisemitischen Bündler eingetreten war! Es braucht also nur wieder dieselbe Konstellation einzutreten wie im Jahre 1903, um den wahrheitsfeindlichen, bratwucherischen Bündler mit freisinniger Hilfe in den Reichstag zu bringen!

Man sieht, dem Wahlkompromiß liegt nicht nur Verfidie, sondern auch eine wohlwogene Taktik zugrunde!

Agrarische Steuerpläne.

Die „Korresp. des Bundes der Landwirte“ bespricht die Steuerpläne der Regierung und wendet sich vor allem gegen das Spiritusmonopol, das 150 Millionen Mark einbringen soll. Natürlich nicht deswegen, weil ein Genussmittel der breiten Massen verteuert werden soll. Gegen die Verteuerung der Zigarren hat die „Korrespondenz“ nicht viel einzumenden. Aber es fürchtet nicht mit Unrecht, daß die geplante exorbitante Verteuerung den Branntweinkonsum stark einschränken und damit viele Brennereibetriebe ruinieren müßte. Da aber unsere Agrarier aus dem Brennen, besonders seit dem Bestande des Spiritusyndikats, sehr hohe Profite ziehen, erklären sie feierlich, sich „gegen jede zu weitgehende Verteuerung des Spiritus, die zu einer starken Verminderung des Konsums führen müßte, auf das entschiedenste zu wehren“. Nun, wir nehmen sie beim Wort, wenn auch unsere Motive gegen die Erhöhung der Branntweinsteuer andere sind. Nur machen wir sie darauf aufmerksam, daß das, was für den Spiritus recht, für den Tabak billig ist. Oder wehren sich unsere Bündler nur deswegen so heftig gegen Spiritus- und wie wir hinzufügen wollen, gegen Zuckerversteuern, weil es die Profite der Großen sind, die da in Frage kommen, und haben sie nur deswegen so wenig gegen Tabaksteuern, weil auf dem Anbau und der Verarbeitung von Tabak die Existenz vieler Tausender von Kleinbauern und Arbeitern beruht? Freilich, agrarischem Denken ist Profit und Grundrente der Großen stets wichtiger gewesen als die Gesundheit und der Wohlstand des Volkes, und deutsche Junker sind nie davor zurückgeschreckt, ihren Weg über Leichen zu nehmen, wenn am Ende des Weges eine Erhöhung der Rente winkt!

Zum zweiten möchten wir die Herren auch deswegen ersuchen, bei ihrem Widerstande zu bleiben, weil es dann um so eher klar werden wird, daß es nur eine Finanzreform geben kann: Direkte Reichs-Vermögens- und Einkommenssteuer! Die „Korrespondenz“ verlangt ja selbst stärkere Heranziehung der kapitalistischen Großindustrie. Wir haben sicher nichts dagegen. Aber wir glauben, daß auch dieses Ziel am besten erreicht werden kann durch direkte Besteuerung der großen Einkommen. Das hätte ja auch den Vorteil, daß diese Kleineinkommen gleichmäßig getroffen werden, ob sie nun aus den Montanwerken Thyllens, den Latifundien des Fürsten Völk oder der Vereinigung von industriellem Profit und Rente stießen, wie sie Fürst Dendel v. Donnermarkt so trefflich versteht. Allerdings will der Bund seinem Grundsatze treu bleiben, keine Steuern zu bewilligen, die den Konsum einschränken, dann muß er auch seinen Widerstand gegen die Besteuerung der großen Erbschaften der Kinder und Ehegatten aufgeben, um das Defizit der halben Milliarde zu decken.

Aber wir fürchten, bis zum Herbst wird das agrarische Steuerprogramm wesentlich anders aussehen. Die Agrarier werden sich auf Staatskosten durch neue Liebesgaben für die Einbuße mehr als schadlos halten, die ihnen das Spiritusmonopol bringen könnte, und nach Sicherung ihrer Rente und Profite im gewohnten Bunde mit dem Großkapital mit um so größerer nationaler Begeisterung die Last der halben Milliarde neuer indirekter Steuern auf die Schultern der Beschloßen wälzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Juni 1908.

Die Kaiserrede.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nimmt heute Kenntnis von den Döberiger Aeußerungen des Kaisers. Es ge-

schlecht in einem „Zur Lage“ überschriebenen Artikel. Darin heißt es:

„In der Beurteilung der politischen Lage macht sich vielfach eine Unruhe geltend, die sich weniger auf greifbare Tatsachen berufen kann, als vielmehr in einer weit verbreiteten Unsicherheit darüber ihren Ursprung hat, ob etwa eine neue Konstellation sich bilden und eine friedliche Lösung schwebender Fragen erwirkbar wäre. Es wäre verfehlt, leugnen zu wollen, daß sich schwierige diplomatische Auseinandersetzungen ergeben können. Nur sollte darüber nicht vergessen werden, daß man durch ängstliche und übertriebene Ausmalung möglicher Gefahren nicht den sachlichen und gelunden Lösungen vorarbeiten, die herbeizuführen ein allen Mächten gemeinsames Interesse gebietet.“

Doch bezieht sich dieser Passus augenscheinlich nicht auf die Aeußerungen Wilhelms II. Das ist bei dem offiziellen Blatt ja ausgeschlossen. Vielmehr bezeichnet es das „Blüowblatt“ als „Unfug, Aeußerungen des Kaisers in unbegreiflicher und willkürlicher Form in die Presse zu bringen.“ Das wäre richtig, wenn es sich um Privatäußerungen handelte. Da aber solche Aeußerungen, wie Herr v. Bülow bestätigen wird, zugleich privat und politisch sind, so hat die Öffentlichkeit ein Interesse, sie zu erfahren und erfährt sie auch regelmäßig. Deswegen ist das einzig richtige Mittel, Aeußerungen, die nicht in die Öffentlichkeit gehören, vor der Veröffentlichung zu bewahren, dies, solche Aeußerungen gar nicht zu machen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erklärt, daß die Aeußerungen, die am 29. Mai, also vor der Rebalber Zusammenkunft laut wurden, sich nicht auf politische Tagesfragen bezogen haben; es sei darin auch nicht von „Einkreisen“ und von „Unsicherheit“ die Rede gewesen. Wohl aber hat der Kaiser der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Armee, dem Geiste Friedrich des Großen getreu, ihren Aufgaben gewachsen bleiben werde.

Wir können nur wiederholen, daß, wenn schwierige diplomatische Auseinandersetzungen bevorstehen, diese Schwierigkeiten zu einem großen Teile die Folge unserer schlechten auswärtigen Politik sind. Aber weder Marokko, noch gar die Türkei und Mazedonien sind Fragen, die irgendwie Lebensinteressen des deutschen Volkes betreffen. Die deutsche Diplomatie wird daher gut tun, diese Fragen in einer Weise zu lösen, die jede Gefährdung des Friedens vollkommen ausschließt, und sich rechtzeitig daran erinnern, daß weder der Balkan noch Marokko die Knochen eines einzigen Grenadiers wert sind.

Die „Tägl. Rundschau“ meldet übrigens, daß gegen „die Urheber der Indiskretion“ über die Döberiger Rede das Ermittlungsverfahren eingeleitet sei und energisch betrieben werde. Sollte das wahr sein, wozu dann die Dementis? Wir möchten, die amtlichen Stellen täten am besten, an die Rede nicht mehr als unbedingt nötig zu erinnern und die unglücklichen Zuhörer ungeschoren zu lassen. —

Der schlecht informierte Kaiser.

Unsere Leser erinnern sich noch der peinlichen Begleitumstände, mit denen der letzte amerikanische Votschasterwechsel vor sich gegangen ist. Der Kaiser hatte wieder einmal persönlich eingegriffen, um Herrn Tower, der so schöne Feste zu arrangieren mußte, zu behalten. Wieder war ein Privatbrief geschrieben worden, und wieder hatte das persönliche Eingreifen nur die Folge, im Auslande Verstimmungen hervorzurufen. Die deutsche Diplomatie hatte einige Mühe, die Sache einzurenken. Herr Tower wurde natürlich abberufen. Herr Hill ist nun Votschaster in Berlin, allerdings, wie es heißt, nur vorübergehend. Unterdessen scheint beim Kaiser die Stimmung umgeschlagen zu sein. Er hat nach der Meldung des „New York Herald“ sich nach dem Empfang des Herrn Hill außerordentlich günstig über den Votschaster ausgesprochen und nach dem „Berl. Tagebl.“ hinzugefügt: „Es zeigt sich wieder einmal, wie schlecht ich informiert werde.“

Wir freuen uns, einmal ausnahmsweise völlig mit der Ansicht Wilhelms II. übereinstimmen zu können. —

Reche der Bechenherren.

Auf den Gruben im Bochumer Revier, u. a. auch bei Stinnes, ist von den Grubenverwaltungen einer großen Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner gefälligst worden, die dank der Sperte vorerst auf seiner Grube Arbeit erhalten.

Im Gelsenkirchener Revier ist vom Schaller-Gruben- und Hüttenverein 16 Zentrumswahlmänner gefälligst worden! Und da faßelt man vom Terror der — Sozialdemokratie!

Das Sprachverbot

beranlaßt vor einigen Tagen eine interessante Gerichtsverhandlung, wobei allerdings das Reat nicht mit dem neuen Vereinsgesetz zusammenhing. Drei junge Männer aus dem katholischen Dorfe Königshofen (Taubergrund) mußten sich vor der Strafkammer Rosbach (Baden) wegen einer Gottesdienststörung verantworten (§ 167 Str.-G.-B.), welche sie am Weihnachtstage während der Messe begangen hatten.

Die Orgel intonierte nach einem melodiosen Vorspiel das Agnus dei, in welches der offizielle Kirchenchor auch einsetzte, während das Volk auf der Empore das deutsche Lied sang: „Ihr Kinderlein, kommet doch all!“ — Schon lange protestieren die Katholiken des Dorfes gegen die lateinische Singerei, aber das Ordinariat gestattet die deutschen Kirchengesänge nicht. Der Pfarrer hielt diesen Sang der Teufeln für eine komplottartige, verabredete Störung. Die Gendarmerei konnte nur drei Sänger dem Richterstuhl vorführen, denen aber der Bürgermeister bezeugte, daß sie „auch Religion“ haben. Das Urteil lautete: Ihr, Kinderlein, gehet, o gehet doch all! — Aber deutsch singen dürfen sie nicht wieder in der Kirche, sonst kommt das Sprachverbot in Anwendung! —

Bauordnung und Volksschulgesetz in der Württembergischen Kammer.

Die zweite Lesung der Bauordnung in der Kammer nähert sich ihrem Ende. Der Seniorensenator rechnet damit, daß die Beratung noch in dieser Woche zu Ende geführt werden kann. Die Erste Kammer wird dem Gesetze, wie es aus der Beratung der Abgeordnetenlammer hervorgeht, wahrscheinlich ohne Aenderung zustimmen. Damit würde sich eine dritte Lesung erübrigen. Eine eingehende Würdigung des Gesetzes ist erst nach Erledigung der noch nicht zur Verabschiedung gelangten Artikel möglich und angebracht. Aber soviel läßt sich schon heute sagen: Den Hauptanteil an einer den sozial-hygienischen Forderungen Rechnung tragenden, das Volksinteresse gegenüber dem Hausagrarier- und Terrainspekulantentum wahrnehmenden Ausgestaltung des Gesetzentwurfes kann die Sozialdemokratie sich zuschreiben. In Genossen Dr. Lindemann hatte unsere Fraktion einen sehr sachkundigen, in der Debatte äußerst schlagfertigen Vertreter ihrer Anträge und Forderungen im Kreise geschickt, der den Rednern der bürgerlichen Parteien manch harte Nuß zu knaden gab. Dem wertwürdigen — oder

auch nicht merklich wertvoll — mußte sich die Aktion der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt und bei weittragenden Gesetzesbestimmungen gegen die bürgerlichen Parteien statt gegen die Regierung richten und in mehr als einer Frage trat die Regierung auf die Seite der das Allgemeinwohl vertretenden Sozialdemokratie gegen die für den „soliden Grundbesitz“ schwärmenden bürgerlichen Parteien.

Nach Erledigung der Bauordnung und einiger kleinerer Angelegenheiten, Interpellationen usw. will man noch Ende dieses Monats die Generaldebatte über die Volksschulgesetzgebung eröffnen. Am 4. Juli, so hofft man, könnte die Tagung des Landtags geschlossen werden. Die Generaldebatte über die Volksschulreform wird aber wohl mehr Zeit in Anspruch nehmen, als vorgesehen. Von dem Entwurf ist — abgesehen von den Nationalliberalen und jener Presse, die sich die Gunst der Regierung um jeden Preis erkaufen möchte — niemand so recht erbaut. Es ist ein Kompromißwerk schlimmster Sorte. Die Wünsche und Forderungen der überwindlichen Majorität der Lehrerschaft sind einfach in den Wind geschlagen, von den Forderungen des sozialdemokratischen Programms gar nicht zu reden. Wohl ist in der Form die Herrschaft der Kirche über die Volksschule gemildert, in der Sache aber werden die Herrschaftsansprüche des Klerus über die Schule im Geseh noch sicherer verankert als das bisher der Fall war. Was die Novelle sonst an Änderungen und Verbesserungen bringt, ist teils so geringfügiger oder zweifelhafter Natur, daß die Erregung unter der arbeitenden Bevölkerung in dem Maße wächst, wie die Novelle genauer bekannt wird. In einer Anzahl sozialdemokratischer Versammlungen hat man sich bereits mit der Sache befaßt, während die bürgerlichen Parteien sich noch abwartend verhalten und nur durch die Presse den Boden zu sondieren suchen. Am 20. Juni wird sich der Gesamtvorstand des Württembergischen Volksschullehrervereins mit dem Gesetzentwurf befassen und Beschluß fassen über die von Vereinen wegen zu unternehmenden Schritte. Ist der Verein gewillt, an seinem Schulprogramm festzuhalten, so wird er in der Sozialdemokratie die tatkräftigste und konsequenteste Vertretung seiner berechtigten Forderungen finden. Andernfalls wird eben die Sozialdemokratie allein forschen.

Zwei Urteile der Militärjustiz!

Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Verleumdung in einer ganzen Reihe von Fällen stand der Unteroffizier Bernhard vom Grenadier-Regiment Nr. 101 vor dem Dresdener Kriegsgericht. Er hat mehrere Rekruten in der rabiatesten Weise mißhandelt. So hat er dem Grenadier Weber den Gewehrfuß in die Brust gestoßen und gesagt: „Verfluchter Lausjunge, ich ramme dich abern Hausen!“ Denselben Soldaten hat der Soldatenschilder an Tisch und Schrank gestoßen. Eines Tags mußte die ganze Korporalschaft den Weber mit Bürsten, Lappen und Seife abwischen. Die Projektur war eine schmerzhafteste, der Soldat hatte zerfandene Haut. Der Grenadier Trestow ist einmal am Genick angepackt und in einen Eimer gestürzt worden, auch erhielt er noch einen Schlag ins Genick. Auch dieser Soldat ist an Tisch und Schrank gestoßen worden. Die Verhandlung, während welcher der Angeklagte fast alles leugnete, ergab noch weitere Straftaten. Der Verteidiger leistete ein Ganzstück in der Beschönigung der Soldatenmißhandlungen. „Der sein Kind lieb hat, der züchtigt es!“, meinte er. Das Gericht schloß sich dieser milden Auffassung an und verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung in einem, vorschriftswidriger Behandlung in fünf und Verleumdung in zwei Fällen zu — — drei Wochen mittleren Arrest!!! —

Wegen Verleumdung eines Vorgesetzten stand der Fahrer Roscher vom 12. Artillerie-Regiment vor demselben Kriegsgericht. In der Batterie des Angeklagten kursierte seit langem das Gerücht, der Sergeant Stoppe habe während des vorigen Wanders räuberischen Haß verkauft. Es wurde schließlich eine Untersuchung eingeleitet, während welcher auch der Angeklagte vom Hauptmann vernommen wurde. Hier soll man der Angeklagte nach der Behauptung des Hauptmanns angegeben haben, er habe dem Sergeanten Stoppe den Faserdiebstahl auf den Kopf zugeseigt, ohne daß sich dieser verteidigt habe. Auf Grund der Behauptung des Hauptmanns wurde gegen den Angeklagten eine Anklage wegen Verleumdung eines Vorgesetzten erhoben. Die Untersuchung gegen den Sergeant hat nichts ergeben. Der Angeklagte befreit mit aller Entschiedenheit, die beleidigende Aussage getan zu haben, während der Hauptmann bei seinen Angaben verharret. Der Vertreter der Anklage beantragte wegen einfacher Verleumdung 4 Wochen strengen Arrest. Das Gericht erkannte jedoch auf sechs Wochen und einen Tag Gefängnis.

Frankreich.

Die Marokkodebatte.

Paris, 19. Juni. Zu Beginn der Interpellation über Marokko fragte der Abgeordnete Gerbais (sozialliberal), ob die Regierung der von der Kammer schon so oft gebilligten Politik treu bleibe, welches die Weisungen für General d'Amade seien und ob die Regierung fortfähre, die Algecirassache als Grundlage des französischen Vorgehens zu beobachten. Gerbais empfahl Neutralität zwischen Abdul Asis und Mulah Hafid. (Beifall.) Der Abg. Deschanel (Republikaner) erklärte hierauf, Frankreich müsse sich bewusst bleiben, daß es Abdul Asis sei, der die Algecirassache im Namen Marokkos gezeichnet habe. Europa könne einen Sultan, den Marokko die Freiheit habe, sich selbst zu wählen, nur anerkennen, wenn dieser die Algecirassache unterschreibe. Deschanel schloß, Frankreich kämpfe seit 1894 um seine Stellung am Mittelmeer. In dem neuen Frankreich, welches es sich dort geschaffen habe, müsse es sich der Jugend verweisen. Dies sei der Grund seines sehr begrenzten Vorgehens. (Beifall links und im Zentrum.) Nachdem nun Jaurès ebenfalls um Bekanntheit der dem General d'Amade gegebenen Weisungen gebeten hatte, verlas der Minister des Reichs Bichon die Instruktionen vom 19. Mai 1908. In der Instruktion heißt es: Nach Wiederherstellung der Ordnung und schnellen Bekämpfung der schuldigen Stämme, sowie Verübung des Schoujagebietet, wo Mulah Hafid das Haupthindernis gewesen ist, komme es darauf an, die Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, um den europäischen Handel zu erleichtern. Diese Okkupation solle einen vorübergehenden Charakter haben und aufhören, sobald es ohne Gefahr für die Sicherheit im Lande möglich sei. General d'Amade solle Stützpunkte einrichten, um die Anarchie niederzuhalten und nach und nach die französischen Truppen durch Eingeborene zu ersetzen. Die Instruktionen schließen mit den Worten: Wir können hoffen, daß ihr Werk, die Verübung des Landes erfolgreich vollendet zu haben, sich in kurzer Zeit seinem Ende zuneigen und daß die Algecirassache bald im Schoujagebiet in Wirksamkeit treten wird. Die Regierung vertraut ihnen in bezug auf die zur Ausführung notwendigen Maßnahmen.

Darauf verlas Bichon die dem General Bouteh gegebenen Instruktionen, die dahin gehen, daß bezüglich der algerischen Grenze die französisch-marokkanischen Abkommen innegehalten werden und in Uebereinstimmung mit dem Ratschen dort die Ruhe hergestellt

werde. Bichon fügte hinzu, daß die dem General d'Amade erteilten Instruktionen den Signatarmächten der Algecirassache mitgeteilt worden seien. — Jaurès erklärte, er sei zufrieden, daß die Regierung mit Bestimmtheit den vorübergehenden Charakter des Vorgehens in Marokko bestätigt habe; er glaube aber, die Regierung gehe in der Schätzung ihrer rechtlichen Verpflichtungen gegen Abdul Asis zu weit und sie täusche sich über die verschiedenen Weismittel der beiden Sultane. Alle, mit Ausnahme der französischen Diplomatie, sähen in Abdul Asis einen Gefallenen, und Frankreich habe es erreicht, daß mit Mulah Hafid das einzige Marokko gegen es stehe; Hafid habe Res, Elkar und Tetuan besetzt und werde morgen umweit der Küste sein und Frankreich die ersten Probleme stellen. Frankreich wolle leidenschaftlich den Frieden, es würde aber niemandem auch nur den geringsten Einfluß auf die Freiheit seiner Entschlüsse in seinen inneren Angelegenheiten noch in seinen äußeren noch auf die Wahl seiner Allianzen einzuräumen. (Lebhafter Beifall auf allen Bänken.) Als Jaurès diese Anspielungen auf Interventionen fremder Mächte machte, rief Bichon energisch: Auch nicht ein einziges Mal habe irgendeine Macht Frankreich gesagt, daß es die Algecirassache überschreite. Niemals habe irgend wer von Frankreich die solchen angebotenen Versicherungen verlangt. (Bewegung.) Bichon schloß, es hieße den Patriotismus der Regierung schlecht kennen, wenn man glaube, sie hätte es zu ähnlichen Ermahnungen kommen lassen können. — Jaurès fügte hinzu, in einer politischen Korrespondenz sei von einer deutschen Note die Rede gewesen, in der angefragt worden sei, ob Frankreich seine Truppen zurückziehen würde. Zwei Tage später habe Volksschafter Cambon den Staatssekretär Schön befragt: „Ersparen Sie uns“, rief Jaurès, „in Zukunft betartige traurige Zusammenhänge!“ (Widerpruch links. Clemenceau und Bichon protestieren mit Entschiedenheit.) Bichon fragt in großer Erregung, durch wen Jaurès autorisiert worden sei, im Namen Deutschlands zu reden. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Rest der Rede des Ministers wurde von der Kammer beifällig aufgenommen. Jaurès erwiderte, dieselben Gerüchte seien von zwanzig anderen beunruhigten Deputierten verbreitet worden, warum werde er also allein angegriffen? — Darauf fuhr Jaurès in seiner Rede fort und der Zwischenfall war damit geschlossen.

Jaurès schloß seine Rede mit der Bemerkung, daß keine Notwendigkeit bestehe, Abdul Asis, dessen Herrschaft nur noch einer Ruine gleiche, fernherhin zu führen, und indem er den Minister des Reichs beschwor, die Akte von Algecirass nicht zu überschreiten, um die politische Atmosphäre, die ohnehin so gespannt sei, nicht noch mehr zu gefährden. (Beifall auf der äußersten Linken.) — Bichon wollte reden, wurde aber durch den Lärm auf der äußersten Linken daran gehindert, wo die Abgeordneten, trotz der Bitten Jaurès, mit den Pulddedeln schlugen. — Präsident Brisson bemerkte, der Ausdruck des Ministers des Reichs habe seinen Gedanken überschritten; denn niemand in der Kammer spreche in einem anderen Namen als in dem Frankreichs. (Lebhafter Beifall.) Minister Bichon stimmte der Erklärung des Kammerpräsidenten bei und fügte hinzu, niemals habe der Vertreter einer fremden Macht eine Sprache geführt, wie sie Jaurès im Sinne habe.

Die Kammer nahm mit 343 gegen 125 Stimmen eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung an, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten Marokkos und in Uebereinstimmung mit der Algecirassache die Rechte und die Würde Frankreichs in Marokko zu wahren.

Belgien.

Der Auflösungsantrag der Sozialdemokratie.

Brüssel, 18. Juni. (Fig. Ver.) Nach einem entsprechenden Vorspiel, das die Wahlkorruption der Merkmalen in dem Wahlbezirk Hasselt entschiederte, stellte der sozialdemokratische Deputierte Subin in der gestrigen Kammer Sitzung einen Tagesordnungsantrag auf Auflösung der Kammer.

Die Wahlen vom 24. Mai, erklärte Subin, haben auch gezeigt, daß die Wähler die Kolonialpolitik gleichwie das absolute Regime Leopolds verwerfen. Die Regierung besitze weder die Autorität noch die Fähigkeit, die schwebenden Fragen zu lösen und es erübrige sich nichts als die Auflösung. Die Regierung, sagt Subin weiter, ist mit 102.000 Stimmen Majorität geschlagen worden, sie besitzt keine Majorität mehr und kann nicht hoffen, die Annerkennung und das Kolonialgesetz zu Ende zu bringen. Ein Wahlergebnis nach dem anderen richtet sich, ungeachtet des die Merkmalen schützenden Schwindelwahrheits, gegen die Regierung. Wenn das Repräsentativsystem einen Sinn habe, müsse die Regierung nach einem solchen Rückzug verschwinden oder wenigstens das gesamte Land über eine Politik befragen, die sein Geschick in Frage stellt.

Nach Subin ergriff De Strée zur Kammerauflösung das Wort. — Die von den Sozialisten eroberten fünf Sitze seien der strikten antikononialen Haltung der Sozialdemokratie geschuldet und dieser Umstand gebe ihnen das Recht, die Auflösung zu fordern. Die Wiesbadener Ministerkonferenz mit dem König hat gezeigt, daß sich die Situation seit dem 24. Mai geändert habe. . .

Statt mit der angefündigten „feierlichen Erklärung“ der Regierung, die nichts zu sagen hatte, haben so die Sozialdemokraten die Kongression mit ihrem Antrag auf Auflösung der Kammer entsprechend eingeleitet. — Morgen wird die Debatte über den sozialdemokratischen Antrag fortgesetzt, der in seiner jetzigen Form vom Präsidenten als „unkonstitutionell“ zurückgewiesen wurde, da nur dem König das Recht auf eine Auflösung zustehe. —

So viel man sieht, haben es die noch Wiesbaden kommandierten Minister — Belgien wird nur mehr auf diesem ambulanten Wege von Leopold regiert — nicht sehr eilig, zu berichten, was sie bei ihrem Auftraggeber „ausgerichtet“ haben. Die Reifekomödie scheint nicht einmal das Geld wert gewesen zu sein, das sie gekostet hat. . .

Italien.

Der Journalistenstreik.

Rom, 19. Juni. Zu dem gestrigen Zwischenfall in der italienischen Deputiertenkammer wird noch berichtet, daß die Berichtserhalter in einer Versammlung beschloßen haben, keine Parlamentsberichte mehr zu veröffentlichen, bis ihnen vollständige Genugtuung wegen des Zwischenfalles gegeben worden ist. Die Klärung der Journalistentribüne erfolgte durch eine Abstellung Soldaten, was besonders Aufregung hervorrief.

Rom, 19. Juni. Heute früh wurde die Kommission der Journalisten vom Kammerpräsidenten empfangen. Die Kommission erklärte bei dieser dieser Gelegenheit an, daß der Präsident in der gestrigen Sitzung die Rechte der Presse vollkommen einwandfrei gewahrt habe. Sie lud deshalb die Kollegen ein, auf die Pressetribüne zurückzulehren. Die Journalisten kamen der Aufforderung nach und nahmen bei Beginn der Nachmittags-Sitzung ihre Plätze wieder ein.

Der Abg. Santini hatte vorher in der Kammer um Entschuldigung für die Beschimpfung der Journalisten gebeten.

Der Präsident hatte, geschädigt als Herr Graf Stolberg, in der Kammer sofort folgende Erklärung abgegeben: Er bedauere lebhaft, zu einer so strengen Maßregel gegen die Journalistentribüne genötigt gewesen zu sein, sie habe in die Debatte eingegriffen und das könne unmöglich gebildet werden. Sodann sprach der Präsident dem Abgeordneten Santini seinen Dank aus, daß er die Klüge angenommen und eine Erklärung abgegeben habe. Nach der Hausordnung hätte er die Journalisten während der ganzen Sitzung ausschließen müssen, aber wegen der Ursache des Zwischenfalles habe er geglaubt, die Kammer aufzufordern zu sollen, ihn zu ermächtigen, daß er den Journalisten

den Zutritt zur gleichen Sitzung wieder gestatte. Wenn sie indessen nicht zurückkommen wollten, so gehe das in einer Kammer den Präsidenten nichts an. Er glaube, der Zwischenfall könne als vollständig beigelegt betrachtet werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Schaden des Parmenser Streiks.

Rom, den 16. Juni.

Nach einer Schätzung des Professors Vizzozzi, eines landwirtschaftlichen Sachverständigen, hätten die Streikenden von Parma in den anderthalb Monaten des Ausfalles eine Million dreihunderttausend Lire Lohnausfall erlitten. Der Schaden der Gutsbesitzer beläuft sich ungefähr auf eine Million dreihunderttausend Lire für die höheren den Streikbrechern gezahlten Löhne, 500.000 Lire Verlust an Vieh, durch schlechten Verkauf, höhere Sterblichkeit usw., für Verlust der Heuernte 200.000 Lire, für Einstellung der Käseproduktion 200.000 Lire. Hierzu kommt der Schaden, der sich aus dem Ausfall der Bestellung der Zuderräden, Tomaten, Neben usw. ergibt und auf anderthalb Millionen veranschlagt wird, und schließlich 150.000 Lire für die Vernachlässigung der Seidenraupen. Macht insgesamt für die Verluste 3.850.000 Lire. Wie es die Unternehmer fertiggebracht haben, den Streikbrechern 1.800.000 Lire mehr zu zahlen, als sie normalerweise den Streikenden gezahlt hätten, ist uns unklar. Die Zahl der Streikbrecher soll nie 2500 überstiegen haben. Sollen nun diese absolut die doppelte Lohnsumme bezogen haben, die die zehnmal größere Zahl der Streikenden in gleicher Zeit bekommen hätte? Wenn diese Berechnung stimmt, so wäre sie der beste zahlenmäßige Beweis für die Verdrängung des Streiks. — Die Streikbrecher erhalten 5,25 Lire am Tag, dazu Verpflegung und Logis. —

Die Gemeindevahlen.

Rom, den 16. Juni.

Am vorigen Sonntag haben in verschiedenen größeren Städten die Wahlen für die Erneuerung eines Drittels der Stadterverwaltungen stattgefunden. Diese Wahlen sind für unsere Partei nicht ungünstig ausgefallen. In Turin, wo die Partei eine Majoritätsliste aufgestellt hatte, wurden 14 Sozialisten gewählt mit 13.008 bis 12.552 Stimmen. Die übrigen 18 Sitze fielen den Liberalen zu. Die mit den Konservativen verbündeten Merkmalen erlangten keinen Sitz. In der 80 Sitze zählenden Stadtverordneten-Versammlung haben jetzt die Sozialisten 25 Vertreter. In Mailand dagegen bezeichnet der Wahlgang den Sieg der Konservativen und Merkmalen. Die autonomen Gruppen, die allein an dem Wahlkampf teilnahmen, brachten fünf Reformisten als Minoritätsvertreter mit 8500 Stimmen durch; die offizielle Parteifraktion hatte sich vom Kampf ferngehalten. Im Mailänder Stadtrat haben die Reformisten nunmehr sieben Vertreter. Auch in Bologna erlangten die Merkmalen-Konservativen die Mehrheit, die Sozialisten eroberten vier Gemeindevahlen und zwei Provinzialratsitze. Sieben Parteigenossen und acht Liberalen wurden in Novara gewählt. In Jaenza, Pano, Ubersa und anderen Orten Südtaliens, in denen am Sonntag gewählt wurde, unterlag unsere Partei, während in Catania die Liste der vereinigten Volksparteien — Sozialisten, Republikaner und Radikale — die Mehrheit eroberte. —

Rußland.

Ein Attentat.

Krasn, 18. Juni. Der Kosakengeneral Koroschkin wurde durch einen Schuß durch das Fenster getötet.

Persien.

Der Staatsstreik des Schahs.

Londen, 19. Juni. Ein hiesiges Blatt meldet aus Teheran, der Schah habe auf das Memorandum des Parlaments noch nicht geantwortet und sein Hoflager erhalte Verstarlungen von den Stämmen. Der Schah sei nicht geneigt zum friedlichen Ausgleich und augenscheinlich entschlossen, den Absolutismus wieder herzustellen. Die Kaufleute in Teheran erklärten sich für Fortsetzung der Einstellung der Geschäfte.

Aus der Partei.

Julius Mottelet zum Gedächtnis

wurde vorgestern, am 18. Juni, dem siebzigsten Geburtstag unseres teuren Toles, auf dem Söbriedhofe in Leipzig ein würdiges Grabdenkmal enthüllt, das die Gattin als ein äußeres Zeichen niemals versagenden Gedankens hat setzen lassen. Das Denkmal besteht aus einem hohen und breiten, weithintragenden Block aus rothlicher Porphyre, den vorn ein Medaillon mit Mottelets Kopf in Relief ziert; darunter liest man in einfachen Lettern:

JULIUS MOTTELET

1838—1907

IN RASTLOSER ARBEIT

VERZEHRTE SEIN LEBEN

DER KAMPF FÜR DIE ARBEITERKLASSE.

Das Denkmal macht in seiner einfachen Geschlossenheit einen wirkungsvollen nachhaltigen Eindruck.

Zu der Enthüllung hatte sich vorgestern mittag um die Genossin Emilie Mottelet ein Kreis alter Freunde aus nah und fern und Leipziger Genossen zahlreich versammelt. Für sie alle sprach zunächst Eduard Bernstein. Er skizzierte den Lebenslauf Mottelets, hob besonders seinen stets und überall bewährten und aufopfernden Dienst für die Arbeiterklasse hervor, seine treue, unvergleichliche Kameradschaftlichkeit, seine Gedächtnis und Wahrhaftigkeit; er schloß, daß so geleistete Dienste niemals vergehen würden und auch niemals vergessen werden könnten. An Bernsteins tief empfundene, aus persönlichen Erinnerungen und Erlebnissen vielfach unterstützte eigenliche Gedenkrede, schlossen sich innige Worte des Dankes und treuen Gedenkens von Lipinski, Goldstein und Richard Fischer. Noch einmal ergriff Bernstein das Wort, um im besonderen der treuen und gleichföhlenden tapferen Lebensgefährtin Mottelets Dank und Anerkennung für alles auszusprechen, was sie für den Toten und für die Partei geleistet hat. Damit hatte die einfache, eindringliche Feier ihren Abschluß gefunden.

Zur Enthüllung des Denkmals ließen mehrere Telegramme ein. In einem von Clara Petlin, Degerloch bei Stuttgart, heißt es: „Ich gedenke mit Dankbarkeit des selbstlosen Vorkämpfers unserer Sache, der mir ein treuer und föhrender Freund war.“

Eus Mößlingen war folgendes Telegramm eingegangen: „Am heutigen Ehrentage gibt seiner tiefgeföhnten Verehrung für seinen veröhlenen Freund und Kampfgenossten hiermit Ausdruck sein Mitarbeiter Velli.“

Freundschaftliche Kritik und gehässiger Anwurf. Die „Frank. Tagespost“ (Münster) bemerkt in ihrer Nr. 137 zu unserer vor einigen Tagen veröffentlichten Zurückweisung der auf die Leipziger Volkszeitung bezüglichen Stelle ihres letzten Berliner gewerkschaftlichen Briefes:

„Wir finden diesen vom „Vorkwärts“ angefündeten Grundschuß so nett und nützlich, daß wir nur wünschen können, er möge ihm zunächst selbst befolgen. Dann hätte er seiner Notiz nicht die Ueberschrift gegeben: „Ein gehässiger Anwurf“, sondern die grimmige „A. B.“ ehrfurchtsvoll darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht angängig sei, unseren Berliner Mitarbeiter, den treuesten Freund“ als gehenden Feind anzudeuten; und der „Vorkwärts“ selbst hätte dann seine Auslassung laut „Ein gehässiger Anwurf“ „Freundschaftliche Kritik“ betitelt.“

Wir erlauben uns, die wichtige „Kölnische Tagespost“ ehrfurchtsvoll darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Behauptung, ein sozialdemokratisches Blatt „hege gegen die Gewerkschaften“, nicht als freundschaftliche Kritik anzuerkennen vermögen. In dieser Wendung liegt die Unterstellung, daß das betreffende Blatt nicht einzelne Meinungen der gewerkschaftlichen Bewegung, sondern die Gewerkschaften an sich bekämpfe, zudem in unehrerlicher Weise und aus gemeinen Motiven. Es heißt ein Parteiorgan eines der schwersten Vergehen beschuldigen, die ein Arbeiterblatt überhaupt begehen kann. Und angeht es eine solche Beschuldigung hört denn doch die Gemütslichkeit auf.

Ein eigenes Heim haben sich Partei und Gewerkschaften in Frankfurt a. M. durch den Ankauf des Hauses Hirschenstraße 24 zu gelegigt, das den Bedürfnissen entsprechend umgestaltet wurde. Das Parteiorgan, die „Führer-Würgerzeitung“, hat die für sie bestimmten Räumlichkeiten bereits bezogen, ebenso haben der Metallarbeiterverband und der Holzarbeiterverband ihre Bureaus dahin verlegt. Das Partei- und das Gewerkschaftssekretariat werden in den nächsten Tagen nachfolgen. Für eine allenfalls notwendig werdende Erweiterung ist Vorkehrung getroffen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Freispruch. Der Genosse D. K. K. von der „Arbeiterzeitung“ zu Essen wurde von der Anklage, einen mit dem allgemeinen Ehrenzeichen decorierten Vergarbeiter beleidigt zu haben, von der Strafkammer zu Essen freigesprochen. Die „Arbeiterzeitung“ hatte bemängelt, daß die Arbeitsverhältnisse auf der Zeche, auf der der Decorierte arbeitet, verschlechtert wurden und hatte im Anschluß daran davon gesprochen, daß „einem ausgemergelten Arbeiter ein Stück Fleisch auf die Brust gehängt wird“. Durch diese Wendung sollte der betreffende Arbeiter beleidigt sein. Seine Vernehmung ergab, daß er von dem incriminierten Artikel erst auf dem Zechenbureau durch die Beamten Kenntnis bekam. Dort wurde auch der Strafantrag angefertigt und von ihm unterzeichnet. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte nicht die Person des Antragstellers habe treffen wollen, sondern daß er lediglich ein System kennzeichnen wollte. So erfolgte Freispruch.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kollmarkt.

Die flauere Beschäftigung in der Eisenindustrie wird durch folgenden Bericht der Rhein-Westf. Ztg. über den Abgang des Kolls gekennzeichnet: Der Kollabgang hält sich in den letzten Monaten und zeigt wenig Veränderung. Das Syndikat nimmt den Kollereien 70 Proz. der Beteiligung ab, wobei es allerdings gewisse Mengen auf Lager nimmt. Was die Kollereien über 70 Proz. herstellen, müssen sie selbst lagern. Auf verschiedenen Zechen nehmen die Kolllager stark zu; insgesamt sollen die Lagermengen bis jetzt über 600 000 Tonnen nur wenig übersteigen. Wie der Abgang sich weiter gestalten wird, ist noch nicht übersehbar, da die Mehrzahl der Hütten mit Bestellungen sehr zurückhält. Für das dritte Vierteljahr stehen die Bestellungen größtenteils noch aus. Es wird mehrfach angenommen, daß die 30proz. Einschränkung für die nächsten Monate kaum ausreichen und eine weitere Erhöhung der Einschränkung nötig werden wird.

Die Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe ist immer noch infolge der äußerst ungünstigen Lage in Berlin überaus hoch. Ende Mai waren nach der Zählung des Holzarbeiterverbandes noch 4,39 Proz. arbeitslos gegen 4,62 Proz. im April und 1,87 Proz. im Mai 1907. Absolut waren von 146 008 Arbeitern 6436 arbeitslos. Von diesen entfielen mehr als die Hälfte, nämlich 3718 auf den Gau Berlin. Es waren hier von 38 006 Arbeitern circa 11,2 Proz. beschäftigungslos. Würde man den Gau Berlin unberücksichtigt lassen, so würde sich die Arbeitslosigkeit für das übrige Deutschland auf nur 2,89 Proz. stellen. Sie wäre auch dann noch immer höher als in den Vorjahren, aber doch um 2 Proz. niedriger, als es bei Einbeziehung des Gau Berlin der Fall ist. Relativ niedrig ist die Arbeitslosigkeit in den Gaueu Stuttgart, Erfurt, dann in Danzig, Düsseldorf und Nürnberg. Im Vergleich mit den Vorjahren bewegte sich die Arbeitslosigkeit in den ersten fünf Monaten des Jahres in Prozent wie folgt:

	1906	1907	1908
Januar	2,47	2,57	5,81
Februar	1,72	2,68	4,80
März	1,56	2,45	4,43
April	1,54	2,32	4,62
Mai	1,48	1,87	4,39

Schon 1907 war also die Arbeitslosigkeit durchschnittlich höher als 1906. Aber selbst das relativ günstige Jahr 1908 zeigte in manchen Monaten eine noch geringere Arbeitslosigkeit als das Jahr 1907, so gerade im Monat Mai, indem sie bis auf 1,16 Prozent zurückging. Wenn auch die Arbeitslosenzählungen des Holzarbeiterverbandes nur einen Teil der in Frage kommenden Arbeiterkraft umfassen, so spiegeln ihre Ergebnisse doch die Beschäftigungsverhältnisse in den größeren Städten ziemlich zutreffend wider.

Ein Stahlwerk durch Feuer zerstört. Scharby (Dhio), 19. Juni. Die hiesigen, dem Stahlwerk gehörigen Stahl-Höfenwerke, welche einen Wert von mehr als 2 Millionen Dollar haben, wurden in der vergangenen Nacht durch Feuer zerstört.

Aus der Frauenbewegung.

Um das Frauenwahlrecht.

London, 17. Juni. Die Bewegung der britischen Frauen zur Erklärung des Wahlrechts ist gegenwärtig in drei Gruppen geteilt: die Women's Social and Political League, die liberale Frauenvereingung und die Women's Freedom League. Die stärkste und rührigste ist die erstere Gruppe. Sie wird nächsten Sonntag eine Konterdemonstration im Hyde-Park abhalten, wobei sich 50 000 bis 100 000 Frauen aus London und der Provinz beteiligen dürften. Sie tritt indes nicht fürs allgemeine Wahlrecht ein, sondern für die Ausdehnung des bestehenden Wahlrechts auf die Frauen.

Die letzte Frauendemonstration war von den liberalen Frauen und von der Women's Freedom League arrangiert. Die Mitglieder der Women's Freedom League sind meistens Sozialistinnen und gehören ursprünglich zur Women's Social and Political League.

Trotz des Versprechens des Premierministers, das Frauenwahlrecht zu keiner Parteifrage zu machen und den Parlamentariergeordneten volle Freiheit der Abstimmlung zu gewähren, läßt sich für die nächste Zeit über das Schicksal der Frauenwahlfrage nichts sagen. Nur soviel ist sicher, daß die Bewegung Fortschritte macht und daß sie nicht mehr aufzuhalten ist.

Das Leben unserer Lieblinge.

Deutschland, aus dessen herrschenden Kreisen einst der Ruf ausging: „Bilder Europas, wahrer eure heiligsten Güter! befolgt diesen Ruf auf die Weise, daß es jährlich rund 400 000 Kinder unter einem Jahre sterben läßt. Deutschland, wo die Frucht und fromme Sitte zu Hause ist, wo für die „Heiligkeit der Familie“ in Wort und Schrift unentwegt gestritten wird, steht gelassen zu, daß in seinen Grenzen der fünfte, in manchen Städten und Arbeiterquartieren der vierte, ja der dritte Teil und mehr von allen Geborenen dahinstirbt, ehe das erste Lebensjahr erreicht ist.

Die Säuglingssterblichkeit trifft nicht die gesamte Bevölkerung mit gleicher Wucht. Man kann sie wie die Schwindsucht, die die Erwachsenen hinrafft, ebenfalls eine Proletariatskrankheit nennen.

Verantw. Redakt.: Franz Davidsohn, Berlin. Inverantw. Redakt.: ...

Sie hat ihren Grund in all den Umständen, die das Massenelend unserer Zeit ausmachen: überkommene Schwäche von den Eltern her, Mangel an Luft und Licht infolge schlechter Wohnungsverhältnisse, Mangel an Pflege und genügender und passender Nahrung infolge schlechter Einkommensverhältnisse. In den Großstädten stößt sich die Säuglingssterblichkeit genau in Prozenten ab, je weiter man aus den dichtbevölkerten, ungesunden Arbeitervierteln in die besseren und besten Teile der Stadt vordringt, wo die bemittelten, reichen und ganz reichen Leute wohnen, die ihren Kindern das gewähren können, was der Mensch zu seiner Gesundheit und zur Entfaltung seiner Kräfte braucht.

Au den Uebeln, die dauernd auf den Gesundheitsstand der Proletariatskinder wirken, kommt nun in den heißen Monaten die Gefahr, daß bei künstlicher Ernährung die Säuglingspeife (die Milch) in schlechtem, verdorbenem Zustande gereicht wird, so daß Krankheitskeime in den Körper gelangen, die auf Magen und Darm wirken und den Säugling, der ohnehin geschwächt ist, dem frühen Tode entgegenführen. Man kennt die Gründe der erhöhten Säuglingssterblichkeit in den heißen Monaten; man weiß, daß die Beschaffenheit einer leimfreien, gesunden Milch hier steuern kann. Man hat auch in einzelnen Städten von Gemeinbewegen Vorkehrungen zur Herstellung und Verteilung einwandfreier Säuglingsmilch getroffen — aber alles nur in einem Umfange und bei Preisen, die die große Masse der Bevölkerung von diesen Maßnahmen ausschließt und nach wie vor zusehen muß, wie der Bürger Tod die Armut strahlt an dem Viehstall, was der Mensch hat: am eigenen Fleisch und Blut.

Das sollte namentlich die Arbeiterfrau beherzigen, wenn sie den kommenden Tagen, wo das Leben ihrer Kleinen besonderen Gefahren ausgesetzt ist, mit Sorge und Bangen entgegensteht. Der Sieg des Sozialismus sichert auch die Gesundheit und das Leben unserer Kinder.

Eine vermehrte Verwendung von Mädchen als Schriftseherinnen wird in den Jahresberichten der preussischen Gewerbeämter für 1907 konstatiert. Im Bericht aus dem Regierungsbezirk Köslin lesen wir:

In einer Druckerei, welche im ganzen 23 Personen beschäftigt, sind allmählich sieben Mädchen zu Seherinnen herangebildet worden, angeblich, um den Schwierigkeiten, welche mit der Beschäftigung organisierter männlicher Seher verbunden sind, zu begegnen. Eine solche Beschäftigung von weiblichen Personen in der Seherei ist wegen des anhaltenden Stehens bei der Arbeit und der besonders dem weiblichen Geschlechte drohenden Gesundheitschädigung durch bleihaltigen Staub als ungewöhnlich zu bezeichnen. Aus diesem Grunde werden sich die Aufsichtsbeamten mit dieser Betriebsunternehmung noch näher zu befassen haben.

Die Buchdruckunternehmer werden die Aufsichtsbeamten mit ihren eventuellen Maßnahmen wenig fürchten, wie das auch der Bericht des Breslauer Beamten besagt:

In Breslauer Druckereien ist die Seherin keine seltene Erscheinung mehr.

Nicht bloß dort, in sehr vielen Druckereien ist die „Kollegin“ und auch schon recht lange heimisch.

Eine interessante gewerbedräufliche Notiz lautet:

Im Bezirk Dels hat im Berichtsjahre ein Buchdruckereibesitzer, hierzu gedrängt durch eine vom Buchdruckerverband herbeigerufene partielle Arbeitseinstellung seiner Seher, zur Seherarbeit Arbeiterinnen ausgebildet und herangezogen, da diese bis jetzt noch außerhalb der Verbandsorganisation stehen.

Die „Schwierigkeiten“ bestehen einfach in der Forderung anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Vorgänge sind ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer intensiven Agitations- und Aufklärungsarbeit unter der weiblichen proletarischen Bevölkerung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Ziegel-Vorsigwalde. Mittwoch, den 24. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Boitschad in Vorsigwalde. Vortrag.

Gewerkchaftliches.

Christlicher Terror im Osten.

In der Provinz Polen, der einstigen Domäne der christlichen Organisationen, verschwinden die Zerplitterungsorganisationen nun immer mehr. So sind in Polen seit dem Fall Wehrden eine ganze Anzahl christlich organisierter Bauarbeiter in die Zentralverbände übergetreten. Die Führer versuchen nun mit allerhand Mitteln den letzten Rest ihrer Getreuen zusammenzuhalten. Als ein ganz besonderer Strategie entpuppte sich dabei der Redakteur des in polnischer Sprache in Polen erscheinenden christlichen Gewerkschaftsblattes „Przywiciel Robotnikow“ (Freund der Arbeiter).

Ein ganz besonderes Stückchen hat sich besagter Herr dieser Tage in Kosten geleistet. Als Genosse Schulz dort eine Versammlung abhalten wollte, war auch jener Herr erschienen und hatte er sich mit einem aus Berlin vertriebenen christlichen Agitator in einem Nebenzimmer platziert. Von hier aus hegte er nun seine „christlichen“ Velfer gegen unseren Genossen auf. Als die Sache zu bunt wurde, warf der Herr die christlichen Arbeiter auf die Straße, wo sie ihr Treiben fortsetzten. Diese unter dem Deckmantel der Frömmigkeit segelnden Velfer, die nicht genug über Terrorismus geteilt können, verüben hier im Osten die größten Rücksichtslosigkeiten. So wurden beispielsweise vor einigen Tagen in Kruschwitz 26 Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer vom Bau gegraut, weil sie nicht, wie die Christlichen, die dort in der überwiegenden Mehrzahl waren, verlangten, in den christlichen Verband überzutreten wollten. Dergleichen Stücke passieren hierorts viele und selbst in der gesamten polenbürgerlichen Presse ist das Treiben dieser Leute in letzter Zeit wiederholt gekennzeichnet worden. Und das hießt Terror!

Berlin und Umgegend.

Die Stukkateure beschlossen in ihrer am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung, über die Firma Emil Schulz in der Admiralstraße die Sperre zu verhängen, weil dieser Arbeitgeber die Lohnsätze des Zaris nicht innehält. — Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, wählte die Versammlung den Verbandsauschuss. Die Wahl fiel auf die Mitglieder Hante, Fuchs, Bengels, Eder und Gladigo. — In die Gausleitung wurden gewählt: Dietrich als Leiter, Hade als Kassierer und Hante als Schriftführer. — Hierauf erstattete Krebs Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Es folgte eine längere Diskussion, in der einige Redner unter dem Widerspruch eines großen Teils der Versammlung ihrem Unwillen darüber Ausdruck gaben, daß der Verbandstag den Wochenbeitrag um 10 Pf. erhöht hat. — Schließlich beschloß die Versammlung, daß den Berliner Delegierten die Differenz zwischen ihren Vätern und ihrem tatsächlichen Verlust an Arbeitsverdienst aus örtlichen Mitteln vergütet wird.

Deutsches Reich.

Wir sind Herren!

Die Brockwitzer Glasfabrik hat es abgelehnt, vor dem von den Glasarbeitern angerufenen Einigungsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen.

Der Kampf im Breslauer Barbiergewerbe.

Die organisierten Barbiergehilfen in der schlesischen Hauptstadt führen seit längerer Zeit einen jähen Kampf darum, sich

wenigstens einigermaßen menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu erringen. Und während ihnen dabei eine Reihe von in einem freien Verein zusammengeflohenen Meistern einigermaßen entgegengekommen sind, haben sie selbst mit den bescheidensten Forderungen bei den Innungskrautern bisher einen heftigen Widerstand gefunden. Die Gehilfen haben daher das Solidaritätsgefühl der Gesamtbarbiere aufgerufen und diese aufgefordert, die in der „Vollmacht“ als gehilfenfeindlich bekannte Geschäfte zu meiden. Das ist den Herren mächtig in die Nase gestiegen und so haben sie denn drei Mann vorgeschickt, um gegen die „Vollmacht“ Zivilklage wegen Schadenersatz und auf Unterlassung der öffentlichen Bekanntgabe der gehilfenfeindlichen Geschäfte gestellt. Die fünfte Divisionskammer des Breslauer Landgerichts hat den Herren nun zwar nicht den Gefallen getan, ihnen ihr Gelüste nach dem Gelde der „Vollmacht“ zu stillen. Aber sie hat unserm Bruderblatt bei 50 Mk. Strafe für jeden Einzelfall unterlagt, die Geschäfte zu veröffentlichen, welche die Gehilfenforderungen zurückgewiesen haben. — Es ist zunächst Verurteilung eingeleitet worden.

Kampf im Tabakgewerbe.

Den Unternehmern ist jetzt in den Zeiten der Krise und des Arbeiterüberflusses der Kampf ganz gemaltig geschwollen. Als die bei der Firma Hebenstreit in Pirna beschäftigten Tabakarbeiter dieser Tage Forderungen einreichten, um den Lohn auf die gleiche Höhe wie in den anderen Betrieben der Stadt zu bringen, da kamen sie schön an. Der Chef erklärte einfach, wenn die Arbeiter ihre Lohnforderung nicht zurückziehen würden, dann würde er den Betrieb schließen. Er führte diese Drohung auch aus, als die organisierten Tabakarbeiter sich nicht einschüchtern ließen. Eine Verhandlung mit dem Organisationsvertreter lehnte der kleine Stumm rundweg ab mit den Worten: Er habe mit dem Vertrauensmann nichts zu tun; dem gehe es einen Dreck an. Er habe es nur mit seinen Arbeitern selbst zu tun. Die Arbeiter haben nun beschlossen, nicht eher wieder in den Betrieb zurückzukehren, bis die Forderungen bewilligt sind.

Ausland.

Ein Existenzkampf schwedischer Hafnarbeiter.

In den Hafnorten des schwedischen Nordland haben die Hafnarbeiter seit mehreren Wochen einen schweren Kampf um ihre Existenz zu führen. In verschiedenen Hafnorten haben die Arbeiter bisher das Lösen und Laden der Schiffe genossenschaftlich ausgeführt, hatten also den Stauerunternehmer, der sonst ein gut Teil des Arbeitsverdienstes zu schluden pflegt, ausgeschaltet. In solcher Arbeitsmethode erblickt aber das gesamte Unternehmertum eine schwere Beeinträchtigung seiner allerheiligsten Ausbeutungsrechte. Darum hat die Reedervereingung mit Nordlands Stauerunternehmer-Verband einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Hafnarbeit nur an organisierte Unternehmer vergeben werden und der Kampf gegen die Hafnarbeitergenossenschaften selbst in solchen Hafnorten eröffnet werden soll, wo sonst keinerlei Konflikt besteht. Wo nun genossenschaftlich gearbeitet wird, wollen selbstverständlich die Hafnarbeiter ihren Verdienst nicht mit einem höchst überflüssigen Unternehmer teilen. Im übrigen fordern sie, daß bei Verteilung der Hafnarbeit die organisierten Arbeiter zunächst berücksichtigt werden. Diese Forderung ist höchst wichtig. In allen größeren Hafnorten sammeln sich leicht Mengen von Gelegenheitsarbeitern an, meist Lumpenproletariat, die, wenn sie nur das Nötigste verdienen und es nicht an Branntwein mangelt, zufrieden sind. Ordentliche Arbeiter, die auf einigermaßen regelmäßigen Verdienst angewiesen sind, können ihnen gegenüber nicht aufkommen. Erst durch das Eingreifen des Schwedischen Transportarbeiter-Verbandes, durch tarifliche oder genossenschaftliche Regelung der Arbeit, konnte in den meisten Hafnorten ein Stamm zuverlässiger Stauerarbeiter geschaffen werden.

Der Kampf in Nordland hat sich nun im einzelnen auf fast alle Hafnorte Schwedens ausgebreitet, indem die Schiffe der davon beteiligten Unternehmern überall boykottiert werden. Die Unternehmer haben sich, wie immer bei solchen Kämpfen der Hafnarbeiter, nach England gewandt, um Streikbrecher heranzuholen, und haben auch bereits mehrere hundert herübergeholt.

Am Dienstag kam auch eine Ladung Engländer — ungefähr 100 Mann — nach Kopenhagen, um von dort nach Schwedischen Häfen verandt zu werden. Dänischen Organisationsvertretern gelang es, an das Streikbrechereschiff heranzukommen. Ihnen erzählten die Engländer, sie wären für Kanada angeworben. Als sie aber die eigentlichen Absichten des Unternehmers erfuhren, erklärten fast alle, daß sie gute Söhne des freien England seien und will dem nächsten Schiff wieder heimfahren wollten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Darmstadt, 19. Juni. (B. G.) Zur Reform des hessischen Wahlrechts wurde heute in der Sitzung der Zweiten Kammer ein dringlicher Antrag eingebracht: Die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, sofort bei Beginn des nächsten Landtages den Landständen ein Gesetz vorzulegen über die Einföhrung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts, unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Zweiten Kammer. Dieser Antrag ist unterzeichnet von den Abgeordneten der freisinnigen und der sozialdemokratischen Fraktion. Die Frage der Dringlichkeit dieses Antrages und ob es möglich sei, ihn noch vor dem offiziellen Landtagschluß zu besprechen, rief in dem vollbesetzten Hause eine längere, zum Teil sogar erregte Debatte hervor. Schließlich wurde die Dringlichkeit gegen die Stimmen einiger Nationalliberaler, darunter Dr. Dmann, und einiger Bauernbündler angenommen und der Antrag auf die morgige Tagesordnung gesetzt.

Holländische Kolonialschlächterei.

Haag, 19. Juni. (B. T. B.) Amlich wird gemeldet, daß die nach Padang auf Java gesandten Verhärkungen einen Nachangriff bei Kapatnam in Nieder-Bradang abgeschlagen haben, ohne einen Verlust zu erleiden. Von den Angreifern wurden sechs getötet und einer verwundet.

Entseilung.

Jena, 19. Juni. (Amliche Meldung.) Heute vormittag 11 Uhr entließe in Am. 11,6 der Strecke Weimar—Gera zwischen den Stationen Großschwabhausen und Mellings vom Arbeitszug 1740 die Lokomotive. Der Lokomotivführer ist leicht am Arm verletzt, das Hauptgleis bis 4 Uhr nachmittags gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Unwetter.

Troppan, 19. Juni. (B. G.) Ueber die Stadt und Umgebung ging ein fürchterliches Unwetter nieder, verbunden mit Wolkenbruch. Zahlreiche Ströme und Häuser wurden in kürzester Zeit unter Wasser gesetzt. Auf den benachbarten Weidfeldern hat das Unwetter großen Schaden angerichtet.

Krieg im Frieden.

New York, 19. Juni. (B. T. B.) Bei einer Festungsübung wurden auf dem Fort Badsworth im hiesigen Hafen durch vorzeitiges Losgehen eines Schusses aus einem Geschützgeschütz ein Mann getötet und mehrere andere verletzt, einer davon tödlich.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsabtl.

Die Ingenieure im Kampfe um ihre Koalitionsfreiheit.

Auf den Schwabenscheid, den die Industriellen gegen das Koalitionsrecht der Angestellten geführt haben, liegt eine Antwort der dabei beteiligten Technikerverbände vor.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten veranstaltet jetzt überall im Reich Protestversammlungen und gestern haben zwei derartige Kundgebungen in Berlin stattgefunden. Aus dem Bericht der Führer des Bundes ist besonders die interessante Tatsache bemerkenswert, daß es sich bei dem Anschlag der bayerischen Industriellen um ein systematisch eingeleitetes Verfahren handelt. Von gefälliger Seite, nämlich von Dr. Würner, sind die Direktoren der Maschinenbau-fabrik Nürnberg-Kugelsburg auf die neugegründete Ingenieur-gewerkschaft aufmerksam gemacht worden. Ganz übereinstimmend von dieser Seite, daß derartige Organisationsbestrebungen trotz Untersützungsvereine und gelben Gewerkschaften nun auch unter den Angestellten Woden finden, wollte man hier ein Exempel statuieren. Ein Ingenieur, der als Mitglied dieser so gefährlichen Organisation den gestrigen Herren Direktoren bekannt war, wurde gemahnt. Wider Erwarten ging diese Aktion aber nicht so glatt wie gewöhnlich von statten, von den 150 Ingenieuren der dortigen Werke waren 20 im Bunde organisiert, die sich mit dem gemahnten Kollegen solidarisch erklärten. Die Verkleinerung mußte sich zum ersten Male dazu bequemen, mit ihren Angestellten in einer solchen Angelegenheit zu verhandeln, es wurde sogar die Teilnahme eines offiziellen Vertreters des Bundes, des Ingenieurs Ademann-Berlin durchgeführt. An den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisation und den Verkleinerungen ist die Raubität bemerkenswert, welche die Direktion dabei an den Tag legte. Mit väterlicher Strenge machte man der Bundesleitung darüber Vorwürfe, sich durch die Sozialdemokratie zur Gründung von Gewerkschaftsorganisationen verleiten zu lassen. Auf die Erwiderung, daß es auch christliche und Hirsch-Dundersche Gewerkschaften gäbe, erfolgte prompt die Antwort, daß es für den Werkherrn darin keinen Unterschied gäbe, daß es sich hier immer um sozialdemokratische Bestrebungen handle. Der Vorkoller macht in den Köpfen dieser Industriemagnaten jede Unterscheidung unmöglich.

Das Resultat dieser Verhandlung zwischen Organisation und Firma war, daß die Wahrgelung zurückgezogen wurde. Nur wenige Tage später folgte dann der schon bekannte Ullas, welcher also einen Wortbruch der schlimmsten Art durch die Unternehmer bedeutet. Inzwischen waren einige Gehartikel auf den Bund in der „Post“ losgelassen worden, die ihre Augsburger Herkunft nicht verbergen konnten. Als die Bundesleitung wegen ihrer Handlungsweise die dortige Direktion interpellierte, wurde ihr die Erklärung zu teil, daß die Industriellen zu ihrem Vorgehen sich deshalb verpflichtet fühlen, weil die Bundesleitung sich gegen die Anwürfe der „Post“ nicht verteidigt habe. Dieser Vorfall gibt sicher ein klassisches Beispiel, welche Unverfrorenheit die Unternehmer sich hier anzuwenden unterstanden.

Vorausichtlich werden sich die Scharfmacher aber eine schämliche Niederlage holen. Der Bund ist entschlossen, diesen Schlag gründlich abzuwehren, vom Vorstand wurde ein Extrabeitrag für eventuelle Gemahregelungen-Untersützung angeschrieben. Es steht zu erwarten, daß die 12000 Ingenieure sich geschlossen diesem Akt von Unternehmervilligkeit entgegenstellen. Desgleichen gab der Deutsche Techniker-Verband, der 25000 Mitglieder zählt, den Beschluß in der Versammlung bekannt, daß er sich mit dem Bund solidarisch erklärt. Leicht mag der Verbandsleitung dieser Beschluß nicht geworden sein, der sicher eher aus Klugheit wie aus Tapferkeit gefaßt wurde. Handelt es sich doch bei dem deutschen Technikerverband in der jetzigen Situation einfach um eine Lebensfrage. In hellen Haufen würden die Mitglieder dieser Organisation den Rücken kehren, wenn er hier versagt hätte. Desgleichen steht der deutsche Zeichnerverband und der Verein der Maschinenbau-Werkmeister nicht nur moralisch, sondern auch materiell hinter den bedrohten Verbänden. Die Scharfmacher haben also mit ihrem Schwabenscheid einen Erfolg erreicht, den sie nicht erwartet hatten. Sie haben sich einer geschlossenen

Phalang von 40000 technischen Angestellten gegenüber, von den Handlungsgeschäften abgesehen, deren einhellige Stellungnahme noch nicht vorliegt.

Die beiden gestrigen Technikerversammlungen boten fast das gleiche Schauspiel wie im Reichstag bei Debatten um Angestelltenforderungen. Bis hinein zum jung-liberalen Lager waren die Vertreter der politischen Parteien erschienen, um mit schönen Worten ihr Wohlwollen für die Angestellten und ihre moralische Entfristung über die Unternehmer auszusprechen. Wenn schöne Reden Wirkungen haben könnten, dann müßte jetzt für den „neuen Mittelstand“ ein goldenes soziales Zeitalter beginnen.

Zu den Versammlungen hat man auch die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingeladen und waren die Genossen Röllkenbuhr, Wolfgang Heine und Robert Schmidt erschienen. In geklachten Ausführungen wurde von ihnen dargelegt, daß die bürgerlichen Mittelstandsfreunde den Angestellten nicht helfen werden, weil sie ihnen nicht helfen können. Die kapitalistische Entwicklung treibt sie eben zu jenem großen, gewaltigen Interessengegenfah, der keinen Unterschied zwischen Handarbeit und Kopfarbeit kennt, sondern nur den zwischen Arbeitern und Unternehmern, und der Kopfarbeiter ist genau so Arbeiter wie der Handarbeiter. Die Angestellten haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie noch abhängig und widerstandslos in das Joch kapitalistischer Ausbeutung eingeschirrt sind wie die Handarbeiter dadurch, daß der „neue Mittelstand“ die volkswirtschaftliche Bedeutung seiner Klasse, die sozialen Aufgaben seiner Berufe nicht erkannte, daß er sich vom Blocktrümmel einsangen ließ, hat er nicht nur die allgemeinen Volksinteressen der Reaktion ausgeliefert, sondern er hat auch seine eigenen Interessen verraten. Die heutige soziale Gesetzgebung, die Rechtslosigkeit des Lohnarbeiters aller Kategorien dem Kapital gegenüber ist die Frucht der Politik, die von den Angestellten bisher mit begünstigt wurde.

Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Ausführungen unserer Redner, der lebhaftest Beifall während und am Schluß der Reden ließ erkennen, daß hier die Macht der Tatsachen eine eindringliche Wirkung ausgeübt hat.

Die Sozialdemokratie hat auch hier wieder ihr altes, bewährtes Schweineglied, um das damalige verärgerte Wort eines Zentrumdemagogen zu gebrauchen. Die Sozialdemokratie hat keine Ursache, bei jeder Gelegenheit gleich den bürgerlichen politischen Klopffedern betrieblich auf Stimmgang zu den Angestellten zu geben. Der beste Agitator ist der Scharfmacher. Für uns arbeitet die kapitalistische Entwicklung, welche die Angestellten ganz von selbst in unsere Reihen hineinzwingt.

XII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Gotha, 17. Juni 1908.

In der heutigen Sitzung beschäftigte sich der Verbandstag mit der Frage der

Verschmelzung aller Organisationen in der Lederindustrie.

Das Referat hierüber hält der Sekretär Herrmann-Nürnberg: Man kann über diese Frage wohl verschiedener Meinung sein. Die Generalversammlung des Lederarbeiterverbandes hat beschlossen, über die Verschmelzungsfrage eine Urabstimmung vorzunehmen. Voraussetzungen werden sich die Mitglieder dieser Organisation mit großer Mehrheit für die Verschmelzung erklären. Der Lederarbeiterverband ist bereit, mit den Organisationen, welche sich für die Verschmelzung erklären, zwecks Festlegung der Grundlagen für die Bestimmungen des Zentralverbandes in nähere Verbindung zu treten. Wir können diesen Beschluß nur begrüßen. Mit weit größerer Kraft kann der Zentralverband der Unternehmervilligkeit entgegenzutreten und die Gefahr der Organisationsbernatung abmenden, als die einzelnen Berufsorganisationen es vermögen. Ob das Fachorgan beim Zentralverband verbilligt werden kann, entzieht sich meiner Berechnung. Jedenfalls aber muß das Fachblatt den verschiedenen Berufen Rechnung tragen. Wir verlangen allerdings zur Beschlußfassung dieser Frage die Zweidrittelmehrheit. Diese Vorsicht ist geboten. Wenn nun auch nicht alle Branchen sich zur Verschmelzung bereit erklären, so sind wir doch geneigt, auch mit einzelnen Organisationen die Verbindung einzugehen. Freilich haben wir im Vorstand erhebliche Bedenken für die alleinige Verbindung mit dem Lederarbeiterverband. Die Lederarbeiter haben mit einem sehr kapitalkräftigen Unternehm-

rum zu kämpfen. Wir würden durch die alleinige Verschmelzung mit den Lederarbeitern benachteiligt. Die Frage der allgemeinen oder partiellen Fusion muß getrennt werden. Die Verschmelzungsfrage darf man nicht von dem Standpunkte aus beurteilen, als ob die einzelnen Branchenorganisationen am Ende ihres Lateins wären. Wir handeln, indem wir uns für die Verschmelzung erklären, nicht aus dem Gefühl der Schwäche. (Beifall.)

Rahler, Vorsitzender des Lederarbeiterverbandes: Ich bin als entschiedener Gegner der Verschmelzung zum Lederindustrieverband bekannt. Die Debatte der Anhänger der Verschmelzungsfrage, daß mit der Vergrößerung der Mitgliederzahl auch die Aktionsfähigkeit steigt, ist falsch. Das sehen wir beim Holzarbeiterverband. Die Behauptung, daß der Mangel an Funktionären durch die Verschmelzung beseitigt wird, trifft keineswegs zu.

Blume, Vorsitzender des Sattlerverbandes: Ich kann heute schon sagen, daß die Sattler und Portefeuller schon baldig ihre Organisationen verschmelzen werden. Sollte es zu einer Verschmelzung kommen, so müssen wir bei Festlegung der Grundlagen hinzugezogen werden.

Weinschild, Vorsitzender des Portefeullerverbandes: Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt uns den Weg des Zusammenschlusses. Diese Entwicklung ist für die Verbindung der Sattler mit den Portefeullern gegeben, aber nicht mit den Schuhmachern und Lederarbeitern.

Simon: Der Einwand, daß nach der Verschmelzung die einzelnen Berufe anderen gegenüber zurücksetzen müssen, ist haltlos. Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten bei Gründung des Industrieverbandes. Bei einigem guten Willen kann man diese aber lösen. Der Industrieverband verleiht uns zweifelsohne eine größere Aktionskraft.

Boh. Gotha: Der Industrieverband dürfte allen beteiligten Organisationen Vorteil bringen.

Samacher-Berlin: Ein Industrieverband gibt uns größere Leistungsfähigkeit; deshalb befürworten wir ihn.

Für die Verschmelzung sprechen noch: Seifert, Gelbig, Grunz, Weber, worauf Schluß der Debatte erfolgte.

Es wird sodann über die Form der Abstimmung verhandelt.

Simon-Nürnberg: Der Vorstand hat sich zu folgendem Beschluß bereit erklärt: Es soll nur die einfache Mehrheit aller Mitglieder zur Beschlußfassung erforderlich sein. Die Urabstimmung soll zu einer bestimmten Zeit mittels Stimmzettel und Abstimmungsliste erfolgen. Jeder die Frage, ob auch allein mit dem Lederarbeiterverband eine Verschmelzung erfolgen soll, soll eine besondere Abstimmung vorgenommen werden. Der Vorstand empfiehlt diesen Beschluß zur Annahme. Von einigen Rednern wird dieser Beschluß unterzückt, von anderen bekämpft. Nach längerer Debatte wird der Beschluß des Vorstandes angenommen: Es folgt hierauf der Punkt: Statutenberatung.

Herrmann-Nürnberg begründet die Anträge des Vorstandes und wird beschloffen, zunächst über die Beitragsverhöhung zu beraten.

11te Generalversammlung des Zentralverbandes der Götthner und Götthner-Hilfsarbeiter Deutschlands.

Kassel, 16. Juni 1908.

Zweiter Verhandlungstag (Nachmittagsitzung).

Nach dem Schlußwort des Redakteurs wird die Abstimmung über die Anträge vorgenommen und werden alle Wünsche auf bessere Ausgestaltung des Fachorgans angenommen. In Zukunft erhält das Organ den Namen „Deutsche Götthnerzeitung“.

Ueber den Anschluß an den Holzarbeiterverband referiert Umland-Gamburg. Die Ausführungen sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

Der Verbandstag beschließt den Anschluß an den Holzarbeiterverband aus folgenden Gründen: Der durch die wirtschaftliche Entwicklung sich vollziehende Auflösungsprozeß und die zunehmende Konzentration der Betriebe, die Erstarfung der Unternehmerorganisation im Götthnergewerbe gestaltet den Kampf um die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer schwieriger. Es ist deswegen notwendig, daß die einzelnen Glieder der Arbeiterbewegung mehr zusammengefaßt werden, um dadurch die Widerstandsfähigkeit und größere Erfolgsmöglichkeit zu steigern.

Korreferent Seel-Mainz führt aus: Die bessere Durchführung der Agitation und der Lohnbewegungen, die durch Anschluß an den Holzarbeiterverband ansehnlich erreicht werden soll, trifft nicht zu. Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil. Auch der Holzarbeiterverband hat noch über 200000 Indifferente zu organi-

zieren und Dalmatien. Eine davon, dessen Verfasser Abbé Forlis ist, teilt das — bekanntlich auch von Goethe bearbeitete — Lied über den Tod der Frau des Asan Aga mit, ein Werk über die Morladen von Madame de Byones hat einen Anfang von „Vollstiedern“, die aber sämtlich unecht sind, das dritte Buch enthält eine ziemlich echte Vokale. Außerdem benützte Mörinöe vier Zeitungsartikel über die illyrische Literatur, deren Verfasser sein Freund Charles Radier war. Radier, von dem Mörinöe auch den Titel seines Buches hatte, wußte natürlich um den Schwindel und er steigerte ihn noch. Denn nach Erscheinen der „Gusla“ bezichtigte er den Herausgeber des Plagiats! Später, für die Ausgabe von 1842, schrieb Mörinöe eine Vorrede, worin er die Mystifikation recht deutlich durchbildet ließ. Er sagt da: „Es kam uns der Gedanke, unsere Reise im europäischen Osten zu beschreiben, sie vorteilhaft abzugeben und unseren Profit dazu zu verwenden, um zu sehen, ob wir uns in unseren Beschreibungen nicht geirrt hätten.“ Aber diese Anbenutzung wurde nicht beachtet und die Mystifikation ist erst jetzt nachgediehen. Sie stellt für die Südslaven ein Gegenstück zu der „Königinhofer Handschrift“ dar, der angeblichen aus dem Mittelalter stammenden tschechischen Dichtung, die heute auch bei allen ersten tschechischen Gelehrten, wie Masaryk und Gebauer, als eine Fälschung des „Patrioten“ Hanla gilt.

Henrik Wergeland. Am Mittwoch feierte das norwegische Volk den hundertsten Geburtstag eines Mannes, der in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als Dichter und Schriftsteller den größten Einfluß auf das geistige Leben des Volkes gewesen und wie kein anderer zu jener Zeit dem Gedanken demokratischer Freiheit und politischer Unabhängigkeit Raum zu schaffen suchte. Es ist Henrik Wergeland. Bei Lebzeiten gehörte er zu den Ausgestoßenen der guten Gesellschaft; erst bei seinem Tode im Jahre 1846 wurde ihm allgemeine Anerkennung zu teil, wenigstens als Dichter. Er hatte es mit den Bauern gehalten, was damals für einen Mann aus dem „gebildeten Stande“ kompromittierend war; er mischte sich unter die Arbeiter, als ob er selbst zu diesem „Vöbel“ gehörte. Er gab ein Blatt „Für die Arbeiterklasse“ heraus, eine revolutionäre Zeitschrift, die jener Zeit, wenn auch dies Blatt selbst nicht besonders revolutionär war und in der Hauptsache zu allgemeiner Aufklärung der Arbeiter dienen sollte. Wergeland sympathisierte mit den sozialistischen Theorien St. Simons. Seine unter den damaligen Verhältnissen revolutionäre Pionierarbeit bildete den Ausgangspunkt für die erste sozialistische Agitation in Norwegen. Nicht nur das Bürgertum, auch die Arbeiterklasse Norwegens feiert das Andenken dieses Dichters und Volksmannes.

Natürliche Feinde der Wäden. Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben: Das wirksamste Mittel gegen die Malaria übertragenden

Jakob Audorf.

Zehn Jahre sind jetzt seit dem Tode eines Mannes verfloßen, aus dessen Sang die deutsche Proletarier zu Hunderttausenden Vegetierung und Kampfesfreude geschöpft haben. Jakob Audorf, der Dichter der deutschen Arbeitermarxillaise, starb am 20. Juni 1898 fast immer die Augen.

Sein Sang, so alt wie die deutsche Sozialdemokratie, hat wie diese allen Unterdrückungen getrotzt. Wie heute noch kaum ein Parteifest ohne die Arbeitermarxillaise denkbar ist, so hallte sie als verbotenes Lied durch die Kisten, wenn die Parteigenossen unter dem Sozialistengesetz von ihren geheimen Zusammenkünften heimkehrten. Und damals schon hatte die Marxillaise eine Generation von Sängern hinter sich. Es wird unsere Leser interessieren, über den Geburtstag des meistgesungenen Liedes unserer Partei einiges zu erfahren. Es war am 20. September 1864, als die Hamburger Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bei der Trauerfeier für Ferdinand Lassalle zum erstenmal den Audorffschen Text zur Marxillaise sang.

Der „Kordstern“ berichtete am 1. Oktober 1864 darüber: „Den Schluß der Trauerfeier bildete der Gesang eines nach der Weise der Marxillaise von Herrn J. Audorf d. J. verfaßten Liedes, welches von der ganzen Versammlung mit Begleitung der Musik gesungen wurde.“

Diese nichterne Erwähnung in dem sonst mit lebendigster Anteilnahme geschriebenen Bericht deutet kaum darauf hin, daß damals gleich die begeisterte Wirkung der Audorffschen Marxillaise erkannt wurde. Aber gegen Ende der sechziger Jahre war sie unter den Lassalleianern schon so populär, so „zeitgemäß“ wie heute noch in der ganzen Partei:

Das freie Wahlrecht ist das Feld
In dem wir siegen. Nun wohlan!

Diese Worte erfüllten sich 1867, als das Reichstagswahlrecht vorkam und wurde. Sie sollen sich noch weiter und zwar in hohem Maße nicht aufzuheben, nachdem Preußens Proletariat im Kampfe gegen die Dreiklassenwahlrecht in diesen Tagen eine wichtige Position erobert hat.

Aber nicht nur an dem Schlachtgesang der deutschen Arbeiterklasse darf Audorfs Dichtkunst gemessen werden. Er war durchaus nicht nur Sänger des Liedes im höheren Chor, sondern ließ auch dem Humor gern sein gutes Recht. Das „Retrospektivlied“, das nach einer lustigen Weise aus „Maniché Angó“ gesungen wurde, verspottete 1877 eindringlich die Sozialistenschwärze des Reichstagspräsidenten. Und bis in Audorfs Todesjahr finden wir die von dem Dichter geschriebenen Sonntagsplaudereien des „Hamburger Echo“ mit manchem lehrigen Scherzgedicht eingeleitet.

Der Mann, in dessen Liedern sich das fernste Wesen seiner hamburgischen Heimat widerspiegelte, war, wie die meisten Männer, die es in der sozialdemokratischen Bewegung zu Ruf und Namen gebracht haben, proletarischen Herkommens. Sein Vater, der 1891 hochbetagt starb, war Weber. Er selber lernte das Mechanikerhandwerk und durchwanderte nach altem Handwerksbrauch ein gutes Stück von Deutschland, der Schweiz und Frankreich. Im Jahre 1869 wandte er sich von seiner Heimat aus nach Rußland, wo er mehrere Jahre als Werksführer tätig war. Der Herr des Absolutismus nahm ihn — eine wunderliche Fügung — zum zweiten Male auf, als der Senat seiner Vaterstadt ihn 1881 auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen hatte. Sechs Jahre darauf durfte er nach Hamburg zurückkehren; fortan war er bis an sein Lebensende als Redakteur am „Echo“ tätig. Wenige Tage vor seinem Tode sah er noch den Triumph der Partei bei den Reichstagswahlen von 1898. Und jetzt, nach zehn Jahren, darf die deutsche Sozialdemokratie abermals triumphierend singen:

Auf guten Wäden fiel die Saat;
Uns aber bleibt die mühe Tat,
Heil'ges Vermächtnis sei sie allen!

Kleines Feuilleton.

Eine literarische Mystifikation, die das Werk eines bedeutenden Dichters ist und der andere bedeutende Dichter und Gelehrte zum Opfer gefallen sind, ist von zwei slavischen Philologen, dem Kroaten Tomo Matie und dem Pariser Professor Leger, festgelegt worden. Im Jahre 1827 erschien die erste größere Sammlung slavischer Volkspoesie in französischer Sprache. Sie hieß: Die Gusla (nach dem bei den Südslaven zur Begleitung des Gesanges dienenden Saiteninstrument), und ihr Herausgeber war Prosper Mérimée. Das Buch erregte ein außerordentliches Aufsehen. Es verschaffte nicht nur dem jungen Herausgeber Zutritt in die vornehmsten literarischen Salons, z. B. der Madame Récamier, sondern wurde auch überall im Ausland mit schmerzlicher Bewunderung für die geoffenbarten Schätze naiver und origineller Volksdichtung aufgenommen. Pushtin überlegte es zum Teil ins Russische, Browning ins Englische, Mikiewicz nahm einige daraus übertragene Balladen in seine gesammelten Werke auf und der berühmte Altmeister der slavischen Philologie Safarik nahmte es in seiner Geschichte der serbischen Literatur als eine wertvolle Anthologie der Volkskunst jener Länder. Die ganze Sammlung aber ist, wie die beiden obengenannten Gelehrten nachgewiesen haben, eine Mystifikation Mérimées. Man kennt jetzt auch die Quellen, die ihm dabei gedient haben. Es sind vor allem drei Reisebeschreibungen über

fielen, ebenso genug rüchständige Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Verbesserung entgegenzuführen.

Nachdem sieben Delegierte zu diesem Punkte gesprochen haben, wird die Resolution durch namentliche Abstimmung mit 30 Stimmen gegen 4 abgelehnt.

Hierauf erstattet die Beschwerdekommision Bericht. Die Beschwerden erstrecken sich auf Ausschluß von Mitgliedern und Verweigerung von Unterstützungen, betreffen also nur innere Verbandsangelegenheiten. Die Debatte zeitigt die Annahme einer Resolution, die den Funktionären des Verbandes empfiehlt, streng nach den Bestimmungen des Statuts zu handeln.

Dritter Verhandlungstag (Vormittags-Sitzung).

Ueber Agitation und Organisation referiert Kollege Seel-Mainz. In beredten Worten schildert Redner die Schwierigkeiten, die sich der Agitation in fast allen Gegenden, speziell aber dort, wo der Katholizismus herrscht, entgegenstellen. Die katholischen Arbeitervereine schießen allenthalben wie Pilze aus der Erde und suchen die Arbeiter im Bann zu halten. Dieser Erscheinung haben unsere Organisationen durch entsprechende Maßregeln entgegenzutreten und die Agitation für unseren Verband sowohl wie für eine freie politische Anschauung zu fördern. Dazu bedarf es für unseren Verband mehr der Freistellung von Kräften, damit die Agitation planmäßiger betrieben werden kann.

Die Debatte zeitigt noch manche praktische Anregung, unter anderem wird den Gauleitern die Aufgabe zugeteilt, sich der Aufnahme von Statistikern zu widmen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Unfall- und Krankheitsfälle sowie die Art der Ertränkungen dürfen ein Feld ungeheurer Agitationsstoffes bieten.

Die Anträge werden einer fünfgliedrigen Kommission zur Beratung überwiesen.

Ueber den Gewerkschafts-Kongress in Hamburg

referiert Gräger. In einem kurzen Resümee streift Redner die einzelnen Punkte der Tagesordnung und glaubt, daß wohl vor allen Dingen ein großes Interesse für Regelung der Mitarbeiterverhältnisse bestehe, denn die von der Generalkommission und Parteivorstand gefasste Resolution sei als eine glückliche Lösung nicht zu betrachten, durch sie werde die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Hintergrund gedrängt. Die Unterstützungsfrage dürfe auf keinen Fall einen leiblichen Charakter tragen, sondern müsse auf zentraler Wege geregelt werden. Auch die Beratung über die Grenzstreitigkeiten, wie die Jugendorganisationen sind geeignet, unser Interesse in hohem Maße wahrzunehmen, so daß auch diesem Kongress eine hohe Bedeutung beizumessen ist.

Die Debatte gestaltet sich lebhaft und dreht sich hauptsächlich um die Mitarbeiter, wobei die Meinungen der Freunde und Gegner aufeinanderprallen. Wincklermann verweist auf die Beschlüsse der letzten Generalversammlung und glaubt, daß dadurch die Mitarbeiterfrage für den Württembergverband geregelt sei. Im weiteren wird betont, daß die Arbeitsruhe anlässlich der Mitarbeiter abhängig von der Stärke der Organisation ist und daß nach diesem Grundsatz verfahren werden muß bei Beschlußfassung über die Einstellung der Arbeit. Im weiteren wird gewünscht, daß ein klarer Beschluß in dieser Frage zustande kommt. Wincklermann führt aus, daß diesen Wünschen nicht Rechnung getragen werden könne, da nach seiner Meinung weder der Parteitag noch der Gewerkschaftskongress hier eine Aenderung treffen kann, denn die Frage sei durch den internationalen Kongress geregelt.

Vom Referenten ist folgende Resolution eingebracht worden:

„Der 11. Verbandstag des Verbandes der Württemberg- und Württemberg-Hilfsarbeiter Deutschlands steht vor wie nach auf dem Boden des Beschlusses des internationalen Kongresses von Paris (1889) und verpflichtet unsere Mitglieder, mehr wie bisher für frische Durchführung derselben Sorge zu tragen. Der Verbandstag erwartet vom Gewerkschaftskongress eine klare und verbindende Beschlußfassung nach der Richtung hin, daß allen Bestrebungen, welche auf Aufhebung der Mitarbeiter abzielen, die Spitze gebrochen wird. Von der Generalkommission und von dem Parteivorstand wird erwartet, daß sie erneut Vorschläge zwecks der Unterstützungsfrage machen, welche eine Durchführung der Pariser Resolution praktisch ermöglichen.“

Durch Schlußantrag wird die recht erregte Debatte geschlossen. Nach heftigen Auseinandersetzungen, die in Geschäftsordnungsdebatten zum Austrag kommen, wird die Resolution mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Soziales.

Das Reichsamt des Innern gegen Reichsgesetze.

Auf dem Gebiete des Arbeiterrechts treffen das preussische Handelsministerium und das Reichsamt des Innern Auslegungen gegen zum Schutze der Arbeiter erlassene Reichsgesetze. Wir erinnern an die Ausschließung der Eisenbahnwerkstätten von der reichsgesetzlich geforderten Gewerbeinspektion und an den mit den

Stechmücken besteht, wie man weiß, in der Zerstörung ihrer Larven. Dieses geschieht am besten, indem man die ihnen zum Aufenthalt dienenden Sumpfwässer mit einer dünnen Petroleumschicht überzieht. Neuerdings jedoch ist man auf einen natürlichen Feind der Mückenlarven aufmerksam geworden, wie aus einem Schreiben hervorgeht, das aus Barbados von einem dortigen Lehrer an die „Times“ gerichtet wird. Diese Antikenninzel ist frei von Malaria und Mückenplage. Als Erklärung dieses auffälligen Umstandes führt der Briefschreiber die Gegenwart eines wirzigen Fisches an, der die Sumpfwässer der Insel bewohnt und sich von der Larve der Stechmücke nährt. Weil er sehr zahlreich auftritt, nennen ihn die Eingeborenen „Milton“, sein wissenschaftlicher Name ist aber *Girardinus pocoloides*. Sendungen dieses wohlfürigen Fisches sind schon in Jamaica, Ceylon und Britisch-Guyana eingetroffen. Der schwedische Konsul in Sidney hat noch einen anderen kleinen Fisch entdeckt, der sich von Mückenlarven nährt. Derartige Beobachtungen werden gegenwärtig in der Campagna angestellt, wo schon so viel zur Ausrottung der Malaria getan worden ist.

Hygienisches.

Der Arbeiter und die Hitze. In den heißen Tagen des Sommers spielt die Hitze vor allen den Arbeitern mit, die ja außerdem noch in einer ganzen Anzahl von Verufen schon an und für sich einer großen Wärmestrahlung ausgesetzt sind. Es steht fest, daß nicht allzuweit durch die gewöhnliche Hitze eine Erhöhung der Körpertemperatur um mehrere Grade stattfinden kann, und namentlich wird das der Fall sein, wenn uns der Sommer Tage mit 31–32 Grad Celsius und darüber im Schatten beschert. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, daß häufig gesundheitsliche Störungen eintreten, namentlich wenn die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen nicht beachtet werden. Bei den Schädigungen durch große Hitze ist zweierlei auseinanderzuhalten: nämlich die Schäden der Wärmeaufnahme und des Flüssigkeitsverlustes. Im erstere Falle spielt neben der hohen Temperatur die schlechte Luft eine große Rolle, sei es, daß diese durch eine große Anzahl von Menschen in einem engen Raume oder durch überreichende Gase hervorgerufen wird. Durch die eng gedrängten Menschen wird sowohl Wärme und Wasserdampf geliefert, und die Abstrahlung so erschwert, daß die Wärmeabgabe schließlich unmöglich wird. Von dieser Seite droht die größte Gefahr, und zwar schon viel eher, als eine Häufung der Kohlenäure oder irgend eines anderen Gases oder eine Verminderung des Sauerstoffes in einem die Gesundheit beeinträchtigenden Grade erfolgen kann. Die Wärmestauung ist also bei Arbeitern, die im Sommer einer großen gewöhnlichen Hitze ausgesetzt sind, am meisten zu befürchten, weil dabei die schlechte Luft eine große Rolle spielt. Unter „frischer Luft“ verstehen wir daher vorzugsweise Verhältnisse, die eine bessere Erwärmung des Körpers herbeiführen, während die chemische Beschaffenheit der Luft bei weitem nicht so sehr in Frage kommt. Die letztere wird meistens schon durch die Sinnesorgane wahrgenommen, denn eine durch

Handelsverträgen und mit Reichsgesetzen übereinstimmenden Legitimationsfortsetzung gegen ausländische Arbeiter sowie an die Ausschließung inländischer Arbeiter von Eisenbahn- und Kanalbauten. In ähnlicher Weise läuft das dem Reichsamt des Innern unterstellte Reichsamt des Reichs-Wilhelm-Kanals gegen das Reichsgesetz über die Errichtung des Nordostkanals vom 16. März 1886 Sturm, soweit der Kanal kulturellen, dem Verkehr dienlichen Zwecken dienen soll. Diese Art der Auslegung eines Reichsgesetzes über die Errichtung des Nordostkanals anlässlich einer Klage der Schiffahrtsgesellschaft Unterweiser gegen das Deutsche Reich, vertreten durch das kaiserliche Reichsamt in Kiel, für unzulässig und ungültig erklärt.

Der Reichsamt des Reichs-Wilhelm-Kanals wurde am 13. Dezember 1901 während der Kanalverwässerung des Kaiser-Wilhelm-Kanals durch den Dampfer „Hedwig“ beschädigt worden. Der Reichsamt Unterweiser lag im Binnenhafen zu Brunsbüttel, als der Dampfer „Hedwig“, der durch ungenügende Befestigung der Poller losgerollt war, auf ihn stieß. Durch das Oberlandesgericht Kiel wurde festgestellt, daß das Loskommen des Dampfers „Hedwig“ durch das kaiserliche Reichsamt verschuldet worden ist und wurde infolgedessen der Reichsamt für schadenersatzpflichtig erklärt.

Gegen dieses Urteil hatte der Reichsamt Revision beim Reichsgericht eingelegt und sich, wie in den Vorinstanzen, weiter darauf berufen, daß nach § 1 Absatz 2 der von dem kaiserlichen Reichsamt erlassenen „Betriebsordnung für den Kaiser-Wilhelm-Kanal“ vom 28. August 1886 eine Haftung seitens des Deutschen Reichs für Schiffschäden im Kaiser-Wilhelm-Kanal nicht übernommen würde. Der Absatz 2 des § 1 der betreffenden Betriebsordnung, der von dem Fahrer der Unterweiser 10 aus Anlaß der Anmeldung zur Fahrt durch den Kanal nebst anderen Paragrafen unterzeichnet worden ist und von allen Schiffen, die den Kanal passieren, unterschrieben werden muß, lautet wie folgt: „Das Deutsche Reich übernimmt keinerlei Verpflichtung zur Ersatzleistung für Schäden, welche die Schiffe im Kanal, auf den beiden liegenden Schiffsliegplätzen erleiden, selbst wenn ein Verschulden der Kanaloffiziere oder anderer Angestellten der Kanalverwaltung dabei in Frage kommt.“

Der erkennende Zivilsenat des Reichsgerichts lehnte es jedoch ab, diese Bestimmung der Betriebsordnung als gesetzmäßig anzuerkennen und bestätigte unter Zurückweisung der Revision des Reichsamt das Urteil des Oberlandesgerichts Kiel.

In seiner Begründung hierzu geht das Reichsgericht zunächst auf den Zweck des Kaiser-Wilhelm-Kanals ein, indem es unter anderem ausführt, daß man bei der Begründung des Entwurfs des Gesetzes vom 16. März 1886 betreffend die Herstellung des Nordostkanals auch davon ausgegangen sei, daß es sich neben der Sorge für die Kriegsmarine um die Befriedigung außerordentlich wichtiger wirtschaftlicher Interessen handle. Es sollte deshalb dieser Kanal nicht anders angefaßt werden als die meisten Binnenlandkanäle, bei denen man ebenfalls nicht auf Verzinsung des Anlagekapitals rechnet. Es sollten die Abgaben seitens der Schiffahrt nicht höher sein, als durchaus erforderlich sei, um die Unterhaltungskosten zu decken. Weiter wurde ausgeführt, daß in den Jahren 1877/1881 mindestens 92 deutsche Schiffe mit 708 Personen und mit Verlust von etwa 6 158 000 M. verunglückt seien. Die Begründung sage dann, daß die Fahrt um das Kap Stagen noch heute zu den außergewöhnlich gefährlichen Seereisen gehöre und es deshalb nicht bloß einen Gewinn in materieller Hinsicht, sondern auch vom humanitären Standpunkt aus bedeuten würde, wenn diese Gefahren durch die Kanalfahrt vermieden werden könnten. Es siehe deshalb nach diesen, zum großen Teil aus Alten der Reichsregierung selbst bestehenden Tatsachen eine Verwaltungsmäßregel wie diese, auf welche sich der Beklagte stütze, und welche wegen der finanziellen Seite des Betriebes, wegen der Notwendigkeit von Zuschüssen, wegen der anderweitigen finanziellen Aufgabe des Reichs und wegen der Möglichkeit der Fahrt um Stagen den Schiffverkehr durch den Kanal beschränke, im Widerspruch gegen die Zweckbestimmung des Gesetzes vom 16. März 1886. Unzweifelhaft enthalte aber der Ausschluß der Haftung des Reichs für Verschulden der Kanaloffiziere durch § 1 Absatz 2 der Betriebsordnung eine erhebliche Verschärfung der Schiffahrt durch den Kanal. Gerade damit könne der schon in der Kommissionsberatung des Gesetzes vom 16. März 1886 ins Auge gefasste Anreiz zur Benutzung des Kanals beseitigt oder gemindert, die Haftung auf Ermäßigung für Assekuranzprämien für die Kanalfahrt bereitet und so der deutsche und der internationale Schiffahrtverkehr auf dem Kanal unterbunden und gerade wieder auf den nach der Absicht des Gesetzes zu vermeidenden von Gebühren freien Weg um das Kap Stagen verwiesen werden.

Haltung und Zweck des Gesetzes ergäben aber weiter als positive Gesetzesinhalte, daß die Kanalfahrt für fährerlichen und günstigen Rechtsfolgen unangetastet und ungeschwächt bleiben sollten, daß der einzige Ausgleich für die durch die Kanalbenuhung erwachsenden Privatvorteile in der Kanalabgabe bestehen solle.

able Gase verunreinigte Luft ruft Widerwillen und Ekel sowie Appetitlosigkeit und Uebelkeit hervor. Die Atmung wird oberflächlich, man bekommt das Gefühl, daß sich der Körper in Gefahr befindet und sucht instinktmäßig der abströmenden Luft zu entziehen.

Weiter aber wird den genannten Arbeitern in hohem Grade Wasser entzogen, und zwar durch die übermäßige Schweißbildung. Nach den neueren Anschauungen entsteht dadurch eine Vergiftung des Körpers. Es kommt zu einem reichlichen Austritt des Blutbestandteiles (Hämoglobin) aus den roten Blutkörperchen und zu dessen Uebertritt in das Blutserum des Kreislaufes. Arbeiter verlieren unter den gefährlichsten Verhältnissen durch den Schweiß und durch Verdunstung von der Lunge aus oft mehrere Liter Wasser, und damit ist dann die Entstehung der Schäden gegeben, die in Atemnot, Erbrechen, Durchfall und Blutknoten bestehen, während in den schwersten Fällen ausgebreitete Gerinnungen in den größeren Gefäßen oder in den feinsten Äderchen der Lungen zum Tode führen.

Da der große Wasserverlust des Organismus an diesen Schäden die Schuld trägt, so muß rechtzeitig für einen Ersatz des Wassers gesorgt werden, aber nicht durch alkoholische Getränke, die vielmehr wieder andere Nachteile herbeiführen. Außerdem ist eine reichliche Gabe von Wasser gelegenheit (Wassereimer) geboten, und die Arbeiterkommissionen tun gut daran, wenn sie auf die Einführung solcher Einrichtungen dringen. Ebenso ist für gute Ventilation der Arbeitsräume, Zuführung von frischer, womöglich abgekühlter Luft und Abzug der feuchten und erhitzten Sormge zu tragen. In neuerer Zeit werden noch Eingiehungen von Wasser bezw. von physiologischer Kochsalzlösung in den Darm oder Einspritzungen unter die Haut empfohlen, womit ein Überlaß Hand in Hand geht.

Dr. W. K.

Humor und Satire.

— Aus dem Künstlercafé. „Mein Lieber — so eine Operette ist keine einfache Sache! Da gehören tüchtige Leute dazu: zwei, die den Text einem dritten stellen, und ein vierter, der die Melodie dem fünften stiehlt.“

— Zur Mode. Agent: „G'loßbaren, teuren Gut haben Sie auf, Kräutlein... lassen Sie sich doch verschönern gegen Hagel!“

— Aufrade. Richter: „... Sogar die schwersten Leiden haben Sie brieflich behandelt!“ — Kurpfuscher: „Aun ja, wegen... der Anlehnungsgefahr!“ (Zügende Blätter.)

Notizen.

— Eine Stiftung Gacels. Zum 300jährigen Jubiläum der Universität Jena, das am 30. Juli gefeiert wird, gedenkt Professor Gacel das von ihm begründete phylogenetische Museum, das die Entwicklungsgeschichte der Tierwelt veranschaulicht, der Universität zu übergeben. Ein anderer Teil seiner Sammlungen sowie seine Bibliothek verbleibt dem zoologischen Institut.

Die an die Eröffnung des Kanals als erster öffentlicher Wasserstraße sich knüpfende Rechtsfolge sei die Wirksamkeit des zivilrechtlichen Grundbuchs, daß, wer eine Strafe zum öffentlichen Verkehr bestimme und einrichte, für die Ordnungsmäßigkeit und betriebsfähige Herstellung und Unterhaltung der Strafe und aller zur Benutzung derselben bestimmten Einrichtungen zivilrechtlich verantwortlich sei und wegen Verletzung dieser privatrechtlichen Pflicht nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hafte.

Das Gesetz vom 16. März 1886 bestimme, daß die außerkontraktliche Haftung für Schiffschäden im Kanal nicht abgelehnt werden solle und dürfe. Auch spätere Tarifgesetze beschäftigten nicht, hieran zu ändern. Der § 1 Absatz 2 der Betriebsordnung entbehre aber der rechtlichen Grundlage und sei deshalb ungültig.

Kommunale Arbeitslosenversicherung.

Die Stadtkönigliche Versicherungs-Kasse gegen Arbeitslosigkeit in Winter hatte im Geschäftsjahre 1907/08 1505 Versicherte, gegen 1255 im Jahre vorher. Trotz der Steigerung konnte der Mitgliederstand von 1905, der 1717 betragen hatte, nicht annähernd erreicht werden. Das Vermögen der Kasse ging infolge der großen Arbeitslosigkeit des verflochtenen Winters von 139 699 M. auf 136 359 M. zurück. Die Stadt Köln zahlt jährlich einen Zuschuß von 20 000 M. an die Kasse und übernimmt außerdem die finanziellen Garantien für die Leistungen an die Versicherten. Die von den Versicherten gezahlten Beiträge beliefen sich auf 20 796 M., die Einnahme an Zinsen betrug 6722 M.

Von den bezugsberechtigten 1892 Versicherten wurden 1127 — das sind 81,5 Prozent — arbeitslos. Die Mitglieder gehörten fast ausschließlich dem Baugewerbe an. Von den insgesamt 1505 Versicherten waren 1108 sogenannte gelernte, 399 ungelernete Arbeiter. Die Gelernten zahlten jährlich 34 Wochen lang wöchentlich 35 Pf., die Ungelernten 25 Pf. Beitrag. Dafür haben sie in der Zeit vom 10. Dezember bis 10. März Anspruch auf Tagelohn im Falle unverschuldeter Arbeitslosigkeit. In erster Linie ist die Leistung der Kasse demüht, den Versicherten Arbeit zuzuwenden, was durch den engen Zusammenhang der Kasse mit dem städtischen Arbeitsnachweis begünstigt wird. Kann dem Versicherten Arbeit, die seinem Verufe und seinem bisherigen Verdienste unähnlich entspricht, nicht nachgewiesen werden, so hat er zu beantragen: für die ersten 20 arbeitslosen Tage ausschließlich der Sonntage täglich 2 M., für die übrige Zeit bis zur Höchstdauer von acht Wochen täglich 1 M.

Im Berichtsjahre wurden an die Mitglieder 48 699 M. an Tagelohn gezahlt, das sind 42,5 Proz. der Beiträge. 158 Versicherte bezogen die Leistungen bis zur Höchstgrenze.

Für das neue Geschäftsjahr ist die bisherige Mitgliederzahl noch bei weitem nicht erreicht. Der letzte Anmeldetermin (Statutgemäß der erste Sonntag im Juli) ist bereits auf den 1. August ausgedehnt worden. Diese Tatsache hängt zweifellos damit zusammen, daß eine große Anzahl der bisherigen Versicherten infolge gegenwärtiger Arbeitslosigkeit nicht imstande ist, die Beiträge zu zahlen.

Ungültigkeitserklärung von Stadtverordnetenwahlen.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte am Dienstag die Wahlen der Herren De Fries, Angnad und Wehmann zu Stadtverordneten von Dinslaken für ungültig. Es führte aus: Die Wahlvorstand nicht deshalb für ungültig erklärt werden, weil der Wahlvorstand nicht gehörig besetzt gewesen sei. Dies sei deshalb nicht der Fall gewesen, weil die Wahl der Wähler in der Stadtverordnetenversammlung in nicht gehöriger Weise erfolgt sei. Diese Wahl der Wähler für den Wahlvorstand hätte auf der Tagesordnung der betreffenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stehen müssen. Das sei nicht der Fall gewesen. Ein nicht gehörig gewählter Wahlvorstand mache aber die Stadtverordnetenwahlen ungültig.

Gerichts-Zeitung.

Diebstahlige Neigungen reicher Leute

spielten in verschiedenen Strafprozessen eine Rolle, welche gestern das Roobiter Strafgericht beschäftigten. Als eine unverbehrliche Diebin, die schon wegen Ladenbetrübels vorbestraft ist, präsentierte sich die Hausbesitzerin Anna Hanisch dem Strafrichter. Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg war die H. gestern wegen Diebstahls in zwei Fällen angeklagt. In der Gothenstraße zu Schöneberg befindet sich ein Polamenterie- und Weißwarengeschäft von H., welches häufig von der Angeklagten aufgesucht wurde. Die H. machte immer nur kleine Einkäufe und suchte viel in den ihr vorgelegten Sachen herum. Schon wiederholt hatte die Verkäuferin die Beobachtung gemacht, daß jedesmal nach dem Weggange der Hanisch irgendeine Kleinigkeit fehlte. Daß die als sehr wohlhabend bekannte Hausbesitzerin eine Diebin sein konnte, kam der Verkäuferin wie auch der Geschäftsinhaberin nicht in den Sinn. Erst als nach einem neuen Einkauf der H. ein Stück Tuch fehlte, beschloß man, der verdächtigen Kundin etwas mehr auf die Finger zu legen. Es wurde zu diesem Zwecke in die zur Privatwohnung führende Tür ein kleines Loch gehöhrt, durch welches man den ganzen Laden überblicken konnte. Als die Angeklagte am nächsten Tage wieder erschien, wurde auf diese Weise beobachtet, wie sie ein Stück Seidenband mit schnellem Rud unter ihrem Umhang verschwinden ließ. Trotzdem stellte die H., als ihr der Diebstahl auf den Kopf zugesagt wurde, die Tat in Abrede. Eine in ihrer Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung förderte jedoch nicht nur das gestohlene Band, sondern noch anderweitig gestohlene Waren ans Tageslicht. Wegen dieser Diebstähle wurde die H. kürzlich von der Strafkammer in der Verurteilunginstanz zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. — Vor Gericht bestritt die Angeklagte mit aller Energie, sich gegen fremdes Eigentum vergangen zu haben und hatte durch den Rechtsanwalt Justizrat Bronner und Advok. Gholzner einen umfangreichen Entlastungsbeweis angetreten lassen. Das Gericht hielt die Angeklagte jedoch für vollkommen überführt und erkannte auf eine Zusatzstrafe von einer Woche Gefängnis.

Ein ähnlicher Diebstahlsfall führte den Rentier und Hausbesitzer Simon Mayer vor den Strafrichter. Der bisher unbestrafte Angeklagte hatte sich wegen Diebstahls eines goldenen Armbandes vor dem Schöffengericht zu verantworten. Eines Tages im März dieses Jahres betrat ein elegant gekleideter älterer Herr das in der Chausseestraße gelagerte Geschäft des Goldwarenhändlers F. Der Kunde verlangte für seine Rechte als Geburtsstiftungsbesitzer ein goldenes Kettenarmband zu kaufen. Der Geschäftsinhaber legte ihm verschiedene Armbänder vor, die aber sämtlich nicht dem Geschmack des Käufers entsprachen. Schließlich mußte er auf dessen Wunsch einen Ständer mit Armbändern aus dem Schaufenster herausnehmen, so daß er seine Aufmerksamkeit für kurze Zeit von dem Kunden ablenkte. Aber auch unter diesen Armbändern fand der wählereiche Kunde kein ihm zusagendes. Er kaufte endlich für einige Mark einen Doubletling. Kaum hatte er den Laden verlassen, als der Inhaber das Fehlen eines goldenen Armbandes im Werte von 60 M. entdeckte. Er ließ dem Manne sofort nach und stellte ihn auf der Straße. Dieser stellte mit großer Enttäuschung eine derartige Tat in Abrede, mußte es sich aber trotzdem gefallen lassen, von einem Schutzmann zur Polizeiwache gebracht zu werden. Auf dem Wege dorthin bemerkte der Deante, wie der festgenommene einwas in einen Kellerschacht warf. Beim Nachsuchen fand man später das gestohlene Armband. Auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß der festgenommene Ladenbesitzer in sehr guten Vermögensverhältnissen lebende Angeklagte Mayer war, der u. a. ein Einkommen von jährlich 12 000 M. versteuert. Vor Gericht gab M. den Diebstahl zu und erklärte, daß er einer augenblicklichen Eingebung folgend, über die er sich selbst bis heute noch nicht klar sei, gehandelt habe. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Tagen.

Als ein Dieb, der „es gar nicht nötig hat“, präsentierte sich auch der Bäckermeister Karl Beder aus Lantwisch der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. Der Angeklagte hatte sich in zwei voneinander unabhängigen Strafsachen vor Gericht zu verantworten. In der Probenstraße zu Lantwisch betreibt B. seit längerer

Zeit ein sehr gutgehendes Bäckereigeschäft, außerdem ist er auch sonst nicht unermüdet. Am 27. Januar d. J. wurde bei ihm Mehl abgeladen. Die beiden Kautschuk begaben sich nach getaner Arbeit in ein nahegelegenes Schenkkloster, um sich zu stärken. Diese Zeit benutzte der Angeklagte, um sich vorsichtig an den Rechtswegen heranzuschleichen und einen Sad Wiener Auszugsmehl zu erwerben. Zufällig wurde er hierbei von einer im Nebenhaus wohnhaften Frau vom Balkon aus beobachtet. Als die beiden Kautschuk später den Diebstahl entdeckten, erklärte ihnen der Angeklagte, daß er gesehen habe, wie ein verdächtiges Individuum bei dem Wagen herumgelungert habe. Auf die Angabe jener Frau hin nahm der Gendarm Albrecht bei dem Angeklagten eine Hausdurchsuchung vor, die den Sad Mehl zutage förderte. — In der anderen Sache hatte B. von einem vor seinem Geschäft haltenden Wagen eine Flasche Lilior im Werte von 1,50 M. gestohlen. Das Schöffengericht hatte ihn in der ersten Sache zu 3 Tagen, in der zweiten zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer verwarf in beiden Sachen die von dem Angeklagten eingelegte Berufung.

Seid untertan der Obrigkeit.

Der Staat sind wir, meinte Hochwürden Sanctus Bureaucausius von Dünkelheim im absoluten Staat, der „Untertan“ hat Steuern zu zahlen, Soldat zu sein, 's Maul zu halten und in „ersterer Ehrfurcht“ zu und hinauszuhauen. Auf daß der „Untertan“ seiner untertänigen Stellung eingedenk bleibe, uns auch mit Arbeiten, so da sind Beschwerden zu lesen und dergleichen tumbes auf Berechtigtheit hoffendes Zeug, verschone; oder gar durch Vergewaltigung unsere Verdauung störe oder unsere Appetit verleihe, so bekettieren wir, daß jedweder Untertan gehalten sein soll in Eingaben an Behörden in Ehrfurcht zu erheben, wer aber gar sich erdreisten sollte, Eingaben an öffentliche Behörden mit ungebührlichen Verurteilungen zu verurteilen, der soll dies büßen mit Kriminalstrafe. Aus der absolutistischen Zeit stammende Verordnungen und Gesetze bekräftigen in fast allen Teilen Deutschlands diese Hochachtung, die Sanctus Bureaucausius vor sich selbst hat.

Daß solche alten Verordnungen noch Rechtskraft haben, erklärte dieser Tage das Kammergericht in einem die Eingabe eines Rechtsanwalts betreffenden Fall. § 72 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuches bedroht diejenigen mit Strafe, die in Eingaben an öffentliche Behörden sich ungebührlicher Verurteilungen bedienen, so wie eine Strafe nicht wegen Verleumdung verurteilt ist. Wegen Verletzung dieses § 72 war der Rechtsanwalt Dr. Budenau angeklagt worden. Ein früherer Hotelier aus Bremerhaven hatte sein Anwesen dort verkauft und war nach Rotenburg verzogen. Der Käufer des Grundstücks konnte nicht die Umsatzsteuer zahlen. Die Stadt B. suchte sich nun wegen der Steuer an den ehemaligen Hotelier in Rotenburg als den Zweitschuldner zu halten. Durch Vermittelung des Magistrats von Rotenburg wurde bei ihm gepfändet. Das Gefpändnis wurde jedoch von seiner Frau und dem Sohn als ihnen gehörig in Anspruch genommen. Sie ließen sich durch Dr. Budenau vertreten, und dieser erreichte auch eine vorläufige gerichtliche Verfügung, durch die die Zwangsversteigerung inhibiert wurde. Demnach erfolgte jedoch auf Ersuchen der Stadt B. wieder durch Vermittelung des Magistrats von Rotenburg eine Pfändung, von der dem Rechtsanwalt Dr. Budenau keine Mitteilung gemacht worden war. Dr. Budenau schrieb an den Rotenburger Magistrat und beschwerte sich darüber, daß er von der Pfändung nicht in Kenntnis gesetzt worden sei und daß man einen sehr frühen Termin zum Verkauf der gepfändeten Sachen angesetzt habe. Dann hieß es in dem Schreiben des Anwalts wörtlich: „Ich finde Ihr Verfahren recht stark, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen.“ In diesem Satz wurde die Verletzung des § 72 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuches erklärt. Das Landgericht Terden verurteilte den angeklagten Rechtsanwalt zu einer Geldstrafe. Es führte aus: Wenn man auch von dem ersten Satz: „Ich finde Ihr Verfahren recht stark“, absehen wolle, so sei doch zweifellos in dem zweiten Satz: „um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen“, eine ungebührliche Verurteilung zu erblicken. Der § 72 wolle, daß die den Repräsentanten der Staatsgewalt gesandete Achtung nicht verletzt werde. Der § 103 des Reichs-Strafgesetzbuches (Wahrnehmung berechtigter Interessen) bestehe nicht gegenüber dem § 72 des hannoverschen Gesetzes.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision des Anwalts mit folgender Begründung: Der § 72 sei noch rechtskräftig und ausdrücklich durch die Verordnung von 1887 übernommen worden. Ohne Rechtsirrthum habe das Landgericht eine ungebührliche Verurteilung im Sinne dieses Paragraphen festgestellt. Die Doktorfrage, ob in der Tat die Aufrechterhaltung der absolutistischen Angehörten gegenüber dem System der Reichsgesetzgebung zurechtend entschieden ist, lassen wir auf sich beruhen. Mit der Idee eines Rechtsstaats ist das Fortbestehen solcher polizeistatistischer Fallstricke für Rechtskündende unvereinbar. Anders steht es mit der bloß-liberal-konserverativen Karikatur eines Rechtsstaats in eine solche gehören Strafen für Ausübung des Beschwerderechts hinein.

Hochstaplerprozess.

Der Prozess gegen den Grafen v. Basseg und Frau Lewandowski schreitet so langsam vorwärts, daß ein Ende noch gar nicht abzusehen ist. Die gestrige Verhandlung konnte nicht stattfinden, da der Angeklagte Graf Basseg nicht zur Stelle war. Nach einer Mitteilung des Rechtsanwalts Dr. Hoffmann hat der Angeklagte einen hysterischen Ohnmachtsanfall erlitten, der so intensiv war, daß seine Beteiligung an der heutigen Verhandlung ausgeschlossen erschien. Die Rechtsanwältin Dr. Salpert und Dr. Werthauer begaben sich infolgedessen zunächst in das Untersuchungsgefängnis, um sich zu überzeugen, ob es nicht möglich sei, den Grafen wenigstens bis in den Gerichtssaal zu bringen, damit der Gerichtshof persönlich von der gesundheitlichen Beschaffenheit des Grafen sich ein Bild machen könne. Bei dem augenblicklichen Zustande völliger Erschöpfung, in dem sich der Angeklagte befand, war dies nicht zu bewerkstelligen und so begaben sich denn die Mitglieder des Kollegiums in corpore in die Zelle des Angeklagten. Sie überzeugten sich, daß dessen der Versuch nicht gemacht werden könnte, den Grafen soweit herzustellen, daß er verhandlungsfähig erscheinen könnte; nach der Ansicht des Rechtsanwalts Dr. Hoffmann ist aber begründete Aussicht vorhanden, daß die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten heute eingetreten sein wird. Unter diesen Umständen verurteilte das Gericht die Verhandlung auf Sonnabend 9 Uhr. Da demnach einige Verhandlungstage ausfallen müssen, weil die Strafkammer einige schwebende Hauptsachen zu erledigen hat, ist noch gar nicht zu ermessen, wann der Prozess wird zu Ende geführt werden können. Ueber sein Ergebnis werden wir berichten.

Gründerprozess.

Ein neuer mehrtägiger Strafprozess nahm gestern vor einer Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli seinen Anfang. Es handelt sich um Dinge, die schon eine Reihe von Jahren zurückliegen. Die Anlage richtet sich gegen die Kaufleute Otto Wiener, Emil Gekner und Wilhelm Weingartner. Die Anlage wirft ihnen vor, daß sie bei Gründung einer Gesellschaft wissentlich falsche Angaben bezüglich der Einzahlung der Stammeinlagen gemacht, unterlassen haben, eine Bilanz zu ziehen, bezw. als Geschäftsführer und Liquidatoren zwei Gläubigern eine Sicherung gewährt haben, auf die sie keinen Anspruch hatten, und die Handlungsbücher unordentlich geführt haben. Dem ersten Angeklagten wird noch zur Last gelegt, es unterlassen zu haben, rechtzeitig den Antrag auf Konkurseröffnung zu stellen. Neben diesen formalen Delikten wird den beiden ersten Angeklagten noch ein Fall der Untreue und des Betruges vorgeworfen. Bei diesem Fall ist der in Wien weilende Angeklagte Weingartner, gegen den in dessen Abwesenheit verhandelt wird, beteiligt. Die Strafkammer soll sich heute mit dem am 16. März 1900 stattgefundenen Gründung und weiteren Entwicklung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Gabel, Eisen- und Maschinen-Industrie-Gesellschaft“, deren Firma später in „Berlin-Frankfurter Maschinenwerke“ umgeändert wurde. Das Unternehmen beschäftigte sich mit der Fabrikation sowie mit dem Kauf und Verkauf von Maschinen und Werkzeugen. Dem Gerichtshof erblüht die Aufgabe, den Werdegang und das Ende dieses Unternehmens in seinen einzelnen Phasen zu prüfen. Um welche komplizierten Dinge es sich handelt, denken schon die vor dem Gerichtstisch aufgestellten Aktenstücke und die in zwei großen Kästen aufbewahrten Schriftstücke an, die sich auf die vielen aus dem Unternehmen entstandenen Zivilprozesse beziehen. Das erste der vom gerichtlichen Vorkreis in dieser Sache erstattete Gutachten datiert schon aus dem Jahre 1903. — Für die Verhandlung sind vorläufig 10 Tage angesetzt. Da die Dinge, welche erörtert werden, ein allgemeines öffentliches Interesse nicht haben, werden wir uns darauf beschränken, seinerzeit das Urteil mitzutheilen.

Versammlungen.

Die Session der Fliesenleger vom Zweigverein der Maurer hielt am 12. Juni im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die sich vor allem mit Mißständen im Beruf, sowie mit dem provisorisch eingeführten Allortdaxif befaßte, der offenbar zu keinerlei Besserung der Verhältnisse geführt hat. Ueber diese Angelegenheit war bereits am 2. Juni in einer Sitzung der Schlichtungskommissionsmitglieder beraten worden, von der folgende Resolution vorlag:

„Die Vertreter der drei Fliesenlegerorganisationen und der Organisationen der Hilfsarbeiter sehen gegenwärtig kein dringendes Bedürfnis für vorliegende, eine öffentliche Fliesenlegerversammlung für Berlin einzuberufen und dieser Verbesserungsvorschläge zum jetzt bis zum 1. Juli d. J. provisorisch eingeführten Allortdaxif zu unterbreiten oder zu empfehlen. Die Kommission betrachtet das Allortdaxif im Prinzip für unseren Beruf als höchst schädlich und empfiehlt daher, in den Versammlungen überall die Gegenagitation zu entfalten. Des weiteren gilt als festgestellt, daß von den Geschäften nicht an Allortdaxif, sondern vielmehr Subunternehmern die Ausführung der Arbeit übertragen wird, und sich unter diesen durch gegenseitiges Abtreiben der zu vergebenden Arbeiten eine Schmutzfunktion entwickelt hat, welche in unerhörter Weise die Preise drückt und dieser Preisdruck wieder auf die Fliesenleger wie Arbeiter bezüglich des herzustellenden Quantum unheilvoll wirkt. Dieses System ist in allen Geschäften zu beobachten. Es wird daher den einzelnen Organisationen anempfohlen, Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, diesem unerhörten und ungemein schädlichen Treiben entgegen zu treten und Abhilfe zu schaffen.“

Dazu würde sich der Versammlung folgender Zusatzantrag gestellt:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Mißständen bei den Firmen Rosenfeld, Ende und Riel. Die Versammlung erkennt in den Modifikationen der genannten Firmen einen Vertragsbruch und verlangt aus diesen Gründen, daß beim Gewerkschaftsgericht die Revision des Tarifes zu beantragen sei.“

Resolution und Antrag wurden einstimmig angenommen. Hierauf wurden Vorschläge zu einem Verbandstagsdelegierten gemacht. Die meisten Stimmen erhielt Waldheim, der damit als Kandidat zu den Delegiertenwahlen aufgestellt ist. Es folgte die Beratung einiger Anträge zum Verbandstag.

Außerdem machte der Vorsitzende auf die Bewegung der Fliesenleger in Rheinland-Westfalen und in Frankfurt a. M. wo sämtliche Spezialgruppen ausgespart sind, aufmerksam. Die Fliesenlegergeschäfte werden von den Fliesenfabrikanten eifrig unterstützt in ihrem Bestreben, die Arbeiter zu knebeln und ihnen einen unannehmbaren Tarif aufzuzwingen.

Der Besitzer des Lokals „Roobiter Schützenhaus“ teilt uns mit, daß er von dem Besuch der jugendlichen Arbeiter am Sonntag nicht unterrichtet war. Er sei gar nicht berechtigt gewesen, Personen ohne Entreezahlung einzulassen, weil er mit dem dort aufstehenden Künstler einen Vertrag geschlossen habe, wonach Entree erhoben werden muß und dem Künstler die Hälfte der Einnahme zusteht. — Der Kontrakt ist uns vorgelegt worden.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. D. 29, Hamburg), Filiale Rixdorf: Heute abend 7/9 Uhr bei Döhl, Bergstraße 151. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Charlottenburg: Heute abend 7/9 Uhr im Volkshaus, Kolonnenstr. 3. — Filiale Schöneberg: Heute abend 7/9 Uhr Generalfversammlung. Wahl der Ortsverwaltung usw.

Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, den 21. Juni, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 10^{1/2} Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn R. G. Baage über: „Wach und seine philosophische Bedeutung“. Herren und Damen als Gäste sind sehr willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lindenkrug Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Besuch und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. D. 4080. 1. Leider ist die Wänderteil wegen der Kirchensteuer zulässig. 2. Jedoch Austritt aus der Kirche richte Sie an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, ein Schreiben eines folgenden Inhalts: „Ich melde hiermit meinen Austritt aus der Landeskirche und beantrage, meinen Austritt aufzunehmen.“ In welchem Amtsgericht Ihre Wohnung gebort, ersehen Sie aus dem Adresskalender. II. Teil. Dort ist bei den einzelnen Straßen angegeben, welches das zuständige Amtsgericht ist. Der Antrag ist von dem Antragsteller zu unterschreiben. Das Gericht stellt eine Abschrift des Antrages dem Vorstande der Kirchengemeinde zu, der der Antragsteller angeht. Der Austritt selbst erfolgt dann durch persönliche Erklärung des Austrittenden vor dem Richter. Ohne eine Ladung abzuwarten — in der Regel erfolgt keine Ladung — hat der Austrittswillige frühestens am 29., spätestens am 42. Tage sich persönlich bei dem Amtsgericht zur Abgabe seiner Erklärung zu melden. Dort wird innerhalb dieser 14 Tage keine Austrittserklärung zu Protokoll genommen. Damit ist der Austritt vollzogen. Der Austrittende kann eine Bescheinigung des Austritts oder eine Abschrift des Protokolls verlangen. Die Kosten werden später erfordert. Sie betragen 3.— M. für das gesamte Verfahren und etwa 50 M. Schreibgebühren. Der Austritt aus der Kirche zieht keinerlei Nachteile nach sich. Er hat aber den Vorteil, daß man endlich von der Kirchensteuer befreit wird. Vom Saluh des auf die Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres ab ist der Austrittende zu persönlichen Kirchensteuern nicht mehr verpflichtet. Wer in diesem Jahre austritt, hat also vom Schluss des Jahres 1903 ab Kirchensteuern nicht mehr zu zahlen. Die Ehefrau hat den Austritt besonders zu erklären. Der Ehemann kann für seine minderjährigen Kinder den Austritt erklären, nicht aber für seine Ehefrau. Tritt die Ehefrau nicht aus, so hat sie für ihre Person weitere Kirchensteuern zu zahlen; nach der herrschenden Ansicht haften hierfür der Ehemann. Ein weiterer Vorteil des Austritts ist der, daß der Austrittende der Kirche auch dafür keine Gebühren mehr zu bezahlen hat, daß er dieser die Vermögensarbeit erpart. In den kirchlichen Kreisen Berlins herrscht die Ansicht, daß ein der Kirche Austritt, der sich auf dem Gemeindebetrieb beruhen läßt, trotzdem der Kirche für die nächstgelegene Arbeit ziemlich erhebliche Gebühren zu zahlen hat. Da die Kirchengemeinden für Berlin und Umgebung eine erhebliche Erhöhung der Kirchensteuern beschlossen haben, so fällt die Erparnis, welche der Kirchenaustritt nach sich zieht, ziemlich erheblich ins Gewicht.

E. D. 27. 1. Rein. 2. Ja. — E. D. 100. Rein. — E. 59. Unseres Erachtens ist das sogenannte Auslaufgeld, welches kirchliche Kirchengemeinden dafür erheben, daß die Arbeit der Vererbung ihnen erpart ist, dem Gesetz nicht entsprechend. Andererseits ist ein Urteil des Kammergerichts oder des Reichsgerichts über diese Frage nicht bekannt. Lassen Sie es auf einen Prozess wegen der 15 Mark, die für Nichtbenutzung der Grabstätte gefordert werden, ankommen. Die Auslösung der Anlage ist freilich eine zweifelhafte. Derartige ungesetzliche Forderungen der Kirche entgeht derjenige, der aus der Kirche austritt, auf jeden Fall. — E. D. 10. Sie mühten unter Ueberwindung der Bescheinigung über das Unmögliche, die Kosten tragen zu können, und der Bescheinigung über den fruchtlosen Ausfall des Subunternehmens beim Landgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, beantragen, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. In diesem Antrag müssen Sie die Gründe Ihrer Lage und die Bemittelte für dieselben angeben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 20. Juni.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Königl. Opernhaus. Gigaros Schacht.
Königl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg. (Anfang 7 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Dreifährige. Kammerspiele. Ingerdächter. Unterseeboot.
Loffing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Räthe im Hampton-Klub. Schöps.
Neues Schauspielhaus. Die Dolchspringerin.
Alte. 2 x 2 = 5.
Berliner. Raffles.
Komische Oper. Carmen.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Die Meistersinger.
Schiller Charlottenburg. Der Ministerialdirektor.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Der Stadtrumpeter. (Anfang 7^{1/2} Uhr.)
Thalia. Der Mann mit dem Roccio.
Wollen. Ein Walzstraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Pollen. Die Stimme des Blutes.
Trianon. Frau Baronin.
Bernhard Rose. Am Klavier.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apolka. Die süßen Erbsen. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Vasage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten. Walzballen. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Berliner Theater. Abends 8 Uhr.
Hopfenraths Erben
Kleines Theater. Abends 8 Uhr.
2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 3 mal 2 = 5.
Dienstag: 2 mal 2 = 5.
Mittwoch: 2 mal 2 = 5.
Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Sonnabend, den 20. Juni:
Die Stimme des Blutes.
Vorch: Dir wie mir, oder: Dem Herrn ein Glas Wasser. Sonntag nachm. 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends: Die Stimme des Blutes.
Montag: Goldland.
W. Noack's Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16
8 Uhr. Nur einmalige Aufführung!
Er muß aufs Land
oder: Der lustige Chemann. Vor- und nachher:
Sämtliche Spezialitäten!
Anfang 6 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). (Wagners Oper.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Africanerin.
Gr. Oper in 5 Akten v. G. Reyerbeer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen:
Marie, die Regimentswaise.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Carmen.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Wildschütz.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Lustspiel in drei Akten von Alexander Dillson und Fabrice Carro.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Helmat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Das
Riesen-Vivarium.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonnabend nachmittags 4 Uhr:
Großes Sommerfest.
Konzert von 3 Militärmusikanten. Abends: Feuerwerk, Illumination, Tanz. — Eintritt 1 M., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132
8 Uhr. Wochentagspreis.
Im Hause der Sünde (Um eine Lebensnacht).
Ein Drama des Sinnensinnes in vier Akten von Maximilian Braun (Grundmusik von Solo).

Brunnen-Theater
Sachstraße 68. Direkt.: Will Voigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungskünstler. Mirz v. Wenzl, Schußwerk-Liquidator.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzstraum.
Operette von Max Strauß.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Heute 7^{1/2} Uhr: Zum ersten Male:
Der Stadtrumpeter.
Belangspolke in vier Akten von B. Mannhardt. Musik von G. Tiesens.
Sonntag 3 Uhr: Madame Sans Gêne.
8 Uhr: Der Stadtrumpeter.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.
Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Lustenfr. Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Passage-Theater.
Der größte Saisonserfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die neuen Juni-Spezialitäten.

Metropol-Theater
Zum 273. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz. Anfang 8 Uhr. Neuaufgeführt.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Sonnabend, den 20. Juni:
Großer Sommernachts-Ball
der
Hamannschen Ackerpächter.
Berliner Prater-Theater
Kantianen-Allee 7-9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattung-Revue und das großartige Spezialitäten-Programm.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4^{1/2} Uhr

WINTERGARTEN

Neues Programm

VON
Publikum und Presse
glänzend beurteilt.



Ab 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.
9 1/2 Uhr: **Die neuen Grisetten.**
10 1/2 Uhr: **Wiener Festzug**
anlässlich d. Jubiläums Sr. Maj.
des Kaisers von Oesterreich.
10 1/2 Uhr: Bert Bernards Compagnie:
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tengel-Tengel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Bulle von Pfeffel.
Meyzel als
Saharet.
Britton als
Isadora Duncan.
Am Donnerstag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Schweizer Garten.

Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,
63, 74 und Q.
Täglich: Theater-
u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Zum Schluss abends 10 Uhr:
Wie einst im Mai
Volksstück mit Gefang in 2 Akten.

Neue Welt

Kasselerstraße 108-114.
Gr. Doppel-Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Jeden Mittwoch:
Kinderfreudenfest.
Jeden Donnerstag:
Monster-Feuerwerk.

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimar.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Aktuelles Programm.
Einakter, Ensembles,
Große Elite-Soireen
und Tanztruppen.
Beg. Sonntag, 8. Montag 8 u.
Dienstag 8 u. Sonntag: Elite-
Soiree u. Hoffm. Nordb.
Sänger, Tanztruppen.

**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Gau 9. 2. Bezirk
Zeltow - Bredow - Storfow -
Charlottenburg.
Sonntag, den 21. Juni:
4. Bezirks-Fest
im Stadtpark, Nussowwerder
in Nieder-Schönow.
Gr. Doppel-Konzert.
Spezialitäten.
Reigenfahrten.
Pantomime.
Volksbelustigungen aller Art.
Gr. Kinderfestsung.
Jedes Kind erhält eine Strolche-
karte gratis.
Korsofahrt der Vereine mit
geschmückten Rädern ab 11 Uhr
1 Uhr, Bergstraße 150-151.
Johannisthal 1/3 Uhr.
Koffeneröffnung mittags 10 Uhr.
Konzertanfang mittags 12 Uhr.
Kaffeehaus von 2 Uhr ab geöffnet.
Billet 20 Pf., an der Kasse 25 Pf.
Kinder frei.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Responsible: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Walhalla-
Varieté-Theater**
Weinbergweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlechtem Wetter im Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 5 Uhr.
Kleine Preise.

**Max Kliems
Sommer-Theater.**
— Hasenheide 13-15. —
Kritische Leitung: Bernhard Lange.
Donnerstag, den 25. Juni:
Klassiker-Abend:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 4 Akten.

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Zugverbindung nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich: 38552*
Das größte u. beste Programm Berlins.
Für Attraktionen, u. a.: Zum erstmalig in Europa:
Das größte Weltstück des Erdballs! Von der gesamten ameri-
kanischen Presse als d. größte Weltunternehmung bezeichnet: **The great Simpson.**
Der Beschützer des Todes. Ein bezahlter Selbstmord! **Gr. Ball.** Kaffeehaus. Volksbelustigungen aller Art.

Wo? machen wir am Sonntag
unseren Ausflug? Nach
Pichelswerder zum
Alten Freund.
Empfehle auch diesen Sommer mein Lokal zu Land- u. Wasserpartien.
26552*

Dampfer-Station Michaelbrücke
an der Michaelkirchstraße.
Heute Sonnabend: **Gr. Mondscheinfahrt**
mit Musik nach Müggelberg, herrlich am Wald und Müggelsee gelegen.
Abfahrt: Großer Ball, Abf. 9-11 Uhr, Preis hin und zurück 50 Pf.
Sonntag, 21. Juni: **Große Extrafahrt nach Freibad Grünau.**
Schmidtschütz und Danzels Abf. 9 1/2 Uhr, Preis einfache Fahrt
40 Pf., Kinder die Hälfte.
Montag: **Woltersdorfer Schleuse.**
Mittwoch: **Schmidtschütz und Neue Mühle.**
Dienstag: nach Schmidtschütz und Ziegenhals. Abfahrt 2 1/2 Uhr.
Preis hin und zurück 50 Pf.
Dampfer und Motorboote sind noch billig zu vergeben.
Reederl. Zachow. Teleph. Amt IV. 5621.

**Wernsdorfer
Schleuse** Gosener
Berge
Gr. Dampfer-Extra-Fahrten
Sonntag, den 21. Juni
Abfahrt: früh 9 1/2 Uhr }
nachm. 2 Uhr } ab **Schillingsbrücke.**
Einfache Fahrt: 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler** vorm. K. Pichl,
Restaurant zum Odeo-Spree-Kanal.
Nachm. u. ca. 2 Uhr an (halbstündl.) } nach
Boote 20 Pf., Sonntags 30 Pf. } Restaurant „Kyffhäuser“.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Branche der Vergolder!
Montag, 22. Juni, abends präz. 8 Uhr, in den „Arminshallen“,
Kommandantenstr. 58/59:
Branchen-Verammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstag in Stettin. 2. Ergänzungswahl zur
Branchenkommission. 3. Beschlüsse. 85/17*
Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet Der Branchenleiter.

Möbelpolierer!
Donnerstag, den 25. Juni, abends präz. 8 Uhr,
in den Andreas-Hallen, Andreasstr. 26:
Branchen-Verammlung
der Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Geizer.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Verbands-
und Branchenanliegenheiten.
Die Vertrauensleute werden ersucht, die Mitgliederbücher der Kollegen
in den Werkstätten betreffs Verammlungsbefugnis zu kontrollieren.
Die Branchenleitung.

Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschl.
Abteilung I: **Isolierer.**
Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokale
des Herrn Wille, Brunnenstr. 188:
Mitglieder-Verammlung
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion und Abstimmung über die vorliegenden An-
träge aus der letzten Verammlung.
Die Kollegen werden ersucht, alle zu erscheinen.
288/13 Der Vorstand. I. A.: Hermann Lange.

Zentralverband deutscher Branerarbeit
Zweigverein Berlin. — Sektion I u. II.
Geschäftsstelle Berlin C. 54, Kulauerstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.
Sonntag, 21. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15, großer Saal:
Gemeinsame Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Die Aufgaben des diesjährigen Verbandstages.
2. Diskussion. 43/3
3. Berichtserstattung der Vertrauensleute. 4. Beschlüsse.
Wir ersuchen pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spirelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Bädendorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
(Bezirk Groß-Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Ernst Rehse
am 16. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt am
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 10 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes,
Pöhlentze, aus.
Zahlreiche Beteiligung wird er-
wartet.
Ferner zur Nachricht, daß unser
Kollege
Georg Götting
am 10. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt am
Montag, den 15. d. M., auf dem
Georgens-Kirchhof in Weihenau.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung I.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Kaminarbeiter
Wilhelm Rugowski
am 17. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Kranken-
hause am Urban aus nach dem
Hildesheimer Friedhof am
Mariendorfer Weg statt.

Allen Freunden und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann
Heinrich Isler
am 18. d. M. nach schwerem
Leiden sanft entschlafen ist.
Um kühles Beileid bittet
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes in
Nieder-Schönhausen-Nordend aus
statt. 27816

Allen Freunden und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann
Otto Müller
am 16. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Heilands-
Kirchhof in Pöhlentze statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Gel I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Gel III. Amt 3, 1987.

Montag, den 22. Juni 1908, abends 6 Uhr:
Versammlung
der Metallarbeiter Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Hayes über: „Die Entstehung und
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.“ 2. Diskussion. 3. Branch-
angelegenheiten. 4. Beschlüsse. 118/3
Zahlreicher Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 22. Juni 1908, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in Metallgießereien beschäftigten Former
und Berufsgenossen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Wohl-
berechtigung?“ Referent: Genosse Eugen Bräuner. 2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 4. Beschlüsse.
Wir ersuchen zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 17. Juni verstarb unser Mit-
glied, der Kadetler
Hugo Wießner
Raminstraße 35.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
227/14 Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
(Bezirk Groß-Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Ernst Rehse
am 16. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt am
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 10 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes,
Pöhlentze, aus.
Zahlreiche Beteiligung wird er-
wartet.
Ferner zur Nachricht, daß unser
Kollege
Georg Götting
am 10. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt am
Montag, den 15. d. M., auf dem
Georgens-Kirchhof in Weihenau.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung I.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Kaminarbeiter
Wilhelm Rugowski
am 17. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, vom Kranken-
hause am Urban aus nach dem
Hildesheimer Friedhof am
Mariendorfer Weg statt.

Allen Freunden und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann
Otto Müller
am 16. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Heilands-
Kirchhof in Pöhlentze statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Kollegen
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Gel I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Gel III. Amt 3, 1987.

Montag, den 22. Juni 1908, abends 6 Uhr:
Versammlung
der Metallarbeiter Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Hayes über: „Die Entstehung und
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.“ 2. Diskussion. 3. Branch-
angelegenheiten. 4. Beschlüsse. 118/3
Zahlreicher Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Montag, den 22. Juni 1908, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in Metallgießereien beschäftigten Former
und Berufsgenossen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Hat die Arbeiterklasse im heutigen Staate Wohl-
berechtigung?“ Referent: Genosse Eugen Bräuner. 2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 4. Beschlüsse.
Wir ersuchen zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Julius Görn
am 17. Juni an Magenleiden ge-
storben ist. 118/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 20. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes,
Prinzen-Allee, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 17. Juni starb nach
langem Leiden an Herzkrankheit
im Alter von 73 Jahren unser
Mitglied, der Zimmerer
Wilhelm Krüger.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. Juni, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, vom Kran-
kenhause in Charlottenburg,
Kaiser-Friedrich-Str. 10 aus
statt. 27388
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Mittwochnachmittag verstarb nach
schwerem Kampfe mein lieber
Mann, unser guter Vater, der
Bergolder
Reinhold Vandamme.
Die trauernde Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Son-
tag, nachm. 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Weihenauer Kirch-
hofes, Roellestraße, aus statt.
Dankagung.
Allen Verwandten, Freunden und
Genossen, die meinem lieben Mann
die letzte Ehre erwiesen, insbesondere
den Genossen vom Holzverein und
den Kollegen vom Verband der
Plater sage ich meinen aufrichtigsten
Dank.
Witwe Marie Klemmer.

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung, Sie sparen
Geld! Wir liefern moderne Herren-
Garberoben fertig und nach Maß
in guter Verarbeitung unter Garantie
für tadellosoe Eig.
Legen Sie sich
täglich nur wenig Pfennige zurück, denn
wir liefern Ihnen die Ware gegen
wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem
Großbetriebe hergestellt werden,
und daß Sie es nicht mit einem Ab-
zählungsgeschäft zu tun haben, daher
können wir die billigsten Preise
stellen. Schriftliche Anerkennungen
über unsere reelle Bedienung zur
Sicht. Besichtigung unseres
großen Betriebes — ohne Kaufzwang —
lobend. Auf Wunsch besucht Sie unser
Händler mit den neuesten Mustern.
Geschäftsmoent bis 8, Sonntag bis 6 Uhr.
Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur **Stralauer Str. 28 I.**
am **Wollkamm.**
Rachdruck verboten.
Ausnahmetag für
billige
prima **Eisbeine,**
Glund 20-25 Pf., sowie
Wurstbruch in feinsten
Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8.

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung, Sie sparen
Geld! Wir liefern moderne Herren-
Garberoben fertig und nach Maß
in guter Verarbeitung unter Garantie
für tadellosoe Eig.
Legen Sie sich
täglich nur wenig Pfennige zurück, denn
wir liefern Ihnen die Ware gegen
wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem
Großbetriebe hergestellt werden,
und daß Sie es nicht mit einem Ab-
zählungsgeschäft zu tun haben, daher
können wir die billigsten Preise
stellen. Schriftliche Anerkennungen
über unsere reelle Bedienung zur
Sicht. Besichtigung unseres
großen Betriebes — ohne Kaufzwang —
lobend. Auf Wunsch besucht Sie unser
Händler mit den neuesten Mustern.
Geschäftsmoent bis 8, Sonntag bis 6 Uhr.
Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur **Stralauer Str. 28 I.**
am **Wollkamm.**
Rachdruck verboten.
Ausnahmetag für
billige
prima **Eisbeine,**
Glund 20-25 Pf., sowie
Wurstbruch in feinsten
Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8.

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung, Sie sparen
Geld! Wir liefern moderne Herren-
Garberoben fertig und nach Maß
in guter Verarbeitung unter Garantie
für tadellosoe Eig.
Legen Sie sich
täglich nur wenig Pfennige zurück, denn
wir liefern Ihnen die Ware gegen
wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem
Großbetriebe hergestellt werden,
und daß Sie es nicht mit einem Ab-
zählungsgeschäft zu tun haben, daher
können wir die billigsten Preise
stellen. Schriftliche Anerkennungen
über unsere reelle Bedienung zur
Sicht. Besichtigung unseres
großen Betriebes — ohne Kaufzwang —
lobend. Auf Wunsch besucht Sie unser
Händler mit den neuesten Mustern.
Geschäftsmoent bis 8, Sonntag bis 6 Uhr.
Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur **Stralauer Str. 28 I.**
am **Wollkamm.**
Rachdruck verboten.
Ausnahmetag für
billige
prima **Eisbeine,**
Glund 20-25 Pf., sowie
Wurstbruch in feinsten
Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8.

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung, Sie sparen
Geld! Wir liefern moderne Herren-
Garberoben fertig und nach Maß
in guter Verarbeitung unter Garantie
für tadellosoe Eig.
Legen Sie sich
täglich nur wenig Pfennige zurück, denn
wir liefern Ihnen die Ware gegen
wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem
Großbetriebe hergestellt werden,
und daß Sie es nicht mit einem Ab-
zählungsgeschäft zu tun haben, daher
können wir die billigsten Preise
stellen. Schriftliche Anerkennungen
über unsere reelle Bedienung zur
Sicht. Besichtigung unseres
großen Betriebes — ohne Kaufzwang —
lobend. Auf Wunsch besucht Sie unser
Händler mit den neuesten Mustern.
Geschäftsmoent bis 8, Sonntag bis 6 Uhr.
Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur **Stralauer Str. 28 I.**
am **Wollkamm.**
Rachdruck verboten.
Ausnahmetag für
billige
prima **Eisbeine,**
Glund 20-25 Pf., sowie
Wurstbruch in feinsten
Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8.

Setzen Sie sich
mit uns in Verbindung, Sie sparen
Geld! Wir liefern moderne Herren-
Garberoben fertig und nach Maß
in guter Verarbeitung unter Garantie
für tadellosoe Eig.
Legen Sie sich
täglich nur wenig Pfennige zurück, denn
wir liefern Ihnen die Ware gegen
wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Stellen Sie sich
vor, daß unsere Waren nur in eigenem
Großbetriebe hergestellt werden,
und daß Sie es nicht mit einem Ab-
zählungsgeschäft zu tun haben, daher
können wir die billigsten Preise
stellen. Schriftliche Anerkennungen
über unsere reelle Bedienung zur
Sicht. Besichtigung unseres
großen Betriebes — ohne Kaufzwang —
lobend. Auf Wunsch besucht Sie unser
Händler mit den neuesten Mustern.
Geschäftsmoent bis 8, Sonntag bis 6 Uhr.
Versandhaus Berliner Herren-Moden,
nur **Stralauer Str. 28 I.**
am **Wollkamm.**
Rachdruck verboten.
Ausnahmetag für
billige
prima **Eisbeine,**
Glund 20-25 Pf., sowie
Wurstbruch in feinsten
Berl. Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8.

**Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**
die Lederhose Herkules tragen.
Unerreichte Leistungsfähigkeit.
Wein-Berlin. Sehr starkes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
nähte. Halbbare Pilot-Taschen.
Große Fäden unkonst. 4 M. 50
Die Herkules-Hose
Monteur-Jacketts „Edison“,
schwarz über oder weiß 2 M. 65
Monteur-Hosen „Edison“,
schwarz über oder weiß 2 M. 25
Monteur-Hosen „Edison“ 1 M. 50
Monteur-Jacketts „Edison“ 6 M. 50
Wasser-Kittel 3,50, 2 M. 40
Mechaniker-Kittel (braun) 3,25, 2 M. 75
Reihe Lederhosen 4,50, 3 M.
Reihe-Hänge . . . 7,25, 6,-, 5 M. 50
Reihe Jacketts für Jäger, Kellner,
Konditoren, Köche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
Chausseestr. 29/30, Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Bundweite und die Schrittlänge, bei
Jacketts und Kitteln die Brustweite
anzugeben. 2592*

Rachdruck verboten!
Loose - Lotterie
zugunsten des Coellienheims.
5793 Gewinne i. W. v. Mark
150000
Hauptgewinne Mark
50000
Lose à Mark 3.30.
Stettiner Lose
à 50 Pf. — 11 Lose 5 M.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.,
Andreasstr. 44, Ecke Blumenstr.



Hüte Spezialhut 3.- u.
Quarzhüte v. 5,50 an
ein großer
Panama Kosten, direkt
importiert,
von 8,50 an
Regenschirme,
Sonnenschirme
größtes Auswahl
von 1,50 an
täglich
Krawatten Eingang
von
Koschoten
Oberhemden,
Kragen, Man-
schetten, Servie-
tens in bester
Qualität
für
Handschuhe Herren
und Damen

Gottmann
Frankfurter Allee 118a.
Große Frankfurter Straße 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 25209*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr

**Hygienische
Bedarfsartikel.**
Gummwaren, 10000 Anork.
V. Prof. u. Aert. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer Fab.
hyg. Präp., Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Preis. gratis.
Gingl
118 Pf., das Beste
gen. Ungarischer
(K. P. und Patente),
über radikal mit Druck-Gü-
ten, keine schmerzende Sa-
be, sauber, wahlreife, 71
50 Pf. Gebrauchsanweisung liegt
überall bei. Erhältlich in den Apo-
theken und Drogerien.
Eingit von Deutscher Reichspatent-
amt gesch. unter W. R. No. 16
Eng. v. Heir. Lehmann, Berlin,
Würzburger Straße 17,
Amt Charlottenburg 10241.

Partei-Angelegenheiten.

Orth-Buckow. Morgen Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Bossen. Am Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokale von P. Kurzner, Paruther Straße 10, unsere monatliche Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung; 2. Das Ergebnis der Landtagswahlen; 3. Verschiedenes. Diejenigen Genossen, die noch Listen von der Landtagswahl in Händen haben, werden ersucht, sofort mit dem Kassierer Saupe, Stubenrauchstr. 4, abzurechnen. Der Vorstand.

Friedenau. Am Sonntag früh um 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine wichtige Flugblattverteilung statt. Für den dritten Bezirk treffen sich die Genossen bei Hegert.

Nieder-Schöneweide. Dienstag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Ferdinand Died, Berliner Str. 92 (früher Jul. Fischer), die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Nach den Landtagswahlen. 3. Verschiedenes. Es werden alle diejenigen freundlichst eingeladen, die öffentlich ihre Stimme für uns abgegeben haben. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Am Sonntag früh findet eine Hausagitation statt. Gleichzeitig werden die Abteilungsführer gebeten, so weit es noch nicht geschehen, die Rapportzettel aus ihren Bezirken vom letzten Jahrlabend dem Genossen H. Krüger auszuhandigen.

Königs-Wusterhausen, Deutsch-Wusterhausen, Hoherlehme, Wildau und Niederlehme. Den Parteigenossen obengenannter Orte zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 21. Juni, vormittags 8 Uhr, in allen Bezirken eine Flugblattverbreitung stattfindet zwecks Werbung neuer Mitglieder und „Vorwärts“-Leser.

Johannisthal. Sonntag früh 8 Uhr findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des 1. Bezirks treffen sich bei A. Gobin, Koonstraße 2, die des 2. Bezirks bei A. Krautmann, Friedrichstr. 61. Weiter machen wir auf die Mitgliederversammlung am 23. d. M. aufmerksam. Die Tagesordnung wird am Sonntag früh bei der Flugblattverbreitung durch Handzettel bekanntgegeben.

Berliner Nachrichten.

Zum Ahtuhr-Ladenschluß.

Die Abstimmung über die Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses an den Verkaufsstellen mit Ausnahme des Sonnabends für alle offenen Verkaufsstellen in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf und Nitzdorf hat am 17. Juni begonnen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem 30. Juni keine Stimme mehr angenommen wird. Es wäre wirklich die höchste Zeit, daß endlich auch Berlin den Ahtuhr-Ladenschluß erhielte, nachdem derselbe in etwa 200 deutschen Städten zur Einführung gelangt ist, unter denen sich neben verschiedenen größeren Handelsstädten auch Hamburg befindet. Die Gründe für diese Maßnahme und die Einwände gegen dieselbe sind so oft erörtert worden, daß neues nicht mehr gesagt werden kann. Die Gegner des Ahtuhr-Ladenschlusses holen dieselben alten Ladenschlösser wieder hervor, die bereits beim Keimuhren-Ladenschluß vorgeführt wurden, obwohl im Laufe der Zeit es sich gezeigt hat, daß alle Einwände gegen einen kürzeren Ladenschluß hinfällig geworden sind. Noch in letzter Stunde tritt die Vereinigung von Geschäftsinhabern aller Branchen von Groß-Berlin zur Abwehr des Ahtuhr-Ladenschlusses auf den Plan, um für ihre reaktionäre Anschauungen zu wirken und die Geschäftsinhaber zu veranlassen, gegen den Ahtuhr-Ladenschluß ihre Stimme abzugeben. Ein zu diesem Zweck verbreitetes Flugblatt ist aber so plump gehalten, daß wir nicht glauben können, daß durch diese „Gründe“ irgend jemand überzeugt werden könnte, der Bewegung für Einführung des Ahtuhr-Ladenschlusses seine Stimme zu entziehen. Hoffen wir, daß recht zahlreiche Inhaber von offenen Verkaufsstellen Einsicht genug besitzen, in ihrem eigenen Interesse und zugleich im Interesse Tausender von Ladenschlüssen und -Skabinen ihre Stimme für den Ahtuhr-Ladenschluß abzugeben.

Heilige Ruhe der Nacht!

Es ist kurz vor Schluß der letzten Mitternachtsstunde. Vom offenen Balkon her strömt balsamische Luft ins Zimmer hinein. Draußen in einem Brauerreigarten ist — dem Himmel sei Dank! — die kunstmordende Musikmacherei einer Militärkapelle verstummt. Das abflauende Geräusch tief unten vorüberfließender Straßenbahnzüge, vermischt mit dem klirrenden Geklapper oder schurrenden Krachen der Straßenüberbrückungsmaschinen und Spritzenwagen deucht mir feraphischer Klingklang, der mich nicht mehr stört. Noch sitze ich und arbeite. Nun kann ich's wieder — und die Feder fliegt über das weiße Blatt. . .

Plötzlich werd' ich unsanft aus meinen Gedankengängen aufgeschreckt. Von Pankow her kommt der Spektakel und wälzt sich stadtwärts durch die Schönhäuser Allee immer näher. Jetzt hör ich's genau. Ich trete auf den Balkon und läge über die Brüstung hinab. Wichtig: da kommt ein Bataillon Infanteristen dahermarschiert — eine dunkle Säule, meinestwegen auch wie ein graßlicher Vindwurf oder riesiger Taufenzähler sich vorwärts einlend. Und die Tambours klappern wie närrisch im Gleichtakt auf den Kammtrummeln; und dicht hinter ihnen pfeifen ein Duzend uniformierter Proletarier einen patriotischen — natürlich patriotischen — Soldatenmarsch, dessen einziger Vorzug sein total unmelodischer Toncharakter ist. Die armen Kerls pfeifen wie Besessene, pfeifen sich das Stückchen gesunder Lunge weg; denn sie müssen ja gründlich Staub dabei schlucken. . .

Unmittelbar hinter ihnen trotten die Kompagnien im dröhnenden Schritt der nageelbeschlagenen Kommissstiefeln. Staubwolken wirbeln auf — und Staub muß ja nicht bloß der Mensch, sondern hauptsächlich der preußische Soldat fressen, weil denn seine Nase die Schlange ist. Am Schwanzende des Juges reiten dann ritterlich der Herr Major nebst Adjutant. Sie reiten, wie jemand reitet, wenns zum Stall oder zur Kaserne geht. . .

Kaum sind diese Lärmhaken vorüber, da rückt ein zweites Bataillon gleichfalls uniformierter Staubwolkenreger nach. Sie trommeln nicht, und sie pfeifen nicht; aber sie „singen“ rauschlos im Chor ein — patriotisches Lied von dem schönen Preußenland und noch wonnevolleren Soldatenstand. Ein Gesang, der die Steine erschauern, Katzen, Hunde und Schläfer rasend machen kann! Am Schwanzende reiten wieder ritterlich der Herr Major nebst Adjutant. Weiter und weiter geht's; das Brüllen hört nicht auf. Es knallt wieder gegen die Häuserwände, bis empor zu den Mannsfordern abgeraderter Arbeiter, die sich ausdrücken müssen von der

Mühsal eines tropisch heißen Sommertages, um wieder am frühen Morgen mit gestärkten Gliedern für faulenzende Kapitalisten frönen zu können. . .

Das Blut empört sich einem gegen die nächsten Aufseher von Mars, des altheidnischen Römergottes Gnaden. Wer gibt den Truppenführern das Recht, den Schlaf des Bürgers zu stören? Es ist ein spöttischer Hoß gegen das Geseß! Und wo war die Polizei, damit sie jenen Personen, die die Soldaten trommeln, pfeifen und singen ließen, solchen Unlug verboten hätte?! Sie war entweder nicht da, oder sie sah und hörte — nichts. . .

Wie nun, wenn zufällig ein sozialdemokratischer Arbeiter-Sängerchor denselben Weges gezogen gekommen wäre und — haust du meinen Juden, so hau ich deinen Juden — singend vom Recht der Straße Gebrauch gemacht hätte, gleich den „borechnmsten Rod“-Trägern da auf dem Fahrdamm? Heißt, wären dann die Wächter der „Ordnung“ von allen Seiten herangeprungen gekommen! Und doch müßten sie am ersten wissen, daß in Preußen das gleiche Recht ist für alle! Obendrein sollte den reinen Ohren der heiligen Hermandad ein Lied, sagen wir einmal die „Arbeitermarzellaise“ doch wirklich nicht über ausstößen als jene — kulturwidrige Kaserneklänge!

Die zahlreichen Unglücksfälle beim Rudern auf den Gewässern in der Umgebung Berlins, so schreibt man uns, sind zum größten Teil auf eine Ursache zurückzuführen, nämlich auf die Benutzung der abscheulichen nuschelartigen Ruderboote, die mit Recht im Volksmunde als Seelenverkäufer bezeichnet werden. Vorsichtige Eltern sollten ihren Kindern auf keinen Fall das Rudern in diesen Ruderbooten gestatten, denn solche auf Stiel gebaute Boote mit gebogenem Schiffsboden sind zum Umkippen geschaffen. Diese Seelenverkäufer bilden seit Jahrzehnten eine wahre Wasserflut für die Berliner und bringen alljährlich viel Herzeleid über Alt und Jung. Eine genaue Statistik über die Wasserunfälle würde ein schlimmes Bild ergeben. Es fehlt hier ein energischer Eingriff der Stromaufsichtsbehörden. Die Bootverleiher müßten angehalten werden, allmählich an Stelle der Boote mit gebogenem Schiffsboden nur einfache Schifferlähne mit geradem Boden anzuschaffen. Diese Schiffe sind gegen Umkippen um vieles sicherer als die Stielboote und würden, wenn die Stromanpolizei dem ganzen Ruderklub des Sonntags mehr Aufmerksamkeit schenkte, viel Unheil verhüten. Der kleine Schifferkahn mit geradem, glatten Boden ist seit Jahrhunderten in der Mark üblich und genügt für die unerfahrenen Sonntagsruderer vollständig. Ein Kahn mit geradem Boden fährt sich scheinbar nicht so leicht wie die heutige Ruderlähne; das ist aber vielfach Eimbildung. Es gibt sehr geschickt gebaute Handlähne, die spitz zulaufen und dadurch besser das Wasser durchschneiden als die dickbauchigen, jeden Augenblick zum Umkippen bereiten Schauler. Die Fahrbarkeit ist entscheidend. Deshalb ist eine Vaudorschrift erforderlich, wonach Personallähne nur mit ebenem Boden, geraden, nicht gebogenen Seitenwänden und 50 bis 60 Zentimeter Tiefe hergerichtet werden dürfen. Für den nie vermeidbaren Unlug der Jugend auf dem Wasser ist mit solcher Konstruktionsmaßnahme die Gefahr erheblich vermindert, das Umkippen dieses nach dem Muster der Schifferlähne gebauten Fahrzeuges ist nur mit besonderer Anstrengung möglich.

Die heutigen Schaulerboote kippen getöndlich um durch unvorsichtige, hastige Bewegungen, durch weites Hinanlehnen, durch unglücklichen Dampfentweilen und durch das beliebte Bläse wechseln. Bei hinreichender Geistesgegenwart können Schwimmer sich an einem umgekippten Kahn immer noch festklammern und unter Umständen einzelne Unkundige retten, weil der Kahn sich in der Regel schrägimmend erhält. Ganz anders liegen die Gefahren beim Segelboot.

Segelboote erfordern Tiefgang und sind deshalb mit Ballast beladen. Leichtsinrige Leute, die nichts vom Segeln verstehen, begeben sich stets in Lebensgefahr, wenn sie sich auf dieses Vergnügen ohne erfahrenen Führer einlassen, denn ein falsch gesteuertes Wasser schöpfendes Segelboot kippt nicht vollständig um, sondern geht sofort unter.

Die Hitze, die augenblicklich herrscht, ist schier unerträglich für Menschen und Tiere. Am gestrigen Tage sind 15 Fälle von Hitzschlag auf den hiesigen Unfallstationen und Rettungswachen behandelt worden. Zumeist handelte es sich um leichte Erkrankungen und die davon Betroffenen konnten nach erfolgter Behandlung nach ihren Wohnungen entlassen werden. Nur zwei Personen wurden nach Krankenhäusern gebracht. Es waren dies der Arbeiter Schulz, der auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Schulstraße zusammenbrach, der Kutsher Weber, der in der Drehmaschine infolge eines Hitzeanfalls vom Wagen stürzte und überfahren wurde und der in der Siemens-Werken in Charlottenburg beschäftigte Arbeiter Jeschkeit.

Unter den Rädern eines Autosomnibus. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern früh 7 Uhr am Moritzplatz. Dort wollte der Arbeiter Federst 1 noch kurz vor einem Automobiliomnibus der Linie Nitzdorf-Friedrichstraße den Straßenbahnkreuzen. Der alte Mann wurde aber von dem Kraftwagen erfasst und zu Boden geschleudert. Er fiel so unglücklich, daß die Räder über ihn hinweggingen. Mit schweren Verletzungen brachte man den Unglücklichen nach der nahen Unfallstation in der Alexandrinenstraße und von dort nach dem Urban-Krankenhaus. Er dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Kognak umsonst! Das ist wohl das neueste und seltsamste, was die Kellamensunft herausgebracht hat. Eine französische Firma versendet durch ihren Vertreter soeben einen Prospekt, in dem sie jedem, der die heiligende Bestellkarte einfordert, gratis und frei von allen Spesen 1/4 Flasche ihres Kognaks zu übersenden verspricht. Vielleicht findet sich jetzt bald auch ein Antialkoholiker und Menschenfreund, der als Gegenmittel des Trinkens von Gratiskognak ein Brot oder ein Pfund Fleisch unangefordert den Arbeitern ins Haus schickt.

Aus dem Polizeibericht. Donnerstag abend gegen 7 Uhr trat der 38 Jahre alte Kaufmann Eduard Wendig, der sich hier nur vorübergehend aufhielt und in einem Gasthaus in der Prenzlauer Straße wohnte, an einen Schuttmann heran und sagte ihm, daß er krank sei. Da er gleich danach zusammenbrach, schaffte ihn der Beamte nach der Unfallstation in der Reibelstraße, wo er gleich darauf am Herzschlag starb. Die Leiche ist dem Schuttmann zugesandt worden. — Donnerstag nachmittag wurde bei den Fundamentierungsarbeiten auf dem Neubau Wendelsjohnstraße 4 eine etwa 4 Meter hohe Absteifung in ihrem unteren Teile von den Erdmassen durchdrungen und der 49 Jahre alte Arbeiter Karl Wilmsen verschüttet. Arbeitskollegen befreiten ihn sofort aus seiner Lage und transportierten ihn nach der Unfallstation in der Reibelstraße, wo man leichte Quetschungen des rechten Oberschenkels sowie am Hinterkopf konstatierte und ihm die erste Hilfe leistete. — Das achtjährige Töchterchen Erna des Wäschereibesizers Albert Einzelberg wurde Donnerstag vormittag vor dem Hause Neue Nohstraße 2 beim unachtsamen Ueberschreiten des Fahrdammes von der Kraftdroschke Nr. 2020 überfahren und erlitt erhebliche Quetschungen am Rücken, rechten Ellenbogen, rechten Unterschenkel und linken Oberschenkel. Man brachte die Verunglückte in derselben Droschke nach der Unfallstation in der Brüderstraße und dann zu ihren Eltern. — Donnerstag abend vor dem 33 Jahre alten Arbeiter Johann Stemmwedel an der Velle-Alliance-Brücke sein Gut in den Landwehrkanal gefallen. Er versuchte, ihn mit Hilfe eines Rettungsschwimmers wieder zu erlangen, beugte sich aber, da er fast angetrunken war, zu weit über den Rand des Bootes

und stürzte ins Wasser. St. wäre rettungslos ertrunken, wenn nicht ein Schuttmann und zwei Passanten rechtzeitig zur Stelle gewesen wären und ihn vom Boot aus wieder herausgezogen hätten. Stemmwedel wurde, da er ohne Wohnung und gänzlich durchnäht war, nach dem hiesigen Obdach gebracht. — Donnerstag nachmittag fiel der 54jährige Sohn Erwin des Monteurs Burwitz gegenüber dem Hause Rieler Straße 21 beim Spielen in den Spandauer Schiffahrtskanal, wurde jedoch von dem Schiffer Woltersdorf mit einem Bootshaken wieder herausgezogen. Da er bereits betäubt war, stellte man Wiederbelebungversuche an, die auch bald von Erfolg begleitet waren.

Mordversuch und Selbstmord. Eine blutige Diebstahlsodie hat sich gestern (Freitag) in dem Hause Bahmannstraße 15 zugezogen. In der sechsten Abendstunde gab dort der 19jährige Hausdiener Adolf Wendig auf seine Geliebte, die 17jährige Fabrikarbeiterin Johanna Schmidt, drei Revolvergeschüsse ab und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Während Wendig sofort eine Leiche war, wirkten die drei Schüsse bei seiner Geliebten nicht tödlich. Das Mädchen fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Wir erhalten über den Vorgang die folgenden Einzelheiten:

Im ersten Stock des Hauses Bahmannstraße 15 wohnt seit mehreren Jahren eine Witwe Schmidt mit ihren Kindern. Das zweitälteste Mädchen, Johanna, unterhielt seit Anfang dieses Jahres ein Liebesverhältnis mit dem Hausdiener Wendig. Als die Mutter davon Kenntnis erhielt, billigte sie diesen Schritt ihres Kindes nicht. Sie war grundsätzlich dagegen und duldete auch nicht, daß Wendig in ihre Wohnung kam. Das Mädchen entschloß sich daher auch, von ihrem Geliebten zu lassen, allein Wendig verfolgte sie unausgesetzt. So wartete er auch gestern vor dem Geschäft der Schmidt und ging mit ihr nach Arbeitsschlus fort. Vor dem Hause Bahmannstraße Nr. 15 wollte sich das Mädchen von Wendig trennen, der junge Mann betrat aber ebenfalls das Haus und folgte seiner Geliebten auf Schritt und Tritt. Auf der Treppe des ersten Stocks zog er blühschnell einen Revolver aus der Tasche und richtete ihn gegen das ahnungslose Mädchen. Es fielen kurz hintereinander drei Schüsse, die alle drei trafen. Alsdann eilte Wendig die Treppe empor und feuerte noch zwei Kugeln gegen sich selbst ab. Als Hausbewohner hinzulamen, war Wendig schon tot. Seine Geliebte hatte sich die Treppen hinabgeschleppt und Hilfe in der im Hause befindlichen Gattwirtschaft gesucht. Ein schnell herbeigerufener Arzt legte der unglücklichen Rotterbände an und ließ sie dann nach dem Krankenhaus schaffen.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag an der Ecke der Kurfürsten- und Frobenstraße. Der in der Frobenstraße 40 wohnende Schlossermeister Dorisch wollte den Fahrdamm kreuzen, als ein Straßenbahnzug der Linie A der westlichen Vorortbahn herannahte. Da, der die Entzerrung nicht richtig bemessen hatte, wollte noch vor dem Motorwagen das Weis überschreiten, wurde jedoch von der Plattform erfasst, niedergedrückt und geriet unter den „Schuhrahmen“, unter welchen er festgeklammert wurde. Um ihn zu befreien, mußte der „Schuhrahmen“ durchgehört werden. Dorisch, der einen vierfachen Bruch des rechten Fußes, mehrere Rippenbrüche und Quetschung des Brustkastens erlitten hatte, wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung verstarb.

Wer ist der Tote? Am 15. Juni cr. ist im Tegeler See die Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden worden. Derselbe ist ungefähr 40—45 Jahre alt, 1,75 Meter groß, hat dunkelblonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbrauen, braune Augen, starken, dunkelblonden Schnurrbart, vollständige Zähne, rundes Gesicht, kräftige Gestalt und war mit dunklem Jacketanzug, grauem Stoffchemisett, grauem Vordrehhemd mit blauen Streifen, gezeichnet G. K. und Gummihosenträgern bekleidet. In den Taschen bestand sich ein Reuteporrenommas mit 8,25 M. und eine Uhr mit der Nummer 38783 mit unechter Kette. Bekognoszenten wollen sich beim Gutsvorsteher in Wögenjeer melden. Nachricht über die Persönlichkeit nimmt auch die Kriminalpolizei sowie jedes Polizeirevier entgegen.

Die Wallstraße von der Neuen Grünstraße bis zur Neuen Nohstraße wird behufs Asphaltierung vom 22. d. Mis. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrrachrichten. Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages, auch während der letzten Nacht hatte die Feuerwehre zahlreiche Pfechthendbrände zu löschen. U. a. zwei auf dem Gürtler, zwei auf dem Nordbahnhof, mehrere auf dem Moabit, Anhalter-, Schlesischen- und Ostbahnhof. Ferner mußten Kohlenbrände in der Puffitenstr. 11, Kleinstr. 55 und anderen Stellen gelöscht werden. Der 12. Zug hatte in der Kurfürstenstr. 146 zu tun, wo ein Mann von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren worden war. Der Schwerverletzte wurde noch lebend nach dem Elisabeth-Krankenhaus befördert. Außerdem hatte die Wehre einen Brand zu löschen, der in einer Wäuderei Alte Schönhäuser Straße 57 ausgekommen war. Weitere Alarme liefen noch aus der Waldstraße, vom „Habsburger Hof“ am Kolonischen Platz, Wiesenstr. 34, Ritterstr. 84, Perleberger Straße 60 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die sozialdemokratische Stadtverordnete um Mandat gebracht werden, lehrt der Fall unserer Genossen Scharnberg und Fleming. Beide waren am 6. November 1907, allerdings nur mit 4 bez. 2 Stimmen über die absolute Mehrheit, im fünften Bezirk der dritten Abteilung zu Stadtverordneten gewählt worden. Wegen die Gültigkeit der Wahl erhob Herr Rektor Fiebig Einspruch. Neben anderen belanglosen Einwendungen stützte sich der Einspruch darauf, daß der Wahlvorstand eine Reihe von Wählern zurückgewiesen, weil sie sich nicht schriftlich legitimieren konnten, obwohl sie dem Wahlvorstande selbst oder anwesenden Mitgliedern derselben bekannt gewesen und letztere auch bereit waren, sie zu legitimieren. Der Wahlvorstand, an dessen Spitze ein „liberaler“ Stadtverordneter, Herr Jolenberg, stand, halte zu Beginn der Wahlhandlung einen so unsmigen Beschluß gefaßt und proklamiert.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Dezember den Einspruch zurückgewiesen und die Wahlen für gültig erklärt hatte, rief Rektor Fiebig den Bezirksauschuss an, der denn auch beide Wahlen lösterte. Zwar war es dem Kläger trotz aller Vermählungen nicht möglich gewesen, so viel Wähler, die ihres Wahlrechts beraubt sind, aufzutreiben, daß das Wahlergebnis dadurch beeinflusst wäre, aber der Bezirksauschuss erklärte in dem Verhalten des Wahlvorstandes einen so wesentlichen Mangel des Wahlverfahrens, daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß durch den der gesetzlichen Grundlage entbehrenden Beschluß des Wahlvorstandes das Wahlergebnis so stark beeinflusst ist, daß es als zuverlässiger Ausdruck des Willens der Wählerschaft nicht mehr angesehen werden kann.

Aus diesem Grunde hat der Bezirksauschuss die Wahlen löstert, und die Stadtverordnetenversammlung schloß sich dem an, sie verzichtete auf die Einlegung einer Verwahrung.

Der Charlottenburger Kommunalfreier triumphiert über diesen „Erfolg“, er merkt gar nicht, wie sehr er sich selbst dadurch blamiert. Denn im Grunde genommen ist das Urteil des Bezirksauschusses doch nur ein Zeugnis der gänzlichen Unfähigkeit des „liberalen“ Herrn Jolenberg, ein so einfaches Geschäft wie eine Wahlhandlung ordnungsgemäß zu leiten.

Natürlich werden unsere Genossen dafür sorgen, daß der Verzettungswunsch des Freisinn, mit Hilfe eines unfähigen Wähler

vorstandes den Sozialdemokraten Mandate abzugeben, nicht in Erfüllung geht.

Schöneberg.

Ein Roschke wird uns aus Schöneberg zur Veröffentlichung zugesandt. In demselben heißt es: Seit Jahren werden wir Bewohner der Hohenfriedberg- und Gehlerstraße in Schöneberg, deren Fenster die Erde haben, ihre Front nach dem Kasernenhof des 1. Eisenbahn-Regiments zuzuwenden, fast alle 14 Tage nachts durch einen elektrisierenden pestilenzartigen Gestank belästigt.

Wilmersdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung von Wilmersdorf beschätzte sich am 18. Juni mit der Frage der Feuerbestattung. Gegen den vom Stadtverordneten Dr. Wolff und Genossen beantragten Bau eines Krematoriums wandte sich nur der Führer der Sozialisten des Orts, Stadtd. Greiser. Er stellte sich allerdings nicht auf den früher von der katholischen Kirche mit Feuerbestattung verbundenen Standpunkt, daß es nur wegen der Vermeidung der Leichenverbrennung ebenso gräulich wie die beim Verwesungsprozess in der Erde; außerdem waren ihm die Kosten der Einäscherung zu hoch.

Nachdem die Versammlung durch diesen Beschluß der modernen Kultur einen Tribut dargebracht hatte, sollte ein weiterer Antrag angenommen werden, der — man erspreche nicht — gegen die königliche preussische Polizei gerichtet war. Aber wie vorweg bemerkt sei, besann sich die Mehrheit zur rechten Zeit vor solchem Wagemut und ließ das Gesche, was der Preuze kennt, in seiner Glorie bestehen. Es handelte sich um einen Antrag des Magistrats, der staatlichen Polizei am Orte 500 M. für Ueberstunden zu bewilligen. Die Sicherheitspolizei am Orte wird bekanntlich vom Polizeivorstand der Stadt Schöneberg kommandiert. Da nun für die Bewachung zu wenig Mannschaften zur Verfügung stehen, kam man zu Ueberstunden im Sicherheitsdienst.

Erwähnt sei ferner noch, daß die Stadtverordnetenversammlung eine Petition der Gastwirte am Orte um Aufhebung der Lustbarkeitssteuer ablehnte.

Lichtenberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war zu einer recht ungewöhnlichen Zeit angesetzt, nämlich auf den 16. Juni, den Tag der Landtagswahl. Von den 48 Stadtverordneten fehlten 10. Zum Waisenrat des 5. Bezirks (umfassend den nördlichen Teil von Neu-Lichtenberg) wurde der Kaufmann Max Lepple, Eitelstr. 70, gewählt. Interessant war die Mitteilung des Ersten Bürgermeisters, der Magistrat glaube, daß Lichtenberg geeignete Personen für die Stellen der Bezirksvorsteher nicht habe! (Freilich, so lange der Magistrat nur bei den Herren vom Westy die notwendigen Fähigkeiten und den Gemeinsinn sucht, wird er schon recht haben.) Als Waisenrat für den Bezirk 26 (von der Reichsgränze bis Blumenhalsstraße) wird Herr Schuhmachermeister Paul Konrad, Frankfurter Allee 171, gewählt, zum Armenkommissar, Bezirk 12 (Krummholzer Straße) der Tischlermeister Emil Flug, Krummholzer Straße 47. — Beschlossen wird, an der höheren Mädchenschule eine neue Oberlehrerstelle zu errichten. Dagegen stimmt die Versammlung für die Errichtung von drei neuen Oberlehrerstellen am hiesigen Realprogymnasium. — Länger hielt sich die Versammlung bei der Forderung für die Volksschule auf. Der Magistrat fordert für den Wintersemester 7 Lehrerstellen, 1 Lehrerin und 1 Rektor; die Vorlage findet am Ende Annahme mit der Änderung, daß die Rektorstelle gestrichen, dafür eine Lehrerstelle geschaffen wird. Die „Selbstverwaltung“ der Gemeinde fand eine schöne Illustration durch die Mitteilung vom Magistratsrat, daß die Regierung noch immer nicht die ganz nach Wunsch gewählte Schuldeputation beauftragt habe! Eine Petition des Komitees für die Aufstellung der Gastwirte und für Kostung des Subventionierung des Unternehmens wird auf Vorschlag des Petitionsausschusses abgelehnt. — Petition der Anlieger der Oberstraße wegen endlicher Abflasterung des westlichen Teiles dieser Straße wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiefen. — Beschlossen wird, gegen die Zuteilung der Stadt zur vierten Serbiaklasse vorstelleig zu werden und die Verlegung in die erste Serbiaklasse zu fordern. — Während bei diesem Punkte die „Widerrichter“ sich munter an der Debatte beteiligten, stimmte die „Majorität“ schweigend der Vorlage zu, in der der Magistrat wieder einmal für die Klaffengenossen dieser Majorität 1480 M. 99 Pf. fordert, um „verauslagte“ Bürgersteigregulierungskosten zu erstatten. Der Magistrat fordert die Genehmigung der Mittel für die vorläufige Regulierung der Straße an den Gemeindevorwerken (Wiesweg). Auch hier ist der „Gemeinsinn“ der „Erklärlichen“ die Ursache, daß eine definitive, anbaufähige Herstellung der Straße nicht möglich ist und die Gemeinde zur Aufwendung von 63 000 M. gezwungen wird. Die Stadtverordneten erhoben die Vorlage zum Beschluß. In einer „geheimen“ Sitzung wurden dann noch einige Grundstücksangelegenheiten beraten und dann — fanden sich die Blockfreunde zur Feier des „glorreichen Tages“ zusammen.

Bänke.

Lebendig verbrannt. Einen entsetzlichen Tod hat die 28 Jahre alte Ehefrau Emma Witte aus der Drehestraße 60 gefunden. Sie hatte für sich und ihre drei Kinder auf einem Spirituskocher Kaffee zubereiten wollen. Als der Spiritus nahezu heruntergebrannt war, sah Frau W. auf die im Erlöschen begriffenen Flammen frischen Spiritus. Im nächsten Augenblick erfolgte eine Explosion und durch die Flammen wurde die Kleidung der jungen Frau in Brand gesetzt. Einer Feuerlöcher gleichend stürzte sie herauf auf den Korridor. Nachher erstreckten die Flammen durch Ueberverken von Nachbarn. Inzwischen hatte die W. aber bereits so schwere Brandwunden im

Gesicht und am ganzen Körper erlitten, daß sie bald darauf unter qualvollen Schmerzen starb.

Karlshorst.

Im Höhlenbewohner werden zu können, hat Ende Mai der jetzt 35 Jahre alte Wildhauer Rogels aus Karlshorst mit seiner Stiefschwester eine Wanderung nach Asien angetreten.

Beide zeigten in der letzten Zeit Spuren geistiger Abnormität. In Karlshorst sowohl als auch im Osten Berlins waren sie als „Naturmenschen“ schon lange bekannt.

Um aber ganz naturgemäß leben zu können, hat R. seine Arbeit schon vor einiger Zeit ausgegeben, einen Teil seiner Möbel verkauft, um etwas Reisgeld zu haben, und nun wird er wohl schon, wie er es beabsichtigt, irgendwo in einer Höhle hausen und sich von Wurzeln und Waldkräutern nähren.

Als er vor der Landtagswahl belacht wurde, um ihn zur Stimmabgabe für uns zu bewegen, erklärte er, daß er überhaupt nicht wähle, weil das Wählen ebenso unfähig und überflüssig sei wie die Erziehung der Kinder in der Schule und in der Familie.

Tegel.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 13jährige Schüler Willy Veder aus Tegel, der, wie wir berichteten, beim Spielen mit einem Revolver durch eine Kugel getroffen wurde. Vedor noch das Gesicht entfernt werden konnte, erlag der Knabe der schweren Schußverletzung.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Vom Handelsministerium ist geplant, eine staatliche Baugewerkschule zu errichten. Verschiedene Städte, darunter auch Spandau, haben mit dem Handelsministerium Verhandlungen gepflogen, unter welchen Bedingungen die Baugewerkschule errichtet werden soll. Der hiesigen Stadtverordnetenversammlung wurde von diesen Verhandlungen Kenntnis gegeben. Danach muß die Stadt, welche das Vergnügen haben will, in seinen Mauern eine staatliche Baugewerkschule zu haben, folgende Bedingungen erfüllen: Sie muß das etwa 5-6000 Quadratmeter große Gelände unentgeltlich hergeben, das Gebäude auf ihre Kosten errichten und erhalten sowie die Hälfte der jährlichen Unterhaltungskosten der Anstalt, welche sich auf 80 000 bis 50 000 M. stellen. Der Staat will großzügig die andere Hälfte der Unterhaltungskosten sowie die Instandhaltung des Inventars auf sich nehmen. Dieses Entgegenkommen vom Vater Staat war dem selbst den vorchristlichen konservativen Stadtvätern zu haarg und man quittierte dankend dieses Entgegenkommen des Staates durch einstimmige Ablehnung der Vorlage. Ob's die anderen Städte auch so machen werden? — Schon vor etwa Jahresfrist hatte die Versammlung beschlossen, eine Turnhalle zu erbauen, welche den Namen Jubiläumsturnhalle führen soll. Die Mittel hierfür wurden auch bewilligt. Jetzt ist man endlich mit den Plänen so weit und soll auch gleichzeitig noch eine Turnhalle für die zweite Gemeindegemeinschaft erbaut werden. Die Gesamtkosten sind auf 118 000 M. veranschlagt, zu welcher Summe noch 28 000 M. fehlen, diese sollen aus den zum Neubau der zweiten Gemeindegemeinschaft bereitgestellten Mitteln entnommen werden. Die Versammlung genehmigt diese Vorlage und es steht zu hoffen, daß man endlich mit dem Bau begonnen wird. Ob denn man auch die Jubiläumsturnhalle, wenn sie fertig ist, unterjochlos allen Turnvereinen, auch dem Arbeiter-Turnverein zur Verfügung gestellt wird, bleibt abzuwarten. — Zur Herstellung einer Vorflut für das Johannissträßchen und für die landhausmäßige Bebauung soll die im Stadtwald befindliche Auhle ausgebagert und mit dem großen Graben verbunden werden. Die Kosten sind auf 40 000 M. veranschlagt. 12 000 M. sind dafür bereits bewilligt und der Rest soll mit je 14 000 M. durch die beiden nächstjährigen Etats aufgebracht werden. Die Vorlage wird bewilligt. — Die Angelegenheit betreffend Anstellung besoldeter Armenpflegerinnen, zu welcher die Versammlung zweimal beschloffen, daß nur verheiratete Frauen oder Witwen mit diesem Amt betraut werden, soll nun, da der Magistrat mit dieser Einschränkung nicht zufrieden ist, in gemeinsamer Kommission weiterberaten werden. In diese Kommission wird u. a. auch der Stadtd. Gen. Pieper gewählt. — Nach einer Magistratsvorlage soll der Grundbesitz der Stadtverwaltung einzubehalten. Begründet wird diese Vorlage damit, daß die diesbezüglichen Verhandlungen in der Versammlung, selbst wenn sie in gehobener Sitzung stattfinden, nicht geheim bleiben und somit von der Spekulation ausgenutzt werden, wodurch der Stadt Schaden erwachse.

Gegen diese Entziehung eines der wichtigsten Rechte protestiert u. a. auch ganz energisch der Stadtverordnete Genosse Schmidt I. Es wird eingewendet, daß ja selbst die Beschlüsse des Magistrats nicht geheimgelassen und an demselben Tage, wo sie gefaßt, schon in der Lokalpresse veröffentlicht werden. Man habe auch keine Garantie, daß die Beschlüsse der Grundbesitzkommission nicht bekannt würden. Der Stadtverordnete und eben neuergewählte Landtagsabgeordnete Labadie ist ganz mit der Vorlage einverstanden und bereit, das Recht der Versammlung preiszugeben. Glücklicherweise ist die Mehrheit der Versammlung einsichtsvoller und lehnt die Vorlage mit allen gegen drei Stimmen ab. — Kürzlich hatte die Versammlung beschloffen, hier eine Rechtsanwaltsstelle einzurichten und hatte bereits die Mittel für die Anstellung eines Sekretärs bewilligt. Die Angelegenheit wurde inzwischen in der Kommission weiterberaten und macht der Magistrat auf Vorschlag der Kommission der Versammlung folgende Vorlage: 1. Aufhebung des Beschlusses, betreffend Bewilligung der Mittel für Anstellung eines Sekretärs; 2. Beitritt zu dem gemeinnützigen Verein für Rechtsanwaltschaft in Groß-Berlin und Bewilligung des Jahresbeitrages von 20 M.; 3. Abhaltung von Sprechstunden zweimal wöchentlich in der Zeit von 6-8 Uhr abends von einem Beamten vorgeordneten Vereins gegen einen jährlichen Zuschuß von 800 M.; 4. Anschaffung einer Bibliothek für etwa 100 M.; 5. Bildung eines Kuratoriums, bestehend aus zwei Mitgliedern der Stadt und einem Mitglied des Vereins. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion protestiert Genosse Schmidt I ganz energisch gegen eine solche Rechtsanwaltsstelle, die völlig ungeeignet ist, den Bedürfnissen zu entsprechen. Er meint, das Hauptprinzip scheint hier wieder, wie bei allen sozialpolitischen Einrichtungen, die Sparanleiht am unrechten Orte zu sein. Man solle diese Vorlage entweder ablehnen oder aber einer hiesigen Zeitung einen kleinen Zuschuß geben, die richte dann sicher auch solche eine Rechtsanwaltsstelle ein. Leider drang Genosse Schmidt mit seinen Ausführungen nicht durch und wurde die Vorlage angenommen. — Die Badeanstalt am Bröhmensee, in welcher meist die besserstellierten Einwohner baden, soll neu gebaut werden, und sollen die 118 000 M. betragenden Kosten durch eine Anleihe aufgebracht werden. Stadtd. Genosse Schmidt I fordert energisch, daß man endlich auch die Wilhelmstadt einmal eine Badeanstalt erhält. Ein Bedürfnis sei bei der rapiden Entwicklung dieses Stadtteils sehr stark vorhanden. Von anderer Seite wird auch gefordert, daß die Freibadeanstalt an der Gabeln, die sich in einem sehr schlechten Zustand befindet, auch renoviert wird. Aber was fragt die Mehrheit der Versammlung danach, wenn nur die Gutstütern ihre Leiber abspielen können, das arbeitende Volk kann ja in einer Wägen haben. Hier möchte seitens der Arbeiterklasse ganz energischer Protest eingeleitet werden. Spandau hat so schöne Gelegenheiten für Einrichtung von Badeanstalten. Aber wie gewöhnlich, wenn Arbeiter in Frage kommen, kommt man aus den Erwägungen nicht heraus oder man muß sparen.

Vermischtes.

Aus dem Briefe eines nach Brisbane (Australien) ausgewanderten Berliner Metallarbeiters entnehmen wir einige interessante Mitteilungen:

Die Familie, Mann, Frau und ein Kind, bewohnt dort jetzt ein „eigenes Heim“, ein ganzes Haus für sich, drei Stuben, Küche und Waberaum, zwei große Veranden, Garten und Hof für den für uns Berliner, die an ganz horrenden Mieten gewöhnt sind, auffallend niedrigen Preis von nur sieben Mark wöchentlich; diese Bezahlungsweise ist dort üblich. Der Mann verdient pro Tag 10 M. bei achtstündiger Arbeitszeit, 8-12, 1-5. Die Geschäftse werden dort um 8 Uhr abends geschlossen, Sonnabends bereits mittags 12 Uhr. In der Schule wird nur englisch gelehrt, Bücher werden den Kindern geliefert. Vom 10. Lebensjahre ab werden die Kinder zur Vervielfältigung ausgebildet, dreimal in der Woche je eine Stunde wird gelehrt, und die Eltern freuen sich, ihre kleinen Kerle mit Gewehr über! auf dem Schulhofe marschieren zu sehen, der Anfang der allgemeinen Wehrpflicht.

Betreffs der Waise, meint unser Genosse, könne sich Europa weit hinter Australien verstellen. Jede Arbeit ruhe, Geschäfte und Schulen waren geschlossen, mit Klugem Spiel und wehenden Bannern zogen die Arbeiter durch die Stadt zum Festplatz, jeder auf der Brust die bekannte „S“ tragend. Alle Gewerkschaften waren vertreten. Wann wird man in Deutschland so weit sein, fragt unser Freund.

Der Diamantenmacher in Griechenland, Lemoine hat den Schauspiel seiner weiteren Tätigkeit nach Griechenland verlegt, dem Paradies aller großen Gauner. Hier ist er vor jeder Auslieferung gesichert. Hoffentlich wird er die Geschichte seiner „Entdeckung“ der ganzen Diamantengawoner in einem amüsanen Büchlein: „Wie finde ich Dumme“ der lachenden Welt nicht vor-enthalten. — Der Untersuchungsrichter, der den Urteilmern zur Diamantenfälschung (und damit zur Flucht) freistellte, ist inzwischen gemahregelt worden.

Eingegangene Druckschriften.

H. S. Franke, Das Leben der Pflanzen. 1. Abteilung: Das Pflanzenleben Deutschlands und der Nachbarländer. (Vollständig in 26 Lieferungen. 8. mit 350 Abbildungen und 50 Tabellen und Karten.) 17. bis 26. Hef. a 1 M. Verlag des „Rodmos, Ges. der Naturfreunde“, Braunschweig-Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Edmund Michael, Eine Serie von acht Pflanzkarten. Preis 40 Pf. Verlag Redaktions-Verlag, Berlin S. 59.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch 1a 67-72 pr. 100 Pfd., 11a 65-68, 11a 55-58, Sullenfleisch 1a 64-70, 11a 57-58, Rülbe, seit 50-60, da. mager 40-50, Freier 52-60, Bullen, dänische 42-52, Rindfleisch, Doppelender 100-115, Rastlader 1a 87-94, 11a 75-85, Rindfleisch, ger. am 54-68, da. 60/2, 11a 68-88, unger. 0/0, Schale 11a 77-80, Hammel 1a 71-74, 11a 68-88, unger. 0/0, Schale 56-61, Schweinefleisch 54-61, Rehdösch 1a per Pfd. 0,55-0,70, 11a 0,30-0,50, Rehdösch m. Rülbe per Pfd. 0,40-0,58, Dammid 0,00, Wildschweine, per Pfd. 0,33, Brühlinge per Pfd. 0,00. Dämmer. 1a per Stück 1,50 bis 2,00, dito 11a Stück 0,75-1,40, dito junge, Stück 0,50-0,75, Hamburger Hälften, Stück 0,80, Poullets 0,40-0,75, Kapuzinen, deutsche, per Stück 0,00, Lauben, junge, Stück 0,20-0,50, dito alte 0,20-0,40, dito halben 0,00, Enten, per Pfd. 0,00, dito per Stück 1,00-2,00, dito 100 Pfd. 90-104, da. m. 120-91, da. groß 0,00, da. groß-mittel 0,00, da. klein 0,00, Hander 0,00, Schote, unsort. 84-100, da. klein 110-127, da. groß 74-84, Kote, groß-mittel 115-117, da. mittel 114-118, da. groß 106-116, da. klein-mittel 102-112, da. unsort. 0,00, da. klein 0,00, Rindfleisch, bän., da. m. 0,00, Rindfleisch, 0/0, Karanischen 78-87, Rindfleisch, bän., 0/0, Rindfleisch 56-76, da. m. 0,00, Karje 0/0, da. klein 0,00, Reis 0,00, Bunte Hühner 56-76, da. m. 0,00, Karje 0/0, da. klein 0,00, Eier, klein 0,00, Winter-Kleinmäße, pr. 100 Pfd. 0,00, American, 2er 1a, p. 100 Pfd. 0,00, da. 11a 0,00, Eierkuchen, p. 100 Pfd. 0,00, 10. Hundern, Kieler, Steige 1a 2-6, da. halbe Steige 0,00, da. Damm. Steige 3-6, halbe Steige 2-3, pom. Schod 1,00-3,00, Süßlinge, dänische, per Ball 2-3, Kieler 0,00, Bornholmer 0,00, Straußener 2,00-3,00, Spretten, Danziger, Rülbe 0,00, da. Rügenmader, Straußener 2,00-3,00, Spretten, Danziger, Rülbe 0,00, da. mittelgroß 0,90-1,10, 0,00, Kote, groß per Pfd. 1,10-1,50, da. mittelgroß 0,90-1,10, 0,00, Kote, groß 0,90-0,90, Heringe per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Rülbe 4,00-7,00, dito 1/2, Rülbe 2,50-3,00, Sardellen, 1902 er per unter 0,00, 1904er 102, 1906er 102, 1906er 100, Schottische Böhmeringe 9,00, 0,00, large 40-44, fall. 38-40, mod. 38-42, deutsche 30-40, Heringe, neue Rülbe, per 1/2, Lo. 0,00, Sardinien, russ., Hüh 1,50-1,60, Brestheringe Bah 1,20-1,40, da. Hüh (4 Hüh) 1,40-1,70, Reumagen, Schod 8, da. kleine 4-5, da. kleinen 10, Rülbe per Schod 22-28, da. groß-mittel 18,50, da. klein-mittel 5-9, da. kleine 4-5, da. unsort. 5,50-12,50, Galtjer, groß 0,00, Seemuscheln 100 Stück 1,00, Eier, Land, unj. per Schod 3,20-3,50, da. große 3,75-4, Butter p. 100 Pfd. 114-117, 11a 110-114, 11a 104-110, abfallende 100-104, Saure Gurken Schod 4,50-5, Pfefferkörner Schod 4,50-5, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberische 3,25-3,00, weisse runde 2,75-3,25, mag. bon. 3,00-3,50, Hurre, per Schod 1,00-2,00, Weizenrülbe, Schod 3-14, Spinat per 100 Pfd. 10-12, Sellerie, grün, per Schod 0,80-1, Brochelein per 100 Pfd. 0,00, Petersilie, grün, Schod 1,00 bis 2,00, Rülbe, bayrischer, junger, per 100 Stück 6-8, Röhrrülbe, 100 Pfd. 0,00, Petersilienwurzel, per 100 Pfd. 0,00, Schod 1,00-1,50, Schnittlauch, Schod 0,50-0,80, Tomaten, kanar., per Rülbe 1,00-3,00, Rhabarber 100 Pfd. 1,50-3,00, Rabungen 0,00, Rülben 0,00, Rülben, Schod 0,80-1,50, Waldmeister, Rülbe 0,25-0,50, Rülbe 0,00, Salat, Schod 1-1,50, da. Gubener 0,00, Rülbe, Schod 0,40-0,60, Spargel, Rülbe I 100 Pfd. 20-28, da. II 8-15, da. III 2-5, da. unsort. 0,00, Spargel, hiesiger I 15-25, da. II 8-13, da. III 2-5, da. unsort. 0,00, Champignons, per Pfd. 0,50-1,00, Steinpilze 0,30-0,40, Röhrrülbe, Schod 3-4, Karotten, Schod 3-8, Pfefferkörner, I Pfd. 0,15-0,22, Schoten, I Pfd. 0,05 bis 0,08, Blauschiffel, Schod 6-10, Weißkohl, Schod 8-10, Kugel in Rülben per 100 Pfd., Rülbe 0,00, Rülbe 0,00, Kuttler, 10-15, in Rülben, 100 Pfd. 0,00, da. in Rülben per 100 Pfd. 0,00, da. in Rülben, 100 Pfd. 0,00, Rülben, 100 Pfd. 15-30, da. schwarze, 100 Pfd. 25 bis 35, da. Gubener 15-25, da. Verderische 25-35, da. Schellfische 10-20, Erdbeeren, französische, per 100 Pfd. 20-30, holländische 20-35, Dresdener I Pfd., Schod 0,25-0,50, Heringe per 100 Pfd. 20-30, Weitzer 25-30, Wald-, Heringe 40-60, Stachelbeeren, unreife, I Pfd. 0,10-0,12, da. unger., I Pfd. 0,08-0,10, da. holländ., I Pfd. 0,08-0,10, da. hiesige I Pfd. 0,09-0,10, per Ananas I, per Pfd. 0,90-1,30, da. II 0,50-0,80, Bananen, kanar., per 100 Pfd. 15-25, Jamaica 25,00-28,00, Feigen, in Rülben 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Rülbe, 300 Stück 9,00-12,00, da. 300 Stück 8,00 bis 12,00.

Witterungsübersicht vom 19. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C	Station	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C
Emmende	761,0	DND	2	heiter	18	Saparanda	753,0	S	2	bedeckt	9
Hamburg	758,0	RND	3	bedeckt	16	Bierfeld	762,0	SW	2	wolkig	23
Berlin	756,0	R	3	bedeckt	18	Stettin	761,0	SW	2	wolkig	13
Frankfurt a. M.	757,0	R	3	bedeckt	22	Worms	755,0	S	1	bedeckt	9
München	757,0	D	1	bedeckt	22	Wien	756,0	ND	1	wolkig	16
Wien	761,0	D	3	wolkig	21						

Weiterprognose für Sonnabend, den 20. Juni 1908. Sehr warm und schwül, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Schwallen regen und mäßigen Winden aus wechselnder Richtung.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		
	18. 6.	17. 6.	18. 6.	17. 6.	
Remel, Müst	163	—	Saale, Groditz	125	—
Regel, Unterburg	22	—	Gabel, Spandau	90	—
Regel, Thorm	118	—	Hausenow	146	—
Der, Rathor	105	—	Spre, Spremberg	92	—
Strossen	102	—	Seelow	137	—
Frankfurt	110	—	Sejer, Wänden	—	—
Parthe, Schimm	32	—	Winden	32	—
Parthe, Landsberg	35	—	Rhein, Regimüllersau	486	—
Nehe, Gordanm	15	—	Knab	275	—
Elbe, Reitmerz	—	—	Rhin	250	—
Dresden	—	—	Redar, Dellbronn	64	—
Berbo	—	—	Rain, Berthelm	122	—
Regdeburg	—	—	Reisel, Treier	64	—

) + bedeutet Aufst., — Fall, — ? Unterpegel.

Infolge Total-Auflösung unseres Warenhauses

und behufs schneller Räumung der vorhandenen noch sehr enormen Vorräte verkaufen wir ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wert an allen Abteilungen zu drei Einheitspreisen

95 Pf.

195 Mk.

295 Mk.

Dieser Serien-Verkauf bietet diesmal eine zweifellos einzig dastehende und nie wiederkehrende Gelegenheit.

- | | | | | | | | |
|--|------|---|------|---|------|---|------|
| 4 1/2 m gest. Tüllspitze | 95 | 1/2 Dutzend b. Herrentaschentücher extra gr. gestümt | 95 | 4 1/2 m eleg. Spachteleinsatz | 1.95 | 1 Alpaca Rockvolant extra weit | 2.95 |
| 2 m Filettüll | 95 | 40 m prima Mohairbesenborde, schwarz | 95 | 1 m Lyoner Spitzenstoff schwarz od. weiss | 1.95 | 1 eleganter Goldgürtel mit Blumen | 2.95 |
| 2 Spachtelpassen | 95 | 1 Pr. D.-Strumpfhalter m. Churl, 1 Pr. Kragensützen m. Perl., 1 Pr. Handoch.-Halt. | 95 | 1 Automobilshawl 2 m lang | 1.95 | 1 Herren-Trikot-Oberhemd mit Einsatz | 2.95 |
| 1 Alpaccarockvolant | 95 | 2 eleg. Hutnadeln, 1 Anknüpfertasche (Prinzessa) | 95 | 11 m Malintüll | 1.95 | 1 bunte Herren-Garnitur Jacke und Beinkleid | 2.95 |
| 1 Tüllschleife und 1 Rüsche | 95 | 6 Pr. Schweissblätter, 1 St. Prima Satin-Gürtelband 8 Mtr. | 95 | 3 Paar Damen-Strümpfe durchbrochen Plot | 1.95 | 2 Paar Damen-Handschuhe halblang reine Reide | 2.95 |
| 1 gest. Kinderkragen m. Manschetten | 95 | 5 Lg. Negergarn u. 2 Kt. Beistrickgarn | 95 | 6 Paar bunte Herren-Socken | 1.95 | 1 Sopha-Kissen | 2.95 |
| 1 Gummigürtel u. 1 Gold- od. Silbergürtel | 95 | 12 Haarbänder u. 2 1/2 m gestreiftes Hutband, 16 cm breit | 95 | 1 Damen-Tricot-Badeanzug 90 cm lang | 1.95 | 1 Kaffeedecke, weiss vorgezeichnet | 2.95 |
| 1 gest. Leinengürtel | 95 | 2 1/2 m reinseid. gestreiftes Hutband, 14 cm breit | 95 | 1 Kinder-Russen-Kittel u. -Hänger vorgez. | 1.95 | 1 Küchen-Ueberhandtuch | 2.95 |
| 2 Paar Damen-Glacé-Handschuhe schwarz u. weiss mit Fingert | 95 | 1 m reinseidenes Chinéband, 15 cm breit | 95 | 1 Sonnenschirm | 1.95 | 1 Sonnenschirm | 2.95 |
| 4 P. kurze Dam.-Zwirn-Handschuhe mit Fingert | 95 | 2 Coup. Stickerei, à 4 1/2, m | 95 | 1 Frackcorset mit Strumpfhalter | 1.95 | 1 hocheleg. Haargarn, grav. m. Steinchen im eleg. Etui | 2.95 |
| 3 Paar halblange Mitons, schwarz, weiss u. coul. | 95 | 1 Pr. Kinder-Leder-Stiefel, Gr. 17-19 | 95 | 1 steifer Herrenhut mit Futter u. | 1.95 | 1/2 Dtzd. Stehumlegekragen, 5, 6, 7 cm hoch | 2.95 |
| 3 Paar Damen-Strümpfe, deutsch lang | 95 | 1 Pr. Damen-Lasting-Schuhe, mit Ledersohle und Absatzstück | 95 | 1 Yacht-Club-Mütze u. 1 Westengürtel | 1.95 | 1 eleg. Reise-Necessaire, 6teilig | 2.95 |
| 5 Paar Damen-Strümpfe, platt und geringelt | 95 | 1 Pr. Damen-Reise-Schuhe, mit leichter Filz-Sohle | 95 | 1 eleg. Brief- od. Cigarrentasche m. Herren-Tresor | 1.95 | 1 Reise-Plaidhülle | 2.95 |
| 4 Paar Füsslinge, ohne Näht, doppelte Ferse und Spitze | 95 | 2 Pr. Herren-Filz-Pantoffel | 95 | 1 Reisetasche, braun, 42 cm lang (Forn City Bag) | 1.95 | 1 Damen-Handtasche, hochmodern, m. Einricht. | 2.95 |
| 3 Paar Macco-Socken | 95 | 1 Knaben-Wasch-Anzug, 2-9 Jahr | 95 | 1 eleg. Damen-Flügeltasche | 1.95 | 1 Paar Damen- und Herren-Tennis Schuhe und Stiefel, unsort. Grössen | 2.95 |
| 2 Corsetschoner mit Einsatz | 95 | 1 dauerhafte Wasch-Joppe | 95 | 1 Coup. 4 50 m Madapolam-Stickerei und Wäscheborde | 1.95 | 1 Paar farb. Damen-Stiefel, Gr. 36-42 | 2.95 |
| 4 Paar Kinder-Söckchen für das Alter von 1-4 Jahren | 95 | 1 Zephir-Bluse | 95 | Prima Schweizerstickerei 4,10 m Ansatz und 4,10 m Einsatz | 1.95 | 1 Herren-Lustre-Sacco | 2.95 |
| 1 Macco-Herrenhemd od. Hose | 95 | 1 Leinen-Bluse | 95 | 1 Paar Kinder-Segeltuchstiefel mit Lederbes. | 1.95 | 1 Herren-Beinkleid | 2.95 |
| 1 Herren-Sport-Hemd | 95 | 1 Waschunterrock | 95 | 1 Pr. Wien. Damen-Halbschuhe pr. Lasting u. Segelt. | 1.95 | 1 Herren-Sport-Joppe | 2.95 |
| 2 Netzjacken | 95 | 1 Kinderkleid | 95 | 1 Paar Damen-Tennis-Schuhe, unsort. Grössen | 1.95 | 1 Knaben-Tennis-Anzug f. 2-9 Jahre | 2.95 |
| 2 Damen-Tricot-Untertaillen | 95 | 1 Kindercape, blau m. Kapuze, 3-5 Jahre | 95 | 1 Herren-Joppe | 1.95 | 1 Knaben-Matrosen-Anzug f. 2-9 Jahre | 2.95 |
| 1 extra grosses Taillentuch (Wolle) | 95 | 1 Russenkittel | 95 | 1 Herren-Fantasia-Weste | 1.95 | 1 Woll-Batist-Bluse mit Futter, weiss, crème und rot | 2.95 |
| 1 Paradehandtuch, gestickt | 95 | 1 Matinée | 95 | 1 Knaben-Tennis-Anzug, 2-9 Jahre | 1.95 | 1 Batist-Bluse mit Stickerei | 2.95 |
| 1 Tüllläufer | 95 | 1 Waschservice 4 teilig | 95 | 1 Seidenbatist-Bluse mit Entredeux | 1.95 | 1 Matrosen-Bluse, weiss m. blauem Kragan | 2.95 |
| 1 Picknick-Koffer | 95 | 1 Dejeuner, bunt, mit Tablett | 95 | 1 Zephir- od. Leinenbluse mit Besatz | 1.95 | 1 Alpaca-Unterrock, 4 fach. Volants | 2.95 |
| 1 Corset, rosa brochiert | 95 | 1 Kaffeeservice, 8 tlg. | 95 | Alpaca-Unterröcke mit Tresse | 1.95 | 1 Leinen-Unterrock mit 5mal Spitze | 2.95 |
| 1 Sonnenschirm | 95 | 1 Rasiermesser, 1 Streichriemen | 95 | 1 Leinen-Unterrock mit Spitze | 1.95 | 1 Moirée-Unterrock mit Säumchen | 2.95 |
| 1 Toilettengarnitur, best. aus 1 Haarb., 1 Frisierk., 1 Staubk., 1 Taschenkamm | 95 | 1 Reibemaschine | 95 | 1 Kostümrock mit Tresse | 1.95 | 1 Kostümrock mit ausspring. Falten | 2.95 |
| 1 Kammgarnitur, 6teilig, goldgeprägt, und 1 Taschenkamm | 95 | 1 Solinger Taschenmesser, 1 Taschenlampe | 95 | 1 Kinderkleidchen | 1.95 | 1 Hauskleid | 2.95 |
| 1 Fl. Kiefernadelduft u. 1 Eau de Cologne | 95 | 6 Paar Messer und Gabeln | 95 | 1 Batisthänger | 1.95 | 1 Morgenrock mit Besatz | 2.95 |
| 2 Scheuertücher, 3 Fl. Putzwasser, 3 St. Ober-, 3 St. Schaalseife, 3 St. Blumenseife | 95 | 1 Waschiele, ca. 45 Ellen lang | 95 | 1 Kieler Kinderjackett für 2-4 Jahre | 1.95 | 1 Matinée, reich garniert | 2.95 |
| 1 Haargarnitur 3 teilig und 6 Stck. Seife im Karton | 95 | 6 Strümpfe f. niederbrennend. Gasglühlicht | 95 | 1 Morgenrock, Waschmousseline | 1.95 | 1 Kinderkleid mit Volant | 2.95 |
| 1 Pr. eleg. Hosenträger und 1 Paar Manschettenknöpfe | 95 | 1 Garderobenleiste, 5 Nickelhaken | 95 | 1 Matinée mit Besatz | 1.95 | 1 Cape, blau, mit Kapuze 10-12 Jahre | 2.95 |
| 1 Herren-Strohhat | 95 | 1 Schallplatte, gross | 95 | 1 Kindercape blau mit Kapuze 1, 6-9 Jahre | 1.95 | 1 Kieler Kinderjackett, f. 5-7 Jahre | 2.95 |
| 1/2 Dtz. Herrenkragen prima 4 fach | 95 | 1 Schw. reins. Taffete u. Messalines in schwarz jetzt Mtr. | 95 | 1 Russenkittel | 1.95 | 1 Waschservice, 5 tlg., extra gross | 2.95 |
| 1 Zigaretten- u. Streichholz-Etui und 1 Paar Mamsch.-Kn. | 95 | 1 Restposten Louisines u. Schappseiden | 95 | 1 Plätteisen extra schwer | 1.95 | 1 eleg. Tafelaufsatz | 2.95 |
| 1 Rucksack und 1 Feldflasche | 95 | 1 Schwarze Grenadines neuw. Muster doppelbreit | 95 | 1 Salonsäule | 1.95 | 1 Brotschneidemaschine | 2.95 |
| 1 Manschetten- und Kragenhülle | 95 | 1 Reste und Coupons in Satin, Zephyr oder Mousselin 2 1/2-3 Mtr. jetzt in versch. Facon | 95 | 1 Fischservice 14 teilig | 1.95 | 1 eleg. Brotkapsel | 2.95 |
| 1 Markttasche (Ledertuch mit starken Riemen) | 95 | 1 St. Damen-Taghemd | 95 | 1 Kaffeeservice 9 teilig | 1.95 | 1 echte Grammophonplatte 2 seitig | 2.95 |
| 12 Dtz. Prima, Federdruckknöpfe und 2 Dtz. Kragensäckchen | 95 | 1 Damen-Nachtjacke Dimini mit Trimming-Besatz | 95 | 1 Waschservice | 1.95 | 1 Salontisch mit Nussbaumplatte | 2.95 |
| 3 m Hemden- oder Louisianatuch | 95 | 1 St. Damen-Knie-Beinkleid mit Stöckerl | 95 | 1 Zonophon-Platte 2 seitig | 1.95 | 1 Salontisch echt Eiche | 2.95 |
| 3 m Hemden-Barchend | 95 | 1 St. eleg. Untertaillie mit Spitzen od. Stickereibesatz | 95 | 1 Neue Blusenseiden, Streifen u. Karos | 1.95 | 1 Posten halbfertige Roben u. halbfertige Röcke jetzt | 2.95 |
| 2 m Piqué- oder Cöperbarchend | 95 | 1 St. Hausschürze extra weit | 95 | 1 Reinwollene Covert-Coats 110 cm breit, jetzt | 1.95 | 1 Reinwollene Tuche 130 cm breit Meter | 2.95 |
| 2 m Schürzenstoffe in vielen Dessins | 95 | 1 St. Halb-Reformschürze | 95 | 1 Seiden-Gloria 120 cm breit, für Futterzwecke | 1.95 | 1 Stck. eleg. D. Stickerei od. Spitzen-Rock | 2.95 |
| 2 m Rockbarchend in vielen Dessins | 95 | 1 St. Kinder-Hänge-Reformschürze Grösse 45-70 cm | 95 | 1/2 Dtz. Jacqu.-Servietten | 1.95 | 1 Dtz. Gerstenkornhandtücher | 2.95 |
| 3 Stück Küchenhandtücher Gerstenk. mit bunten Kante | 95 | 3 St. Tändelschürzen gem. Batist und bl. Besatz | 95 | 1 Dtz. Wischtücher | 1.95 | 1 St. Jacqu. Tischtuch | 2.95 |
| 3 Stück Stubenhandtücher Dreil | 95 | 1 St. Linol.-Vorleger 70,90 cm | 95 | 1/2 Dtz. Gerstenkornhandtücher | 1.95 | 1 St. Kaffeedecke 130-200 | 2.95 |
| 1 Stück Kaffeedecke | 95 | 1 St. imit. Perser Vorleger m. Prez. | 95 | 1/2 " Herren-Batist-Taschentücher m. bl. Kante | 1.95 | 1 St. gr. Frottiertaken | 2.95 |
| 1 Stück Rolltuch | 95 | 1 St. Küchen-Wachstuch Garn. 6 teilig | 95 | 1 Dtz. Staubtücher | 1.95 | 1 Dtz. Wischtücher □ | 2.95 |
| 1 Stück Kinderbadelaken | 95 | 12 m br. Wachstuch-Kante | 95 | 1 " Linon-Taschentücher | 1.95 | 1 Dtz. Dreil-Servietten | 2.95 |
| 1 Stück Kinder-Badeanzug rot Kaltan mit weiss Besatz | 95 | 1 engl. garn. Damenhut nur neue Formen | 95 | 1 " Damen-Batist-Taschentücher m. bl. Kt. u. Seglt. | 1.95 | 1 St. Kaffe-Gedeck m. 6 Serv. | 2.95 |
| 1 Dutzend Linontaschentücher gestümt | 95 | 1 voll garn. Damenhut reich mit Blumen und Seidenband garn. | 95 | 1 Stck. Rolltuch mit Jaquard-Borde | 1.95 | 1 St. eleg. Hänge-Reformschürze | 2.95 |
| 1 Dutzend Staubtücher | 95 | 2 Batist-Kinderhüte garn. | 95 | 1/2 Dtz. Taschentücher, rein Leinen | 1.95 | 1 St. eleg. Halb-Reformschürze | 2.95 |
| 1/2 Dutzend Batisttücher mit bl. Kante und Seidenglanz | 95 | | | 1 Stck. eleg. Damenhemd | 1.95 | 1 St. eleg. Miederschürze | 2.95 |
| | | | | 1 " Damenbeinkleid Knie oder lange Façon | 1.95 | 1 St. eleg. Blusenschürze | 2.95 |
| | | | | 1 " Damen-Nachtjacke | 1.95 | 1 St. eleg. Damen-Facon-Tag-Hemd | 2.95 |
| | | | | 1 " Damen-Nachthemd | 1.95 | 1 St. eleg. Damen-Beinkleid Knie od. lang m. Eins. u. Aus. | 2.95 |
| | | | | 1 Hänge-Reformschürze | 1.95 | 1 St. Filztuch-Dekoration 1 Shawl 2 Lambrequin | 2.95 |
| | | | | 1 Halb-Reformschürze | 1.95 | 1 Reisedecke | 2.95 |
| | | | | 1 eleg. Miederschürze | 1.95 | 1 Stoppdecke | 2.95 |
| 1 Fstr. engl. Tüll-Gardinen | 1.95 | 1 Fenster-Vorhang, Damast rot 130 cm breit | 1.95 | | | | |
| 1 Stck. " Tüll-Stores weiss, crème | 1.95 | 1 engl. garn. Damenhut nur neue Formen | 1.95 | | | | |
| 1 Stück engl. Tüll-Bettdecke weiss crème | 1.95 | 1 voll garn. Damenhut reich mit Blumen und Seidenband garniert in den neuesten Formen u. Farben | 1.95 | | | | |
| 1 Stück Jacquard-Schlafdecke | 1.95 | | | | | | |

Königstr. 33
Ecke Neue Friedrichstrasse.

Fr. Pfingst & Co.
BERLIN C. 2.

Königstr. 33
Ecke Neue Friedrichstrasse.

